CCRE
CEMR

Die Stadt der Gleichstellung

Conseil des Communes et Régions d'Europe

Council of European Municipalities and Regions

CCRE CEMR

Die Stadt der Gleichstellung

Methodische Grundlagen und best-practice-Beispiele für die Gleichstellung von Frauen und Männerrn

Europäische Kommission - DG Beschäftigung und Soziales

Gefördert durch die Europäische Union - V. Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Gleichstellung von Männern und Frauen (2001 - 2005)

Die Vorsitzende hat das Wort

Vicenta Bosch Palanca
Vorsitzende des Ausschusses der gewählten lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen des RGRE

Schon gegen Ende der Siebzigerjahre empfanden die lokalen gewählten Mandatsträgerinnen im RGRE das Bedürfnis, einen Ort für Begegnung und Dialog zu schaffen. Ein ständiger Ausschuss der lokalen und regionalen gewählten Mandatsträgerinnen wurde schliesslich im Jahr 1991 eingerichtet.

Diesen Wegbereiterinnen haben wir es zu verdanken, dass innerhalb einer Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den europäischen Leitgedanken von der Basis unserer Städte und Dörfer an - d.h. so weit wie möglich in Bürgernähe - zu festigen, im RGRE, aber auch in sämtlichen nationalen und europäischen Institutionen das Bewusstsein für die Frage der Gleichstellung in den lokalen und regionalen Beschlussgremien geweckt worden ist. Sie haben überdies eine kollektive Überlegung angeregt über die Rolle, die den Städten und Regionen bei der Schaffung einer gerechteren Gesellschaft zukommt.

Bei den Konferenzen von Pisa (1983), Santiago de Compostela (1986), Antwerpen (1988) und Heidelberg (1992) wurde sodann der Wille zum Ausdruck gebracht, diese Problematik in die Organisation einzubringen. Bei der 5. Konferenz der gewählten Mandatsträgerinnen, die 1995 in Dublin stattfand und an der 500 gewählte Mandatsträgerinnen aus ganz Europa teilnahmen, wurde das Konzept der paritätischen Demokratie endgültig anerkannt, wenn auch die Meinungen hinsichtlich der hierbei anzuwendenden Mittel (Anreiz bzw. gesetzliche Vorschrift) auseinander liefen. Einig war man sich darüber, dass die Frage der Gleichstellung von sämtlichen gewählten Mandatsträgerinnen des RGRE in Betracht gezogen werden sollte. Dies geschah anlässlich des 20. Europatags der Gemeinden und Regionen des RGRE, der 1996 in Thessaloniki stattfand.

So hat der Ausschuss dazu beigetragen, den Begriff der Parität in die gewählten Gemeindeversammlungen einzubringen. In den vergangenen 30 Jahren ist die Zahl der gewählten Mandatsträgerinnen sowohl in den Gemeindeversammlungen als auch auf nationaler Ebene angewachsen. Doch muss erwähnt wer-

den, dass die Frauen allerorts nicht nur eine Minderheit in den Gemeinderäten darstellen, sondern auch äusserst selten in kommunalen Exekutivfunktionen zu finden sind. Im Rahmen eines von der E.U. zwischen 1996 und 1999 kofinanzierten Projektes hat der Ausschuss der gewählten Mandatsträgerinnen die Staaten und - in jedem Land - die politischen Parteien sensibilisiert um zu erreichen, dass bei den Kommunalwahlen mehr Frauen aufgestellt werden. Über das Netzwerk der gewählten Mandatsträgerinnen hat der Ausschuss ausserdem in ganz Europa einen Austausch über gleichstellungsfreundliche Lokalpolitiken in Gang gesetzt.

Das vom Ausschuss der gewählten Mandatsträgerinnen vorgelegte und von der Kommission für 2004 im Rahmen des 5. Gemeinschaftsprogramms für Gleichstellung angenommene Projekt war diesmal besonders ehrgeizig. Es ging darum, unter Einbeziehung der lokalen Sektionen unserer Organisation und nahestehender Partner ein Konzept für eine Stadt zu erarbeiten, in der sämtliche Diskriminierungen ausgeräumt wurden. "Eine virtuelle Stadt" hatten wir das genannt, denn keine Stadt ist heute in der Lage, ein perfektes Modell der Egalität zu bieten.

Trotz der kurzen Frist, die für die Fertigstellung des Projekts eingeräumt wurde, kann behauptet werden, dass es Früchte getragen hat. Es hat nicht nur anhand mehrerer Seminare konstruktive Begegnungen zwischen lokalen Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Beamten, sondern auch mit Akteuren der Zivilgesellschaft ermöglicht, die Versuche mit Gleichstellungspolitiken in verschiedenen Bereichen anstellen und die damit begonnen haben, die gender-Dimension in das gesamte städtische Leben einzuarbeiten.

Diese Unterlage, die durch unsere Begegnungen und Recherchen gespeist wurde, dient dem Zweck, allen Akteuren des lokalen Lebens dabei zu helfen, aus ihrer Stadt ein Modell für gelungene Gleichstellung zu machen. Viel steht dabei auf dem Spiel, für Demokratie und Gerechtigkeit, aber auch für eine positive Fortentwicklung.

Vorwort

Jeremy Smith
Generalsekretär des RGRE

Das Wirken der lokalen Gebietskörperschaften hat einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Einwohner. Besonders stark sind dabei die Frauen betroffen, die den grössten Anteil der Bevölkerung darstellen.

Bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten regt der Rat der Gemeinden und Regionen Europas die Partizipation der Frauen am politischen Leben der Gemeinden an, denn nur auf diese Weise lässt es sich einrichten, dass Frauen aktiv an der Beschlussfassung bei Fragen teilhaben, die sich letztlich auf den Ablauf ihres Alltagslebens auswirken.

Wie stellt man sich nun eine Stadt vor, die auf die Bedürfnisse der Frauen im täglichen Leben eingeht? Welche Politiken müssen dabei umgesetzt werden? Der RGRE hat versucht, auf diese Fragen eine Antwort zu finden und ein Bild von der "virtuellen Stadt der Chancengleichheit" zu zeichnen, und zwar über das von der Europäischen Kommission im Rahmen des fünften gemeinschaftlichen Aktionsprogramms für Geschlechtergleichstellung geförderte Projekt, wobei der Schwerpunkt im Jahr 2004 auf der "Teilhabe an der Beschlussfassung" lag.

Lokale und regionale gewählte Mandatsträgerinnen, Sachverständige in Gleichstellungsfragen, die in Städten und lokalen Gebietskörperschaften der verschiedenen europäischen Länder tätig sind, Verantwortliche der nationalen RGRE-Verbände, Vertreter anderer europäischer Organisationen und Hochschuldozenten haben sich an dieser Reflexion beteiligt, und zwar im Rahmen von Seminaren und Konferenzen, die für das Projekt veranstaltet wurden.

Die Veröffentlichung, mit der Sie sich in der Folge vertraut machen werden, ist die Frucht dieser gemeinsamen Arbeit. Sie setzt sich aus zwei Teilen zusammen.

Der erste Teil befasst sich mit einer Bestandsaufnahme um zu eruieren, inwieweit heute in den Städten der Rolle und den Bedürfnissen der Frauen Rechnung getragen wird, und zwar mit Blick auf die Teilhabe an der Beschlussfassung und auf die Beschlussmechanismen in den verschiedenen Politiken, die in den lokalen Befugnisbereich fallen.

Bei dieser Bestandsaufnahme ist es uns zweckmässig erschienen, Beispiele erfolgreicher Praktiken herauszustellen, die in mehreren europäischen Städten umgesetzt worden sind und die, wie wir hoffen, anderen Städten als Gedankenanstoss dienen werden. Wahrscheinlich ist die Liste der Städte mit Beispielfunktion nicht vollständig : wir laden Sie daher ein, uns weitere best-practice-Beispiele mitzuteilen deren Urheber Sie sind, bzw. von denen Sie Kenntnis erhielten. Gern werden wir diese in unsere Datenbank eingeben, die über die web-site des RGRE (www.ccre.org) zugänglich ist.

Der zweite Teil der Veröffentlichung ist einer Untersuchung der methodischen Grundlagen gewidmet, die anhand der Bestandsaufnahme erarbeitet wurden. Diese Methodologie soll den Städten und Gemeinden Europas sowie den anderen europäischen Gebietskörperschaftsebenen ein Werkzeug in die Hand geben, um Politiken durchzusetzen, die den Bedürfnissen der Frauen und ihrer Rolle im Leben unserer Gesellschaften gerecht werden.

Unser Wunsch ist es, dass diese Veröffentlichung zu einer echten Arbeitshilfe für die gewählten lokalen und regionalen MandatsträgerInnen bzw. für die Sachverständigen dieses Fachbereichs wird und Politiken anstösst, die darauf abzielen, das Alltagsleben unserer Mitbürgerinnen zu erleichtern.

Mein Dank gilt der Europäischen Kommission, die durch ihre Förderaktion diesem Projekt der Gestaltung einer virtuellen Stadt der Chancengleichheit zum Durchbruch verholfen hat .

Unser Dank gilt der Europäischen Kommission, die sich bereit erklärt hat, das Projekt "Die Gleichstellung in den europäischen Städten" und diese Veröffentlichung, die als wesentliches Produkt daraus hervorgegangen ist, zu kofinanzieren.

Gleichfalls danken wir den nationalen Verbänden und den Projektparnern, den Städten und Gebietskörperschaften, die durch Übermittlung von best-practice-Beispielen einen Beitrag zu dieser Veröffentlichung geleistet haben.

Diese Veröffentlichung wäre nicht zustande gekommen ohne die Beiträge von :

- Françoise GASPARD, Sachverständige des CEDAW-Ausschusses der Vereinten Nationen, Autorin des 1. Teils der Schrift ;
- Guilherme JOHNSTON, für seine Recherchen von best-practice-Beispielen ;
- Audrey YOUNG und Sue JOHNSON, für ihren Beitrag zum 2. Teil der Schrift ;
- Marcel PEYRE, für Textkorrekturen ;
- Fulvia CUGINI, für die Übersetzung ins Italienische ;
- Heidi MÄRTENS, für die Übersetzung ins Deutsche ;
- Felipe VILELLA, für die Übersetzung ins Spanische ;
- Penny YIM, für die Übersetzung ins Englische ;
- Sämtlichen Mitarbeitern des Generalsekretariats des RGRE, und insbesondere von Isabelle ARCHI, Dominique ARRESTAT, Thomas CATTERMOLE, Christophe CHAILLOU, Corinne DOLLÉ, Patrizio FIORILLI, Cécile GRAUVOGEL, Valérie SOLLE, Vicky NAKIS.

Für die Veröffentlichung zeichnet verantwortlich : Sandra CECIARINI, Referentin im Generalsekretariat, Leiterin des Projekts "Gleichstellung in den europäischen Städten".

[Projektpartner]

- **Deutschland / Stadt Frankfurt am Main, Frauenreferat**

Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt am Main (Deutschland)
Tél.: +49 69 212 36362 - Fax: +49 69 212 30727
Web: http://www.frankfurt.de

- **Deutschland / Deutsche Sektion des RGRE**

Lindenallee 13-17, 50968 Köln (Deutschland)
Tél.: +49 221 3771 310 - Fax: +49 221 3771 150
Web: http://www.rgre.de

- **Belgien / Union der belgischen Städte und Gemeinden (UVCB)**

Rue d'Arlon 53, 1040 Bruxelles (Belgien)
Tél. : +32 2 233 20 01 - Fax : +32 2 231 15 23
Web : http://www.uvcb-vbsg.be

- **Spanien / Spanischer Verband der Städte und Provinzen (FEMP)**

Calle del Nuncio 8, 28005 Madrid (Spanien)
Tél. : +34 91 364 37 00 - Fax : +34 91 366 72 78
Web : http://www.femp.es

- **Spanien / Baskischer Städteverband (EUDEL)**

Plaza del Ensanche n° 5, 48009 Bilbao (Spanien)
Tél. : +34 94 423 15 00 - Fax : +34 94 423 72 20
Web : www.eudel.net

- **Spanien / Stadt Cartagena**

C/Sor Francisca Armendáriz 6, Edificio Administrativo del Ayuntamiento,
30202 Cartagena (Spanien)
Tél. : +34 968 528 051 - Fax : +34 968 501 690
Web : http://www.ayto-cartagena.es

- **Finnland / Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands (AFLRA)**

Toinen linja 14, 000530 Helsinki (Finnland)
Tél. : +358 9 7711 - Fax : +358 9 771 2726
Web : http://www.kunnat.net

• **Frankreich / Französischer Verband des RGRE (AFCCRE)**
30 rue d'Alsace-Lorraine, 45000 Orléans (Frankreich)
Tél. : +33 2 38 77 83 83 - Fax : +33 2 38 77 21 03
Web : http://www.afccre.asso.fr

• **Frankreich / Stadt Saint Jean de la Ruelle**
Rue Charles Beauhaire, 45140 Saint Jean de la Ruelle (Frankreich)
Tél. : +33 2 38 79 33 00 - Fax : +33 2 38 79 33 62
Web: http://www.ville-saintjeandelaruelle.fr

• **Griechenland / Zentrale Union der Städte und Gemeinden Griechenlands (KEDKE)**
8 Akadimias & Genadiou, 106 78 Athens (Griechenland)
Tél.: +30 210 38 99 646 - Fax +30 210 38 20 807
Web: http://www.kedke.gr

• **Italien / Italienischer Verband des RGRE (AICCRE)**
Piazza di Trevi 86, 00187 Roma (Italien)
Tél. : +39 06 699 404 61 - Fax : +39 06 679 32 75
Web : http://www.aiccre.it

• **Italien / AICCRE - Toskana**
Piazza San Lorenzo 5, 50123 Firenze (Italien)
Tél. : +39 055 238 78 21 / 23 - Fax : +39 055 238 78 24

• **Luxemburg / Syndicat der luxemburgischen Städte und Gemeinden (SYVICOL)**
3 rue Guido Oppenheim, 2263 Luxembourg (Luxemburg)
Tél. : +352 44 36 58-1 - Fax : +352 45 30 15
Web : http://www.syvicol.lu

• **Vereinigtes Königreich / Internationaler Verband der lokalen Gebietskörperschaften (LGIB)**
Local Government House, Smith Square, London SW1 3HZ (Vereinigtes Königreich)
Tél.: +44 20 7664 3100 - Fax: +44 20 7664 3128
Web: http://www.lgib.gov.uk

• **Schweden / Schwedischer Verband der lokalen Gebietskörperschaften (SALA)**
Hornsgatan 20, 118 82 Stockholm (Schweden)
Tél.: +46 8 452 79 29 - Fax: +46 8 452 79 23
Web: http://www.svekom.se

• **Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Generalsekretariat**
15 rue de Richelieu, 75001 Paris (Frankreich)
Tél. : +33 1 44 50 59 59 - Fax : +33 1 44 50 59 60
Web : http://www.ccre.org

[Inhaltsverzeichnis]

Einleitung 10

1. Parität in der Beschlussfassung auf lokaler Ebene 13
1.1. In der gewählten Gemeindeversammlung 13
1.2. In der lokalen Exekutive und in den übergemeindlichen Gremien 15
1.3. In den beratenden Ausschüssen und Beiräten der Gemeinde 16
1.4. In der Gemeindeverwaltung 17

2. Mechanismen und Instrumente zur Gleichstellung 19
2.1. Ein gender-sensibler Gemeinderat 19
2.2. Eine Gemeindeverwaltung, die für Geschlechtergleichstellung ausgebildet und mobilisiert ist 19
2.3. Geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Statistiken 21
2.4. Der Haushaltsplan : ein Instrument zur Analyse und Bereinigung der Ungleichheiten 22
2.5. Ein Informationsangebot für die Öffentlichkeit über geschlechtsdifferente Politiken 23
2.6. Die Sensibilisierung der jungen Bürger für die Gleichstellung von Frauen und Männern 24
2.7. Ein ständiger Dialog mit der Zivilgesellschaft 25
2.8. Ein Plan für die Gleichstellung 26

3. Die Berücksichtigung der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für die Gemeinden 29
3.1. Berücksichtigung des Zeitmanagements im Arbeitsablauf der Gemeinde 29
3.2. Organisation, Raumordnung, Wohnung und Wegenetz in der Stadt 31
3.3. Bildung und Fortbildung 34
3.4. Eingliederung der Minderheiten 35
3.5. Senioren in der Stadt 36
3.6. Beschäftigung 36
3.7. Sicherheit und Kampf gegen jede Form von Gewalt 38
3.8. Gesundheit 39
3.9. Kultur und Symbolkraft der Stadt 40
3.10. Sport 41
3.11. Bezug zwischen Stadt und Geschlecht 41

Anlagen 43
1. Weitere best-practice-Beispiele : nützliche web sites 43
2. Frauen in der Beschlussfassung auf lokaler und nationaler Ebene
Überblick über die Lage in den Mitgliedsländern des RGRE 48
3. TeilnehmerInnenliste der Projekttagungen 49

[Einleitung]

Françoise Gaspard

Eine egalitäre Stadt ? Eine Stadt der Chancengleichheit ? Heute kann eine solche Stadt nur virtuell existieren. In nahezu allen Gesellschaften waren die Frauen lange Zeit an den heimischen Herd gebunden, während die Männer, und nur sie, am öffentlichen Leben teilhaben konnten. Die Verteilung der Rollen, der Aufgaben und der Befugnisse richtete sich, und richtet sich zum Teil noch immer, nach dem Geschlecht. Die Städte, in ihrer räumlichen Struktur sowie in ihrer Organisation und Arbeitsweise, sind das Abbild der Geschichte, der Traditionen und der nachhaltigen Wirkung der unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen den beiden Geschlechtern. Wenn der Staat eine bedeutende Rolle bei der Hinarbeit auf die Gleichstellung von Frauen und Männern spielt, so muss hinzugefügt werden, dass auch den Städten hier eine wesentliche Aufgabe zukommt.

Die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern war das Ergebnis eines langen Marsches, bei dem die übernationalen Institutionen eine ausschlaggebende Rolle spielten. Erst die Erklärung von San Francisco, mit der die Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurden, hat 1945 den Grundsatz zur Regel erhoben, dass keine unterschiedliche Behandlung aufgrund des Geschlechtes zulässig ist. Die von der UNO seit 1975 veranstalteten Frauenkonferenzen haben dazu beigetragen, das internationale Bewusstsein in dieser Sache zu stärken. Die Regierungen sind dabei Verpflichtungen eingegangen, die von den Vereinigungen der Zivilgesellschaft aufmerksam verfolgt wurden. Diese Begegnungen auf höchster Ebene hatten erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Rechtsordnungen. In den meisten Ländern sind, insbesondere nach der Weltkonferenz von Peking im Jahr 1995, Mechanismen auf nationaler Ebene geschaffen worden (Frauenministerien, spezielle Verwaltungsstellen). Auch wurden Fachausschüsse für Gleichstellungsfragen in den einzelstaatlichen Parlamenten eingerichtet.

Die Europäische Union hat ebenfalls zur Gleichstellung der Geschlechter beigetragen. Die Römischen Verträge umfassten ihrerseits nur einen Artikel (Art. 19) zum Thema Gleichstellung, der sich lediglich mit der Angleichung der Gehälter von Frauen und Männern befasste. Aufbauend auf diesem Artikel sind Richtlinien verabschiedet worden, auch ist es zu einer umfangreichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes gekommen. Innerhalb der Europäischen Kommission wurde Mitte der Siebzigerjahre ein eigener Mechanismus eingerichtet. 1979 wurde vom Europäischen Parlament, nunmehr vom Volk direkt gewählt, ein Fachausschuss für Frauenrecht gegründet. Im Zuge der verschiedenen Verträge zur Festigung der Gemeinschaft, die schliesslich zur Union mit derzeit 25 Mitgliedstaaten führten, wurde das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter neu verankert und der gemeinschaftliche Tätigkeitsbereich erweitert. Der Idee, die Gleichstellung zu einer Querschnittsaufgabe aller Gemeinschaftspolitiken zu machen, wurde stattgegeben.

Die lokale Dimension dieser Aufgabe ist jedoch, bis vor kurzem, nicht oder nur unzureichend in den internationalen Verpflichtungen der Staaten und in den Verträgen berücksichtigt worden. Es schien so als seien die nationalen Rechtsordnungen und Politiken imstande und geeignet, Geschlechterdiskriminierung auszumerzen. Inzwischen ist jedoch klar geworden, dass die dezentralisierten Gebietskörperschaften in diesem vielschichtigen Bereich eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Diese Rolle gewinnt umso mehr an Bedeutung als - insbesondere in Europa - die Dezentralisierung voranschreitet und den territorialen Gebietskörperschaften grössere Befugnisse überträgt.

Die lokalen und regionalen gewählten Mandatsträgerinnen haben seit Beginn der Achtzigerjahre Überlegungen angestellt und Aktionen durchgeführt mit dem Ziel, die Rolle der Frauen in der Stadt näher zu bestimmen. Den Ausschlag dafür hat die Feststellung gegeben, dass in den Gemeinderäten nur wenige Frauen zu finden sind : was ist der Grund dafür ? Was kann dagegen unternommen werden ? Die erste europäische Konferenz der lokalen und regionalen gewählten Mandatsträgerinnen wurde vom RGRE 1983 auf Einladung der Stadt Pisa veranstaltet, deren Bürgermeisterin Fausta Giani Cecchini war, eine der Mitbegründerinnen der Bewegung der gewählten Mandatsträgerinnen im RGRE. Die Konferenz war gefördert worden durch die Abteilung Fraueninformation der Europäischen Kommission, unter der damaligen Leitung von Fausta Deshormes, die für die europäischen Frauen Grosses geleistet hat. Im Anschluss daran fanden zahlreiche Konferenzen statt, bis hin zur grossangelegten Konferenz von Dublin im Jahr 1995. Im Rahmen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

Abschlusskonferenz des Projekts "Gleichstellung in den europäischen Städten", Brüssel, Europäisches Parlament, Februar 2005.

hatten die gewählten Mandatsträgerinnen danach eine Debatte entfacht zum Thema "Frauen, Politik und Demokratie".

Das Frauenreferat der International Union of Local Autorities (IULA), die über ihre regionalen Delegationen (in Europa der RGRE) an der Sitzung der ausserordentlichen UNO-Versammlung "Peking + 5" teilnahm, hat bei den Staaten durchgesetzt, dass im abschliessenden Text der Konferenz die notwendige Teilhabe der Frauen an der lokalen Beschlussfassung verankert wird.

Dank der Förderung durch die Europäische Kommission hat der RGRE-Ausschuss der lokalen und regionalen gewählten Mandatsträgerinnen im Rahmen des 4. Mittelfristigen Porgrammes für die Gleichstellung von Frauen und Männern zur Vermittlung von gleichstellungsträchtigen Praxis-Modellen in den Städten beigetragen. Die in den verschiedenen europäischen Ländern zwischen 1996 und 1999 veranstalteten Seminare haben zur Bildung eines Netzwerks der gewählten lokalen Mandatsträgerinnen geführt. Sie haben bei den Frauen, aber auch bei den poltischen Parteien und den Regierungen das Bewusstsein dafür geweckt, dass eine stärkere Partizipation der Frauen in den gewählten lokalen Gremien herbeigeführt werden muss, und dass die lokalen politischen Gremien bei der Erarbeitung des Konzeptes für eine Stadt, die sich allen Bürgern gegenüber mehr öffnet, eine Rolle zu spielen haben.

Das von der Europäischen Kommission im Rahmen des 5. Gleichstellungsprogrammes für 2004 ausgewählte Projekt des RGRE hat es ermöglicht, diese Aktionen, die auf die Berücksichtigung der Gleichstellung, die Erarbeitung einer guten politischen Führung und die Weiterentwicklung der Demokratie abzielen, fortzuführen und auszubauen. Es handelte sich nicht mehr ausschliesslich - wenn die Frage auch weiterhin offenbleibt - um die zahlenmässige Partizipation der Frauen in den Gemeinderäten, sondern darum, in eine neue Thematik einzusteigen : wie kann in allen Politikbereichen der Stadt die geschlechtspezifische Dimension eingebaut werden ? Erst Mitte der Neunzigerjahre wurde das Konzept des mainstreaming, der

Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Dimension in alle Politikbereiche, zur Theorie erhoben und ist nun Gegenstand zahlreicher Debatten in den überstaatlichen Organisationen. Es hat sich erwiesen, dass die Gleichstellung im rechtlichen Bereich nicht ausreicht. In der Praxis gab es weiterhin Ungleichheiten. Es war daher nötig, in allen öffentlichen Politikbereichen und auf allen Ebenen jeden zu treffenden Beschluss auf die Frage hin zu prüfen : welche Auswirkungen hat er auf die beiden Geschlechter?

Überall auf der Welt sind die Frauen noch immer Opfer von Diskriminierungen. Rechtlich gesehen sind die Diskriminierungen in Europa weit zurückgegangen. Faktisch gesehen halten jedoch die Ungleichheiten weiter an. In diesem Papier haben wir unser Augenmerk auf zwei Dimensionen gerichtet, die von den sozialen Bewegungen und von den akademischen Recherchen der letzten Jahre deutlich gemacht wurden. Erstens : In der Theorie wie in der praktischen politischen Aktion sind nicht die Frau und der Mann in Betracht zu ziehen, sondern die Individuen in ihrer Verschiedenartigkeit. Folglich darf nicht von der Frau in der Stadt gesprochen werden, sondern von den Frauen. Dem weiblichen Geschlecht anzugehören verstärkt nämlich noch die Diskriminationen, denen verschiedene Bevölkerungskategorien zum Opfer fallen, und zwar aufgrund ihrer sozialen Lage, ihres Alters, einer Behinderung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der nationalen Herkunft, ihrer sexuellen Ausrichtung. Diese Verschiedenartigkeit muss daher bei der Ausarbeitung der Politiken berücksichtigt werden. Eine zweite Dimension muss wahrgenommen werden bei der Hinarbeit auf eine ausgewogenere Stadt und Gesellschaft, und zwar die Dimension des Geschlechtes. Jede Lokalpolitik muss über Ungleichheiten wachen, deren Opfer hauptsächlich die Frauen sind, um sie auszumerzen. Doch muss dabei der Tatsache Rechnung getragen werden, dass diese Entwicklung auch die Männer betrifft. Die Veränderungen, die eine de facto-Gleichstellung mit sich bringt, berühren beide Geschlechter und ihre Beziehungen, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich.
Die egalitäre Stadt, deren Eigenarten hier aufgezeichnet sind, entspringt nicht der Fantasie. Sie ist vielmehr eine Synthese der Lokalpolitiken im Hinblick auf die Gleichstellung. Die Erhebung, die vom RGRE in der Zeit von Dezember 2003 bis Dezember 2004 durchgeführt wurde, macht deutlich, dass in vielen europäischen Städten Politiken zum Abbau der direkten bzw. indirekten Diskriminierung von Frauen umgesetzt werden. Doch handelt es sich hier vielfach nur um Teilpolitiken, die finanzielle und personelle Ausstattung ist oft schwach und die weitere Begleitung inexistent oder unzureichend. Die virtuelle egalitäre Stadt wird von dem Zeitpunkt an keine Utopie mehr sein, wenn in ein und derselben Stadt alle hier benannten Politiken umgesetzt und kontinuierlich fortgeführt werden.

Vor dem Hintergrund unserer Erhebung und der im Rahmen dieses Projektes abgehaltenen Seminare haben wir den Eindruck, dass zur Schaffung einer egalitären Stadt drei Bedingungen erfüllt sein müssen. Die gleichgewichtige Mitwirkung der Frauen und Männer bei der Entscheidungsfindung ist ein wesentlicher Baustein für eine bessere politische Führung auf städtischer, wie auf staatlicher Ebene. Die Erhebung hat gezeigt, dass diese nur dann möglich ist, wenn Instrumente benutzt werden und wenn Mechanismen mit angemessener finanzieller und personeller Ausstattung bestehen, um die Steuerung und Begleitung sicherzustellen. Zu diesen Zielen kommt ein weiteres hinzu, das etwas schwieriger im Konzept und in der Implementierung ist : der Einbau der gender-Dimension in alle lokalen Politiken.

Die Parität in der Beschlussfassung auf lokaler Ebene

Die Mitwirkung der Frauen bei der Beschlussfassung wurde zunächst an ihrer Anzahl in den einzelstaatlichen Parlamenten gemessen. Es gibt kein Welt- oder auch nur Europa-Observatorium für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der lokalen Beschlussfassung. Die Erfassung solcher Daten und ihre Aufarbeitung ist zugegebenerweise schwieriger als auf nationaler Ebene. Unmöglich ist sie dennoch nicht. Diese Art von Statistik ist unverzichtbar, um die Diskrepanzen zu analysieren und Wege für Korrekturen zu suchen. Einige Staaten haben unlängst ihre statistischen gender-Daten dadurch nachgebessert, dass sie die lokale Ebene ebenfalls einschlossen. Organisationen gewählter Mandatsträger, die Mitglieder des RGRE sind, haben gleichfalls bei der Erfassung mitgewirkt. Diese Unterlage umfasst einen Hinweis auf eine nützliche Datenbank zu diesem Thema (siehe Anlage).

Die Anzahl der Frauen in den Gemeinderäten ist jedoch noch keine Gewähr für ihre tatsächliche Mitwirkung bei der kommunalen Entscheidungsfindung. Auch in der Exekutive der Stadt, in den Beiräten und in der Stadtverwaltung muss dieses Gleichgewicht vorhanden sein. Weiters ist zu bemerken, dass die notwendige Repräsentation der beiden Geschlechter nicht immer ausreicht. Da die Frauen insgesamt gesehen unter anderen sozialen Bedingungen leben als die Männer, haben sie noch oft Schwierigkeiten, ihr Amt auszuüben, insbesondere aufgrund der unbezahlten häuslichen Arbeit, die auf ihnen lastet, und einer schwächeren Einbindung in das soziale Beziehungsnetz.

1.1. In den gewählten Gemeindeversammlungen

Die vom RGRE im Jahr 1999 durchgeführte Erhebung hat gezeigt, dass in den 15 Ländern der Europäischen Union ein gewählter Mandatsträger von fünf eine Frau war. Der Frauenanteil in den Gemeinderäten insgesamt lag zu dieser Zeit bei 40% in Schweden, doch nur bei knapp 4% in Griechenland. Die Daten, die uns für 2004 im Europa der nunmehr 25 Mitglieder vorliegen, belegen, dass der Anteil der Frauen in den gewählten Gemeinderäten im Durchschnitt noch immer unter dem Männeranteil liegt. Dennoch muss erwähnt werden, dass in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte erzielt wurden.

1.1.1. Ohne gesetzlichen Zwang beachten Parteien, bzw. Parteikoalitionen die Parität bei den Kandidaturen für die Gemeindewahlen, oder sie legen Quoten fest.

Kandidatenquoten der politischen Parteien

Schon in den Siebzigerjahren beschliessen die Parteien in den nördlichen Ländern (und später in Deutschland), jeweils einen Mindestprozentsatz für die beiden Geschlechter auf den Kandidatenlisten bei Wahlen auf allen Ebenen festzusetzen. Inzwischen verpflichten sich Parteien in allen Ländern der Europäischen Union, Quoten bzw. eine Parität bei den Bewerbungen zu beachten. Diese Massnahmen haben dazu geführt, dass in mehreren Ländern, hauptsächlich in Nordeuropa, eine "kritische Masse" entstanden ist (schätzungsweise mindestens 30%), bestehend aus gewählten Mandatsträgerinnen in den Gemeinderäten und nationalen Versammlungen. In zahlreichen europäischen Ländern ist heute festzustellen, dass sich diese partei-internen Praktiken weiterentwickelt haben.

Quelle : Global Database of Quotas for Women, A joint project of International IDEA and Stockholm University.

Site : www.idea.int/quota/sources/europe.cfm

1.1.2. Mehrere europäische Länder haben sich Gesetze gegeben, die einen Mindestprozentsatz für das eine oder andere Geschlecht auf den Wahllisten festsetzen, die den Wählern zugehen (in Belgien und Griechenland), oder sogar, bei Listenwahl, die absolute Parität der Kandidaturen vorsehen (Frankreich).

Belgien

Das Gesetz vom 24. November 1994 macht zur Pflicht, eine Mindestquote von Kandidaten des einen oder anderen Geschlechts auf die Listen zu setzen, die für alle Wahlen herausgegeben werden, insbesondere für die Gemeindewahlen. Diese Massnahme sollte allmählich umgesetzt werden. Zwischen 1996 et 1999 sollten die Listen mindestens 25% weiblicher Kandidaten enthalten. Vorgesehen war ab 1999 ein Mindestsatz von 33%. 2002 wurde das Gesetz überarbeitet. Es macht nunmehr eine Parität zwischen Männern und Frauen auf den Kandidatenlisten zur Vorschrift, und zwar für alle Wahlen, auf nationaler, regionaler bzw. lokaler Ebene, wobei die zwei vordersten Positionen alternieren.

Frankreich

Das Gesetz vom 6. Juni 2000 « hinsichtlich der gleichen Zugangsmöglichkeiten für Frauen und Männer zu Wahlmandaten und Wahlämtern" sieht 50% der Kandidaten beider Geschlechter auf den kommunalen Listen in Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern vor, wo Proportionalwahlen stattfinden. Da die Listen "gesperrt" sind (die WählerInnen wählen eine Liste, ohne einen Namen streichen zu können), müssen diese, um angenommen zu werden, ebensoviele Frauen wie Männer pro Gruppe von sechs Kandidaten umfassen. Die Listen, die diese Regel nicht befolgen, werden aus dem Wettbewerb gezogen. Bei den Gemeindewahlen im März 2001 ist in den von diesem Gesetz betroffenen Kommunen die Anzahl der Mandatsträgerinnen von 22% auf 47,5% angestiegen. In Anlehnung daran ist auch in den kleinen Gemeinden, wo das Gesetz nicht greift, die Anzahl der Kandidatinnen und gewählten Mandatsträgerinnen angestiegen.

Griechenland

Laut Art. 116.2 der nach dem Gesetz vom Mai 2001 überarbeiteten Verfassung wird eine ausgewogene Partizipation der Kandidaten beider Geschlechter auf den Wahllisten für Gemeinde- und Regionalwahlen gewünscht. Listen, die nicht mindestens ein Drittel an Frauen umfassen, werden nicht zugelassen. Es handelt sich jedoch um eine Präferenzwahl und nicht um "gesperrte" Listen. Daher ist die Proportion der gewählten Frauen bei den letzten Wahlen im Jahr 2002 nur leicht angestiegen, von 7% auf 12%. Hinzu kommt, dass das Quotenprinzip keine Anwendung findet auf die Bürgermeisterwahl. Dadurch gibt es noch immer nur 16 Bürgermeisterinnen bei einer Gesamtzahl von 900 Bürgermeistern (vorher waren es 14). Ein positives Ergebnis des Quotensystems ist jedoch die Tatsache, dass die Zahl der Gemeinderäte, die keine Frau umfassen, stark zurückgegangen ist, von 372 auf 116, bei einer Gesamtzahl von 900. Dies hat eine gewisse Symbolkraft.

Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken, Europäische Kommission, 5° FuE-Rahmenprogramm

Site : www.sh.se/

1.1.3. Die Nichtregierungsorganisationen, oft durch die Europäische Kommission unterstützt, führen Aktionen zur Sensibilisierung bei den Frauen durch, um sie zu einer Kandidatur zu veranlassen.

Frankreich

Ein nationaler Verband regt Kandidaturen von Frauen an.

Der Verband Elles Aussi organisiert seit 1994 Seminare im ganzen Land, um die Frauen zu veranlassen, ihre Kandidatur für Wahlen einzubringen, insbesondere für Gemeindewahlen.

Quelle: Verband elles Aussi

Site : http://perso.wanadoo.fr/ellesaussi/index.htm

Asten (Niederlande)

Kampagne zur Unterstützung der Frauen bei den Wahlen

Ein Jahr vor den Gemeindewahlen ist von einer Gruppe eine Kampagne veranstaltet worden mit dem Ziel, die Anzahl der gewählten Mandatsträgerinnen zu erhöhen. Ihre Mitglieder haben jede Woche einen Artikel in der Lokalzeitung veröffentlicht. Jede Woche hat ein Einwohner der Stadt seine Meinung dazu geäussert, welche Bedeutung für ihn Frauen in der Politik haben. Die Leser sind darauf angesprochen worden, was es heisst, Frauen und Parteien zu wählen, die Frauen in aussichtsreicher Position auf den Kandidatenlisten vorschlagen.

Quelle : Document : Gender and Local Government SNV (Niederländische Organisation für Zusammenarbeit)

Sites : www.snvworld.org, www.asten.nl

Heidelberg (Deutschland)

Erhebung, um mehr Frauen Eingang in die Kommunalpolitik zu verschaffen

Eine Erhebung ist veranstaltet worden mit Frauen, die sich in Vereinen, politischen Parteien und sonstigen Verbänden engagiert haben, um Buch zu führen über die Schwierigkeiten, mit denen die Frauen sich auseinandersetzen müssen, und die Veränderungen, die nötig sind, damit sie sich auf die politische Bühne wagen. Ein Projekt ist erarbeitet und auf den Weg gebracht worden, um die Mitwirkung der Frauen am politischen Leben zu verstärken. Es konzentriert sich auf den Ausbau von Kompetenzen, Selbstrepräsentation, Ziel- und Zeitmanagement, Projektbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und Vorbeugung gegen Resignation. Die Fortbildungsreihe wurde in zwei Blöcke eingeteilt. Im ersten ging es um Einblicke in die Grundlagen der Kommunalpolitik. Im zweiten um den Transfer der erworbenen Kenntnisse in die Praxis.

Quelle : Deutscher Städtetag : Gender Mainstreaming, Best Practice-Beispiele aus den Kommunen

Sites : www.staedtetag.de, www.heidelberg.de

Venedig (Italien)
Die Politikschule

Die Stadt Venedig hat im Rahmen des Projektes Sister Cities Going Gender (cf. Beispiel Frankfurt, Seite 20), eine Politikschule für Frauen gefördert. Die Schule, die im Januar 2005 mit der Unterrichtung beginnt, hat zwei Zielvorstellungen : einerseits die Weiterbildung der weiblichen Rathausangestellten im Hinblick auf ihr berufliches Fortkommen, andererseits die Ausbildung der im Umkreis ansässigen Frauen zu dem Zweck, sie zu einer aktiven Mitwirkung im städtischen und insbesondere im politischen Leben zu veranlassen. Die Stadt Venedig plant, diese Schule als ständige Bildungsstätte fortzuführen.

Quelle: Rathaus Venedig und Projekt Sister Cities Going Gender
Site : www.comune.venezia.it, www.sister-cities-going-gender.org

Bologna (Italien)
Politikschule Hannah Arendt

Diese Politikschule veranstaltet eine Reihe von Kursen und Seminaren mit dem Ziel, die Mitwirkung der Frauen bei der Beschlussfassung im öffentlichen Leben anzuregen. Die Ausbildung schliesst Begegnungen, persönliche Erlebnisberichte und Diskussionen unter Frauen ein. Die Schule gehört dem Orlando-Verband an, der ein Abkommen mit der Stadt Bologna und dem städtischen Dokumentationszentrum abgeschlossen hat.

Quelle : Frauenverband Orlando und Rathaus Bologna
Sites : www.women.it/arendt, www.comune.bologna.it

1.1.4. Studien haben belegt, dass die gewählten Mandatsträgerinnen, und insbesondere wenn sie neu im Amt sind, mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sie sind generell weniger als die Männer - hauptsächlich aus Zeitmangel - in die informellen Beziehungsnetze eingebunden. Sie haben den Eindruck - sei er nun berechtigt oder nicht - schlecht auf ihr Amt vorbereitet zu sein. Sie haben Hemmungen, ihre Meinung zu äussern, insbesondere wenn es um spezifische Forderungen für die Frauen geht. Die Mehrzahl der gewählten Frauen, egal ob sie neu im Amt sind oder nicht, empfindet es als schwierig, ein Wahlmandat mit ihren beruflichen und häuslichen Aufgaben in Einklang zu bringen. Aus allen diesen Gründen verzichten sie letztlich, öfter als die Männer, auf eine Erneuerung ihres Mandats. Um den Frauen den Eintritt ins lokalpolitische Leben zu vereinfachen und zu vermeiden, dass sie Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Amtes empfinden und es schliesslich niederlegen, ist ein mentoring-System - zur individuellen Unterstützung - in verschiedenen Ländern, hauptsächlich in Nordeuropa, eingerichtet worden. Eine Frau, die eine Kandidatur ins Auge fasst und/oder die neu im Amt ist, wird von einer erfahrenen Amtsträgerin assistiert und beraten.

Schweden
Das Buch der Macht (The power book) :

Dieses Büchlein, das, in mehrere Sprachen übersetzt, in grosser Anzahl vertrieben wurde, ist von den Frauen der sozialdemokratischen Partei Schwedens herausgegeben worden. Es benennt die Hauptprobleme, denen die Frauen in den Parteien und in den gewählten Versammlungen auf allen Ebenen ausgesetzt sind, sowie Lösungsvorschläge zu deren Überwindung.

Quelle : Schwedischer Verband der Grafschaftsräte
Sites : www.lf.se, www.socialdemokraterna.se

Ostergotland (Schweden)
Mentoring für die neuen Mandatsträgerinnen :

Das Projekt "The Changing Role of Politicians" ist 1995 entstanden, mit dem Ziel, den erstmals gewählten Mandatsträgerinnen der Grafschaft Ostergotland dabei behilflich zu sein, im Kreis der Stadtverordneten ihren Platz zu finden. Weiterhin zielt es darauf ab, die Qualifikationen, Kompetenzen und das know how der Politikerinnen besser zu nutzen, den jungen und erstmals gewählten Frauen bewusst zu machen, dass sie über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um höhere Positionen bei den nächsten Wahlen anzustreben, das Führungspotential der Frauen, die bereits politische Erfahrung besitzen, auszubauen, den männlichen Politikern deutlich zu machen, dass sie die Fähigkeiten der Frauen begreifen und besser nutzen müssen, sowie einen Wandel der Beschlussmechanismen herbeizuführen, um sie in das Mainstreaming-Konzept einzubauen.

Quelle : Büchlein : The Changing Role of Politicians - Landstingsförbundet (Schwedischer Verband der Grafschaftsräte)
Sites : www.lf.se, www.ostergotland.se

1.2. In der lokalen Exekutive und in den übergemeindlichen Gremien

Die vom RGRE 1999 durchgeführte Erhebung hat ergeben, dass die Frauen immer weniger werden, je höher man in der Hierarchie der lokalpolitischen Funktionen voranschreitet. Überall lag der Prozentsatz der Bürgermeisterinnen weit unter dem Anteil der gewählten Mandatsträgerinnen in den Räten. Auffällig war auch, dass die Einrichtung übergemeindlicher Strukturen zur Rationalisierung der Territorialverwaltung keinen frauenfreundlichen Effekt hat, dass die Frauen in solchen Versammlungen weniger präsent sind, oft zweitrangigere Ämter bekleiden als in den Gemeinderäten mit Direktwahl. Auch war festzustellen, dass beim Zusammenschluss von Gemeinden die Zahl der gewählten Frauen zurückgeht - wie es in Griechenland im Jahr 1996 der Fall war.

Männer stellen weiterhin, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die überwiegende Mehrzahl der Bürgermeister. Sie haben die Oberhand in der städtischen Exekutive, dort, wo die Entscheidungsgewalt konzentriert ist. Es gibt jedoch Ausnahmen. In Finnland verfügt das Gleichstellungsgesetzt von 1995, dass die indirekt gewählten Gremien mindestens zu 40% von Personen des einen oder anderen Geschlechts besetzt sein müssen, und dies findet auch auf lokaler Ebene Anwendung. In Frankreich ist zu beobachten, dass sich in einigen Grossstädten die städtische Exekutive paritätisch zusammensetzt, obwohl das Gesetz es nicht vorschreibt. Zur vertikalen Segregation kommt in der Gemeinde-Exekutive noch die horizontale Segregation hinzu : Frauen sind öfter in Bereichen tätig, die einen sozialen, Bildungs- oder kulturellen Bezug haben als zum Beispiel in Bereichen wie Finanzen, Städtebau und Verkehr. Manche Städte haben ein voluntaristisches Vorgehen, um dieser stereotypen Aufgabenverteilung ein Ende zu bereiten.

Finnland

Mindestens 40% des einen oder anderen Geschlechts in den benannten Räten und Ausschüssen .

Ein 1987 verabschiedetes Gesetz hatte verfügt, dass Frauen und Männer in Ausschüssen und Beiräten bezüglich der Anzahl ihrer Sitze so weit wie möglich gleichgestellt sein müssen. Diese Organe spielen in der Beschlussfassung eine wichtige Rolle, insbesondere auf lokaler Ebene. Ein 1995 in Kraft getretenes Gesetz schreibt eine Mindestquote von jeweils 40% für die beiden Geschlechter in den lokalen und nationalen Gremien vor, abgesehen von den Versammlungen, die auf Direktwahl beruhen. Die Quoten finden somit Anwendung auf den städtischen Exekutiv-Ausschuss.

Quelle : Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands

Sites : www.kunnat.net, www.stm.fi

Paris, Rennes, Strassburg (Frankreich)

Eine paritätische Stadt-Exekutive.

Bei den Gemeindewahlen im März 2001 wurde das Gesetz vom 6. Juni 2000 angewandt, das eine Parität der Kandidaturen auf den Listen für die Gemeindewahlen und das Alternieren männlicher und weiblicher Kandidaten in Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern vorsah. In diesen Gemeinden sind derzeit 47,5% der gewählten Mandatsträger Frauen. Das Paritätsgesetz sagt jedoch nicht, dass die vom Rat gewählte Stadt-Exekutive ein gender-Gleichgewicht beachten muss. Nur selten ist derzeit in den betroffenen Städten eine paritätische Stadt-Exekutive zu finden. Dies ist jedoch der Fall in Paris (18 Frauen und 15 Männer sind hier Stellvertretende Bürgermeister), in Rennes (10 Frauen und 8 Männer sind Stellvertretende Bürgermeister) und in Strassburg, wo es eine Bürgermeisterin gibt (9 Frauen und 8 Männer sind Stellvertretende Bürgermeister).

Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken, Europäische Kommission, 5° FuE-Rahmenprogramm

Sites : www.paris.fr, www.ville-rennes.fr, www.mairie-strasbourg.fr

1.3. In den beratenden Ausschüssen und Beiräten der Gemeinde

Ausschüsse und nominierte Räte spielen eine immer stärkere Rolle in der öffentlichen Beschlussfassung. In mehreren Unionsländern gibt es Gesetze oder voluntaristische Aktionen, um eine überproportionale Vertretung des einen oder anderen Geschlechts zu verhindern und darüber zu wachen, dass in allen Konsultationsgremien für die Bevölkerung alle Bürger angehört werden, und insbesondere die Frauen, damit ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Die Präsenz der Frauen, in Parität, aber auch durch ihre Verschiedenartigkeit, ist ein strategisches Element für eine gute politische Führung im lokalen Bereich, in allen Instanzen, in denen sich der soziale Dialog abspielt.

Dänemark

Ein Gesetz aus dem Jahr 1985 verfügt, dass die Repräsentation der Frauen und Männer in allen Organen, deren Tätigkeiten politische Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, ausgewogen sein muss und dass die Organisationen, die Personen für eine Nominierung vorschlagen dürfen, mindestens einen Kandidaten und eine Kandidatin präsentieren müssen.

Finnland

Das im vorigen Kapitel erwähnte Gesetz findet Anwendung auf alle beratenden Gremien.

Schweden

Das 1987 verabschiedete Regierungsprogramm mit der Bezeichnung "Aufteilung der Macht, des Einflusses und der Verantwortung in allen Gesellschaftsbereichen" sieht vor, dass der Anteil der Frauen in den öffentlichen Räten und Ausschüssen 30% im Jahr 1992, 40% im Jahr 1995 und die Parität im Jahr 1998 erreicht.

Quelle : Monique Leijenaar, in Zusammenarbeit mit dem europäischen Expertinnennetzwerk "die Frauen in der Beschlussfassung", Wie kann zwischen Frauen und Männern in der politischen Beschlussfassung ein Gleichgewicht geschaffen werden, Europäische Gemeinschaften, 1997.

Site : www.ifrance.com/oiphf/biblio.htm

1.4. In der Gemeindeverwaltung

Die Stadt ist ein Arbeitgeber, und oft ein bedeutender. Die Frauen stellen in den meisten Fällen mehr als die Hälfte der kommunalen Angestellten dar. Doch, wie schon im nationalen öffentlichen Dienst festgestellt, bekleiden sie auch hier nur selten Führungsposten. Haben sie dennoch einen solchen Posten inne, so ist ihr Aufgabengebiet mehr ein "weibliches" (eher Soziales bzw. Kinderbetreuung, als Verkehr und Territorialplanung).
Zahlreiche Städte haben inzwischen Förderpolitiken entwickelt, Pläne zur Gleichstellung und sogar Massnahmen für Aktionen verabschiedet, mit denen dieses Ungleichgewicht ausgeräumt werden soll.

Jonkoping (Schweden)

Feminisierung der obersten Führungsposten

Die Stadtverwaltung ist umorganisiert worden, um den weiblichen städtischen Bediensteten dabei behilflich zu sein, in die verschiedenen Verwaltungsdirektionen einzuziehen und die internen Fortbildungsinstrumente zu nutzen, um ihre satzungsmässige Position zu stärken.
Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken
Site : www.jonkoping.se

Växjo (Schweden)

Sensibilierung des städtischen Personals und der gewählten Mandatsträger für die Gleichstellung in Sachen Personalverwaltung.

Die Gemeinde regt ihre Beamten, Frauen und Männer, an, innerhalb der Stadtverwaltung Karriere zu machen und beabsichtigt, so eine Basis zu schaffen für den Aufstieg von Frauen in die Führungsetagen. Eine Video ist vorgestellt worden, in der Angestellte, gewählte Mandatsträger und städtische Beamte sowie Amateurschauspieler aus der Gemeinde die unterschiedlichen Diskriminationslagen in Szene setzen, denen Frauen oft im Rahmen der Beschlussfassung ausgesetzt sind. Den neu eingestellten Beamten und Angestellten wird nahegelegt, sich diesen Film anzusehen.
Quelle : Leitfaden zur Einbeziehung der gender-Dimension in die Lokalpolitiken.
Site : www.waxjo.se

Berlin (Deutschland)

Mentoring für die städtischen Beamten

Mit Hilfe der Organisation EAF-Berlin (Europäische Akademie für Frauen) hat die Stadt Berlin ein Projekt entwickelt mit dem Ziel, den weiblichen städtischen Bediensteten dabei zu helfen, ihre Mitwirkung in der gesamten Stadtverwaltung zu verstärken und zu höheren Posten zu gelangen.
Quelle: Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF-Berlin)
Site: www.eaf-berlin.de, www.berlin.de/verwaltungsakademie

Rennes (Frankreich)

Unterstützung der weiblichen Stadtbediensteten.

Im Jahr 1990 hat eine Untersuchung gezeigt, dass im städtischen Dienst nur 6% der Führungskräfte Frauen waren. Da die Stadtverwaltung personalmässig der zweite Arbeitgeber der Stadt ist, hat der Bürgermeister es als erforderlich erachtet, hier etwas zu unternehmen. Es wurde ein Kreis weiblicher Führungskräfte unter dem Vorsitz einer Gleichstellungsbeauftragten eingerichtet, um Vorschläge im Hinblick auf mehr Parität am Arbeitsplatz, eine Änderung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeitregelung), der Einstellungskriterien, der Fortbildung und Kommunikation auszuarbeiten. Auf diese Weise hat die Stadt Rennes ein System geschaffen, das eine Professionalisierung des Fachwissens der Frauen auf bestimmten Gebieten ermöglicht (Wartung, Restauration, Kinder- und Altenbetreuung) und zu Fachzeugnissen verhilft, durch Anerkennung ihrer Kompetenzen und Erfahrungen.
Quelle : Stadt Rennes
Site : www.ville-rennes.fr

Glasgow (Schottland)

Ein Leitfaden für die städtischen Beamten, zur Vermeidung einer sexistischen Ausdrucksweise am Arbeitsplatz

Sexismus ist weiterhin ein Hindernis für die Frauen in ihrer Eigenschaft als städtische Bedienstete. Aus diesem Grund hat sich die schottische Stadt zu einer äusserst engagierten Politik gegen Diskriminierung und für einen höheren Stellenwert der Chancengleichheit bei den Beamten und den Mitgliedern des Gemeinderats entschlossen. Der Leitfaden hatte den Zweck, bei den weiblichen Bediensteten das Bewusstsein für diese Gegebenheiten zu wecken.
Quelle : Gemeinderat Glasgow
Site : www.glasgow.gov.uk

Turin (Italien)

Die Stadt Turin hat eine Untersuchung durchgeführt, "the glass ceiling", gestützt auf die Methode der kognitiven Psychologie, um den Mechanismen auf den Grund zu gehen, die zu Ungleichbehandlung in den Beschlussfassungskreisen führen. Die Untersuchung konzentriert sich auf mangelnde Gleichstellung von Männern und Frauen in der Beschlussfassung, die sich bereits im Stadium der Verhandlung herausschält. Nach Abschluss der Studie sollen Empfehlungen formuliert werden, wie die Frauen ihre spezifischen Schwierigkeiten überwinden können, um im öffentlichen und privaten Sektor hochrangige Posten zu erlangen. Die Untersuchung ist in öffentlichen Anstalten, in Nichtregierungsorganisationen und in Unternehmen der Stadt Turin durchgeführt worden.

Quelle : Projekt Sister Cities Going Gender und Rathaus Turin

Sites : www.comune.torino.it, www.sister-cities-going-gender.org

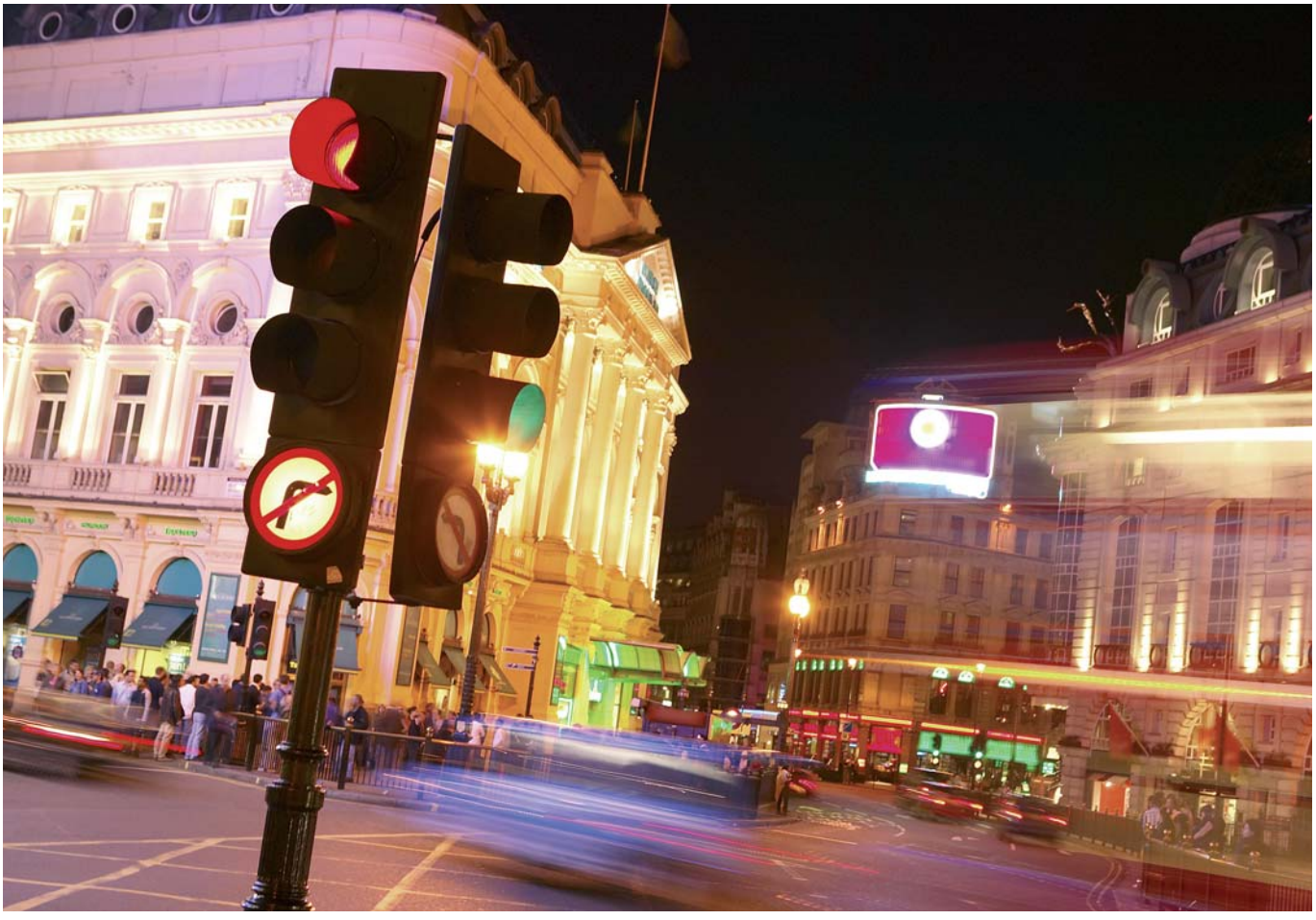
Wien (Österreich)

Managing E-quality

Das Projekt "Managing E-quality" wurde entwickelt, um es den Arbeitgebern zu ermöglichen, das gender-mainstreaming und die EU-Kriterien für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zu harmonisieren.
Ziel des Projektes ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und auch der Unterschiedlichkeit des Personals Rechnung zu tragen. Es handelt sich hierbei um ein Programm für Fortbildung, Begutachtung und Umsetzung, um die Behörden und öffentlichen Einrichtungen bei ihren Bemühungen zu unterstützen und Lösungsansätze zu finden in den Bereichen, in denen sie einen Bedarf an Nachbesserung in Richtung Chancengleichheit erkennen. Zu diesem Zweck werden Fortbildungskurse und Seminare veranstaltet.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Sites : www.genderlink.com/index_mege.htm, www.frauen.wien.at



Mechanismen und Instrumente zur Gleichstellung

Die Umsetzung einer Politik zur Gleichstellung von Männern und Frauen setzt voraus, dass ein politischer Wille besteht. Dieser politische Wille wiederum setzt das Engagement der gesamten gewählten Gemeindeversammlung voraus, sowie die Benennung von Verantwortlichen, gewählten Mandatsträgern oder Beamten, die damit betraut werden, Massnahmen und Methoden zum Abbau von Diskriminierungen vorzuschlagen und die tatsächliche Wirkung der Aktion zu überwachen. Ein lokaler Gleichstellungsplan muss erarbeitet werden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass bei Fehlen eines solchen Planes, sowie der spezifischen Gleichstellungsmechanismen und bei einer unzureichenden Ausbildung des Personals in Gleichstellungsfragen, die umgesetzten Politiken nur unvollständig und ohne Kontinuität sind. Es ist daher erforderlich, dass die Stadt im Gemeinderat sowie in der Verwaltung ein System einrichtet, um zu überwachen, dass die gender-Dimension in alle Politiken Eingang findet. Weiterhin muss über die örtlichen Fortbildungs- und Informationsapparate dazu beigetragen werden, die stereotypen Betrachtungsweisen wirksam zu bekämpfen.
In mehreren europäischen Ländern macht der Staat den lokalen Gebietskörperschaften zur Pflicht, bzw. regt sie dazu an, durch Einrichtung geeigneter Mechanismen und spezieller Politiken der Frage der Geschlechtergleichstellung Beachtung zu schenken.

2.1. Ein gender-sensibler Gemeinderat

Ein gewählter Mandatsträger ist innerhalb der städtischen Exekutive mit der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Stadt betraut. Ein städtischer Ausschuss ist eigens mit dem Dossier der Gleichstellung befasst. Manchmal kommt noch ein ausserstädtischer Ausschuss hinzu, unter Mitwirkung der von dieser Frage betroffenen örtlichen Organisationen, insbesondere der Frauenverbände. Bevor sie dem Gemeinderat zur Verabschiedung vorgelegt werden, sind die künftigen Beschlüsse vom Ausschuss "Gleichstellung von Frauen und Männern" zu begutachten, um zu gewährleisten, dass die gender-Dimension angemessen berücksichtigt wird. Der Gemeinderat gibt sich Instrumente, um die Lage der Frauen und Männer in der Stadt gegenüberzustellen und zu analysieren.

Der Schwedische Verband der lokalen Gebietskörperschaften

Die 3-R-Methode

Der Schwedische Verband der lokalen Gebietskörperschaften hat eine Methode erarbeitet, um die Kommunen bei der Entwicklung einer globalen Gleichstellungspolitik zu unterstützen. Die 3-R-Methode ist ein analytisches Instrument. Es dient dazu, die nötige Information freizulegen, um die gender-Dimension systematisch zu berücksichtigen. Die 3 R stehen für Repräsentation, Ressourcen und Realität. Kürzlich wurde der Methode ein weiteres R hinzugefügt, für "Restriktionen". Das bedeutet, dass Organisationen, die das Gender-Mainstreaming nicht umsetzen, mit Sanktionen rechnen müssen.

Quelle : The 3Rs, Tools for gender Equality in Local Government, 1999, Schwedischer Verband der lokalen Gebietskörperschaften

Site : www.svekom.se

2.2. Eine Gemeindeverwaltung, die für gender-Gleichstellung ausgebildet und mobilisiert ist.

Eine Abteilung, die dem für Gleichstellungsfragen verantwortlichen gewählten Mandatsträger unterstellt ist, hat die Aufgabe, dem Konzept der Chancengleichheit Impulse zu geben, darüber zu wachen, dass es in alle Direktionen der städtischen Verwaltung Eingang findet und es weiter zu

begleiten. Die Mitarbeiter dieser Direktion sind eigens für die Berücksichtigung der gender-Dimension und die damit verbundenen Techniken ausgebildet worden. In jeder Direktion der örtlichen Verwaltung fungiert ein in Gleichstellungsfragen ausgebildeter Mitarbeiter als Korrespondent der Gleichstellungsabteilung.

Frankfurt (Deutschland)

Frankfurt hat im Januar 2002 damit begonnen, das gender-mainstreaming umzusetzen und hat zu diesem Zweck ein "gender-Team" in der Stadtverwaltung eingesetzt. Aufgabe dieses Teams ist es, den gender-Aspekt in die städtischen Strukturen einfliessen zu lassen : zum einen in die Beschlussverfahren, zum anderen in die Entscheidungsgremien.

Frankfurt ist Urheber eines europäischen Pilotprojektes : « Sister Cities Going Gender », mit dem Ziel, die Umsetzung von Gleichstellungspolitiken in den europäischen Grossstädten wie Rotterdam, Rom, Turin, Wien und Venedig anzuregen.

Quelle : das Gender-Team der Stadt Frankfurt und das Projekt Sister Cities Going Gender

Sites : www.frankfurt.de, www.sister-cities-going-gender.org

Paris (Frankreich)

Observatorium für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Mit der Einrichtung dieses Observatoriums wurde die Zielvorstellung verfolgt, den Pariserinnen und auch Parisern ein besseres Alltagsleben in ihrer Stadt zu ermöglichen, und zwar in allen Bereichen: Soziales, Beschäftigung, berufliche Gleichstellung, Familie, Kultur, Verkehr, usw.

Die Pariserinnen und Pariser erleben unterschiedliche Situationen und haben sich mit unterschiedlichen Problemen auseinanderzusetzen. Aufgabe der Stadt ist es, geeignete Antworten bereitzuhalten, damit jede Frau und jeder Mann die gleiche Lebensqualität geniesst.

Dieses Ziel gilt auch für die Frauen und Männer der Pariser Stadtverwaltung, denen Chancengleichheit zu gewährleisten ist.

Wenn Paris auch eine frauenfreundliche Stadt ist (die Frauen stellen 53 % der Einwohner und 50 % des Pariser Verwaltungspersonals dar), gibt es noch immer zahlreiche Stätten, die von Ungleichheiten geprägt sind.

Um diese Ungleichheiten abzubauen, setzt sich das Observatorium dafür ein, dass :

- die Rechte der Pariserinnen gewährleistet und beachtet werden,
- die Pariserinnen und die Frauen der Pariser Stadtverwaltung bei der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit, in Beschäftigungsfragen und bei der beruflichen Gleichstellung unterstützt und begleitet werden.
- die Rolle der Pariserinnen auf allen Gebieten anerkannt und valorisiert wird,
- die Frauen- und die feministischen Verbände in Paris unterstützt und begleitet werden.

Quelle : Pariser Rathaus

Site : www/paris.fr/fr/citoyennete/observatoire egalite

Wien (Österreich)

Umsetzung des gender-mainstreaming in den verschiedenen Verwaltungsbereichen

Vor zahlreichen Jahren schon ist die Stadt Wien eine eindeutige politische Verpflichtung eingegangen mit dem Ziel, das mainstreaming in die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu integrieren. Abgesehen von der Abteilung 57, der Frauenabteilung der Stadt Wien, sind auch zahlreiche Massnahmen in den verschiedenen anderen Abteilungen der Stadtverwaltung ergriffen worden, um den Belangen der Frauen im Sinne des gender-mainstreaming gerecht zu werden, und zwar auf den Gebieten, die direkt mit den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Verwaltung zusammenhängen. Auch hat die Stadt 5 Mitglieder ihres Personals dazu ausersehen, als Berater in Gleichstellungsfragen aufzutreten, nachdem sie von ihren herkömmlichen Aufgaben befreit wurden. Weiterhin wurde eine Stelle für eine Kontaktperson in Gleichstellungsfragen geschaffen. Alle diese Angestellten sind Frauen, die dem Personal, sowohl Männern als Frauen, als erster Ansprechpartner in den einzelnen städtischen Abteilung dienen. Zur Zeit gibt es in der ganzen Stadt 145 Kontaktpersonen. Weiters zu erwähnen ist, dass die Stadt eine Arbeitsgruppe für Gleichstellungsfragen unterhält.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Sites : www.frauen.wien.at, www.wien.gv.at/gbb

Essen (Deutschland)

Vierundsechzig Frauenbeauftragte

In 33 Abteilungen der Stadt wurden eine oder mehrere Frauenbeauftragte nominiert. Diese üben ihr Amt neben ihren originären Aufgaben aus. Sie arbeiten mit der Gleichstellungsstelle zusammen und unterstützen den Informationstransfer zwischen Gleichstellungsstelle und Fachbereich. Sie nehmen einmal monatlich an einer Konferenz teil, um Erfahrungen auszutauschen, Probleme zu erörtern, aber auch Anregungen zu neuen Themen zu geben. Die Frauenbeauftragten des Essener Systemhauses, das für die EDV-Vernetzung der Stadtverwaltung zuständig ist, haben zum Beispiel gemeinsam mit dem Jugendamt eine Kinderbetreuung für Kinder städtischer Beschäftigter in den Schulferien organisiert.

Quelle : Deutscher Städtetag, Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen

Sites : www.staedtetag.de, www.essen.de

Oberschlesien, (Polen)

Das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, eine Nichtregierungsorganisation, hat ein von der E.U. gefördertes Projekt gestartet, um ein "Netzwerk kommunaler ExpertInnen für Gleichstellungsfragen in den Städten der Voivoden Slaskie und Opolskie" aufzubauen. Im Rahmen dieses Projektes haben 50 GemeindevertreterInnen der beiden Regionen an einer Reihe von Seminaren und Arbeitsgruppen teilgenommen, um sich in Sachen Gleichstellung - Theorie und Praxis - fortzubilden.

Kontakt : Malgorzata Jonczy

Site : www.haus.pl

Dudelange, (Luxemburg)

Eine integrierte Gleichstellungspolitik :

Die Gemeinde hat 1995 einen Gleichstellungsbeauftragten benannt und 1997 einen Ausschuss für Gleichstellung gegründet, der allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht, sowie einen Lenkungsausschuss für die Gleichstellungspolitiken. Dieser Lenkungsausschuss setzt sich aus Gemeindebeamten zusammen, die in folgenden Bereichen tätig sind : Beschäftigung, Soziales, Jugendhaus, Personal, Schuldienst, Senioren. Der Ausschuss hat folgende Aufgaben: die kommunalen Dienststellen im Hinblick auf die Gleichstellung beraten und unterstützen, Fortbildungskurse organisieren und anbieten, Kampagnen zur Sensibilisierung und weitere Veranstaltungen auf den Weg bringen - um die Frauen ins Blickfeld zu rücken -, mit den örtlichen Frauenverbänden, den Abteilungen für Frauenfragen, dem Rat der luxemburgischen Frauen und dem Ministerium für Frauenförderung zusammenarbeiten.

Quelle : Gemeinde Dudelange und nationaler Rat der luxemburgischen Frauen.

Sites : www.dudelange.lu, www.cnfl.lu

Finnland

Kooperationsnetzwerke für Gleichstellungsbeauftragte sind zwischen den Verwaltungen der Städte Espoo, Helsinki, Oulu und Turku eingerichtet worden. Diese Netzwerke befassen sich mit Fragen der Gleichstellungsplanung, der Übermittlung von Informationen und der Koordinierung der Massnahmen zur Sensibilisierung des städtischen Personals für Gender-Probleme.

Quelle : Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands

Site : www.kunnat.net

2. 3. Geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Statistiken

Die Ungleichheiten und Diskriminierungen treten nicht immer zu Tage, solange keine geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselten Statistiken vorliegen. Wie viele Frauen und Männer leben in der Gemeinde ? Wie viele Frauen sind Familienoberhaupt? Wie sieht die geschlechtsspezifische Staffelung der Beschäftigung im Angestelltenverhältnis aus? Wie stehen die Einkommen der Frauen im Vergleich zu denen der Männer? Wer benutzt die öffentlichen Transportmittel ? usw. Die Gleichstellungsstelle hat die Aufgabe, die entsprechenden Statistiken anzufertigen, aufzuarbeiten und zu analysieren.

Norwegen

Ein Gemeindeindex über die Gleichstellung von Frauen und Männern

Seit 1999 veröffentlicht das Norwegische Amt für Statistik jedes Jahr einen Index über die Gleichstellung der Geschlechter, anhand dessen die Städte nach sechs Gesichtspunkten eingeordnet werden : Dichte der Kinderhorte, Anteil der Frauen im Gemeinderat, Bildungsstand der Frauen und Männer in der Gemeinde, Anzahl der Frauen und Männer in der Gemeinde, Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt, Vergleich der Einkommen von Frauen und Männern.

Quelle : Norwegisches Amt für Statistiken

Site : www.ssb.no/likekom_en/main.html

Finnland

- **Der Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands** führt geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Statistiken über die Gemeinderäte, die Ausschüsse, usw. Der Ausschuss der lokalen Gebietskörperschaften in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber des Verbandes der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands führt geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Statistiken über das städtische Personal.

Quelle : Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands

Site : www.kunnat.net

- **Das Ministerium für Soziales und Gesundheit** hat eine Datenbank geschaffen mit Indikatoren zur Überwachung der Gleichstellung auf lokaler und regionaler Ebene. Die Indikatoren betreffen verschiedenartige Gebiete : Bevölkerung und Familie, Bildung, Berufsleben, städtische Bedienstete, Einkommen, Beschlussfassung auf lokaler Ebene, Kinderbetreuung, Gesundheit und Altenhilfe. Die Statistiken sind erhältlich auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.

Quelle : Sari Pikkala. Gleichstellungsindikatoren für Städte und Regionen. Helsinki 2003. Berichte über Soziales und Gesundheit. 2003:12.

Site : www.stm.fi ; www.tasa-arvotietopankki.fi

2.4. Der Haushaltsplan : ein Instrument zur Analyse und Bereinigung der Ungleichheiten

Die öffentlichen Haushaltspläne sind nicht neutral. Sie berühren Männer und Frauen nicht in der gleichen Weise, und zwar insofern, als die Frauen insgesamt gesehen über weniger Finanzmittel verfügen als die Männer und ihnen ein stärkerer Anteil der unbezahlten Arbeiten zufällt. Seit Mitte der Achtzigerjahre wurden - zunächst in Australien - Untersuchungen durchgeführt, um die Wirkung der öffentlichen Haushaltspläne auf die Frauen und Männer zu messen, mit dem Ziel, die Gleichstellung zu fördern. So hat sich beispielsweise herausgestellt, dass eine Sparmassnahme im sozialen Bereich vor allem die Frauen mit Aufgaben belastet, die vorher von öffentlicher Hand wahrgenommen wurden.

Bei Abschluss der Weltkonferenz in Peking im Jahr 1995 haben sich die Staaten verpflichtet, die "spezifischen Probleme der Frauen bei Beschlüssen bezüglich des Haushaltsplans zu berücksichtigen" und ausserdem "eine ausreichende Finanzausstattung für die Programme vorzusehen, die auf die Gleichstellung von Frauen und Männern abzielen". Was für die staatlichen Haushaltspläne gilt, gilt auch für den Haushalt der Gebietskörperschaften und insbesondere der Städte. In verschiedenen europäischen Ländern haben die Kommunen Techniken entwickelt, die es ermöglichen, bei den Haushaltsplänen den Effekt der Einkünfte (Steuern) und der Ausgaben (Betriebs- und Investitionskosten), aus der gender-Perspektive zu analysieren.

Europäische Union / Europäisches Frauenlobby

Ein Leitfaden für das Gendern von öffentlichen Haushaltsplänen

Das Europäische Frauenlobby, das mehr als 4000 Frauen-Organisationen in Europa umfasst, hat ein Papier herausgegeben, das äusserst hilfreich ist für das Gendern der Haushaltspläne, und zwar in praktischer und technischer Hinsicht. Wenn die Unterlage auch nicht speziell auf die lokalen Haushaltspläne ausgerichtet ist, hilft sie doch sehr wesentlich zu begreifen, wo das Interesse des gender budgeting für die gute politische Führung und den Abbau von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern liegt.

Quelle : Die Einbeziehung der gender-Dimension in die Haushaltspläne : eine Übersicht des Europäischen Frauenlobbys, 2004.

Site : www.womenlobby.org

Basel (Schweiz)

Eine Methodologie des gender budgeting:

Die Stadt Basel hat eine Methodologie entwickelt, die es ermöglicht, die Zuweisung der Ausgaben nach Geschlecht zu messen. Das Ergebnis verdeutlicht, dass insgesamt gesehen die Männer ca. 15% mehr Budgetmittel erhalten als die Frauen. Die Analyse nach Altersstufen zeigt, dass die Frauen erst nach 65 Jahren mehr empfangen als die Männer. Diese Analysen sind ein hilfreiches Planungsinstrument.

Quelle : "der kleine Unterschied" in den Staatsfinanzen, eine Vergleichsanalyse nach Geschlecht im Kanton Basel, und RGRE: die Gleichstellung in den Städten Europas, Seminar vom 7.-8. Mai 2004 in Paris.

Site : www.basel.ch

Italien

Gender budgeting -Experimente in mehreren Städten

Gender budgeting-Experimente werden in den Provinzen Modena, Sienna und Genua durchgeführt und miteinander vernetzt. Die Region Emilia-Romagna hat eine Durchführbarkeitsstudie hierüber angefordert, um die unterschiedlichen städtischen Ausgaben für Frauen und Männer zu messen und die Bereiche herauszufinden, die in der Gender-Perspektive auf lokaler Ebene benachteiligt sind, wie z.B. die Kinderbetreuung, Kinderbeihilfe und öffentliche Transportmittel.

Quelle : Leitfaden für die Einbeziehung de Gender-Dimension in die Lokalpolitiken, Europäische Kommission, 5° FuE-Rahmenprogramm.

Site : www.eurete.it

Göteborg (Schweden)

Gender budgeting als Instrument zur Bereinigung von Ungleichheiten

Einer der Bezirksräte der Stadt Göteborg, Schweden, hat untersucht, nach welchem Schema die Stadt den im sozialen Bereich tätigen Nichtregierungsorganisation Beihilfen verteilt. Dabei ist zu Tage getreten, dass abgesehen von den Verbänden, die Unterkünfte bereitstellen, die Verbände mit weiblicher Dominanz nur ein Fünftel der städtischen Beihilfen für Vereine empfangen. Es hat sich zwar gezeigt, dass die Heime für misshandelte Frauen etwas höhere Subventionen pro Insassin erhalten als die Männerverbände, die Entziehungsheime für Alkoholiker verwalten. Zieht man jedoch in Betracht, dass die in den Heimen untergebrachten Frauen meistens ihre Kinder mitbringen, so ergibt sich für die Männer am Ende ein höherer Beihilfebetrag. Nach Abschluss der Untersuchung hat der genannte Bezirksrat seine Subventionen umverteilt, wobei zuvor der soziale Nutzen und der Bedarf der einzelnen Aktivitäten genau abgewogen wurde.

Quelle : Leitfaden für die Einbeziehung de Gender-Dimension in die Lokalpolitiken, Europäische Kommission, 5° FuE-Rahmenprogramm

Site : www.goteborg.se

Gender budgeting in den Städten des Netzwerks "Sister Cities Going Gender" :

Im Rahmen des von der Stadt Frankfurt eingerichteten Netzwerks "Sister Cities Going Gender" haben europäische Städte Pilotprojekte für gender budgeting entwickelt.

- **Rotterdam (Niederlande)**

Die Stadt Rotterdam verwirklicht ein Projekt, das darauf abzielt, gender budgeting in der Jugendpolitik, insbesondere für die 12-18jährigen, umzusetzen.

Quelle : Rathaus Rotterdam und Projekt Sister Cities Going Gender

Site : www.stadhuis.rotterdam.nl, www.sister-cities-going-gender.org

- **Rom (Italien)**

Die Stadt Rom führt ein Projekt zur Umsetzung des gender budgeting in einem Stadtteil durch, in dem die Regel des "partizipativen Haushaltsplans" angewandt wird.

Quelle : Stadt Rom und Projekt Sister Cities Going Gender

Site : www.comune.roma.it, www.sister-cities-going-gender.org

2.5. Ein Informationsangebot für die Öffentlichkeit über geschlechtsdifferente Politiken

Alle Medien, die der städtischen Öffentlichkeitsarbeit dienen, haben darüber zu wachen, dass jede Form sexistischen stereotypen Ausdrucks ausgeschaltet wird und dass die Werbung in der Stadt diese nicht befördert. Ausserdem ist es ihre Aufgabe, die Stellenangebote für städtische Beamte auf ihre Geschlechterneutralität hin zu prüfen, und sich dafür einzusetzen, dass Funktionen, mehrheitlich entweder von Frauen oder von Männern bekleidet, dem unterproportional vertretenen Geschlecht geöffnet werden. Eine spezielle, leicht zugängliche Informationsstelle für Frauen ist in diesem Zusammenhang eingerichtet worden.

Provence Alpes Côte d'Azur (Frankreich)

Agor'elles

Die regionale Arbeitsgemeinschaft für die Aktion und Information der Frauen und Familien (GRAIFF), ist 1977 auf Betreiben der Region Provence Alpes Côte d'Azur gegründet worden, mit dem Ziel, Aktionen im Dienste der Frauen und Familien zu entwickeln, auszubauen und umzusetzen. Die Arbeitsgemeinschaft hat ihren Sitz in Marseille, übt jedoch ihre Tätigkeit über die gesamte Region aus. Ihre Mitglieder bestehen aus sechzig Kommunen. Die GRAIFF setzt sich ein für eine stärkere Einbindung der Frauen ins politische und assoziative Leben und für mehr Geschlechtermix und Chancengleichheit bei der Umsetzung der öffentlichen Politiken. Sie hat unter anderem die Aufgabe, ein Informationsrelais zu bilden zwischen den Behörden, den Verbänden und der Öffentlichkeit. Sie gibt überdies ein Informationsblatt heraus : "Agor'elles".

Quelle : Regionale Arbeitsgemeinschaft für die Aktion und Information der Frauen und Familien (GRAIFF)

Site : www.graiff.org

Turin (Italien)

Auf Betreiben ihres Gleichstellungsausschusses hat die Stadt Turin eine web-site angefertigt, die von der Region Piemont finanziert wird. Diese web-site trägt den Namen IRMA, für " Network information for awareness enhancement and education in gender mainstreaming and equal opportunities". Sie bietet ein Netz von Verbindungen zwischen den Dienstleistungsangeboten der Stadt und denen der anderen kommunalen Anstalten und Verbände auf dem Gebiet der Gleichstellung. Sie stellt überdies eine wichtige Informationsquelle für die Frauen dar, wenn sie vor spezifischen Problemen stehen.

Quelle : Gleichstellungsausschuss der Stadt Turin

Site : www.irma-torino.it

Wien (Österreich)

"Sieben Stufen zur Gleichstellung"

Die Stadt hat eine Broschüre herausgegeben mit dem Ziel, der Chancengleichheit und einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familien/Privatleben den Weg zu bereiten. Diese Schrift vermittelt theoretisches Grundwissen sowie einen Kit "zur Selbstanwendung" mit best-practice-Beispielen, Checklisten und Direktverbindungen für eine praktische Handhabung.

Die hauptsächlichen Aktionsbereiche sind folgende:

- Aufrechterhaltung der Verbindung zu den Männern und Frauen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen (Erhalt der Kompetenzen) und Unterstützung derselben, insbesondere bei ihrer Rückkehr an den Arbeitsplatz;
- Hilfsdienste im Alltag (z.B. Einkaufsservice, Pflegedienst für kranke Kinder);
- flexible Arbeitszeit, um den Angestellten die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitstage selbst zu gestalten und um die Zahl der Überstunden zu reduzieren.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Site : www.gleichstellung.info

2.6. Die Sensibilisierung der jungen Bürger für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Städte können sehr wesentlich dazu beitragen, dass die Mädchen und Jungen sich für das örtliche Gemeinschaftsleben interessieren und dabei mitwirken. Anhand der Kinder-Gemeinderäte, die in zahlreichen Städten bestehen, insbesondere wenn sie paritätisch aufgebaut sind, wird das Erlernen der gemeinschaftlichen Beschlussfassung und das frühzeitige Sichbewusstwerden der speziellen Schwierigkeiten des einen oder anderen Geschlechts beim Zugang zum lokalen öffentlichen Dienst befördert. Die Gemeinden können, jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, das Bewusstsein der Kinder für die Gleichstellung wecken (in den Kindergärten, Büchereien, Freizeitzentren).

Lüttich (Belgien)

Stadtviertel-Gemeinderäte für Kinder

Die Stadt Lüttich hat, innerhalb eines Abkommens bzgl. der Ausarbeitung der städtischen Verträge, Stadtviertel-Gemeinderäte für Kinder damit beauftragt, durch eine kritische Analyse durchlebter Situationen über die Geschlechtergleichstellung nachzudenken. Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren, die aus der Mitte eines jeden Rates gewählt wurden, haben einen Film zum Thema Gleichstellung angefertigt. Danach wurden in den Schulen der verschiedenen Stadtviertel Vorführungen veranstaltet.

Quelle : Carine Joly, "Frauen und Städte in Belgien, historischer Rückblick auf die lokalen Gleichstellungspolitiken, die auf Bundesebene umgesetzt werden", Feministische Chronik, n°86/88, September.2003/Januar 2004.

Site : www.liege.be

Venedig (Italien)

Projekt "es ist die Rede von Geschlechterdifferenz"

Ziel dieses Projektes ist die Verbreitung einer gender-Kultur und die Sensibilisierung der Schuljugend für Themen wie Gewalt und Misshandlung. 428 Studenten wurden eingeladen, am Projekt mitzuwirken. 289 Erwachsene haben sich ebenfalls beteiligt.

Für die Kinder wurde ein Labor eingerichtet, um über das Thema der Geschlechterdifferenz zu diskutieren und zu reflektieren. Für die Eltern wurde eine Hilfsstelle eingerichtet. Diese dient dazu, sie in ihrer Funktion als Eltern zu unterstützen und die Beziehung zu ihren Kindern zu erleichtern. Auch für das Lehrpersonal wurde eine Hilfsstelle eröffnet, um ihm bei seiner erzieherischen Aufgabe Beistand zu leisten. Es wurden den Lehrern und Eltern noch weitere Kurse zur Fortbildung und Sensibilisierung angeboten, zu Themen wie Missbrauch von Minderjährigen und Gewalt gegen Frauen, Geschlechterdifferenz, Alltagsbeziehungen zwischen Eltern und Kindern, sowie zur Förderung einer Erziehung, die beiden Geschlechtern Rechnung trägt.

Quelle : Rathaus Venedig

Site : www.comune.venezia.it

Lausanne (Schweiz)

Tagesveranstaltung "Alle Berufe wagen"

Die Stadt Lausanne veranstaltet jedes Jahr einen speziellen Tag, an dem die Mädchen die Arbeit ihrer Väter, und die Jungen die Arbeit ihrer Mutter entdecken. Im Verlauf dieser Veranstaltung, die auf die Schüler von der 5. zur 9. Klasse ausgerichtet ist, zeigen die Eltern ihren Kindern, wie ihr normaler Tagesablauf aussieht und beziehen dabei die Kinder mit in ihre Tätigkeit ein, erläutern ihnen die Berufe ihrer Kollegen und bieten ihnen so einen ersten Einblick in das Erwerbsleben.

Quelle : Gleichstellungsausschuss der Stadt Lausanne

Site : www.lausanne.ch

Pontedera - Pisa (Italien)

Das Istituto Magistrale von Pontedera hat ein Projekt zur Ausbildung seiner Studenten in Gleichstellungsfragen verwirklicht. Das Projekt wurde von der Provinz Pisa finanziert und von der AICCRE-Toskana und dem Rektorat von Pontedera unterstützt. Im Rahmen dieses Projektes, das von März 2004 bis Oktober 2005 läuft, nehmen die Studenten an theoretischem Unterricht und an praktischen Kursen über Gleichstellungspolitiken und deren Umsetzung teil.

Quelle : AICCRE Toskana

Sites : www.aiccre.it, www.provincia.pisa.it

Wien (Österreich)

Töchtertag

Der Töchtertag ist in Wien im Jahr 2001 eingerichtet worden, um den Mädchen dabei zu helfen, eine geeignete Beschäftigung zu finden. Am 4. Donnerstag im April begleiten die 11- bis 16jährigen Mädchen ihre Mutter bzw. ihren Vater oder eine andere Person mit Erziehungsbefugnissen zum Arbeitsplatz. Die Mädchen verbringen den ganzen Tag mit dieser Person und lernen dabei welche Möglichkeiten es für die Frauen in den verschiedenen Bereichen gibt. Im Jahr 2004 haben sich ca. 1500 Mädchen und 55 Betriebe am Töchtertag beteiligt.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Sites : www.toechtertag.at, www.frauen.wien.at

2.7. Ein ständiger Dialog mit der Zivilgesellschaft

Das Bewusstsein bei den politischen Gremien für die gender-Dimension ist hauptsächlich durch die nationalen und lokalen Organisationen, die sich mit Frauenrecht befassen, geweckt worden. Solche Organisationen bestehen in den meisten Städten. Sie sind die Gesprächspartner der öffentlichen Hand. Sie sind imstande, die Entscheidungsträger über die spezifischen Bedürfnisse der Frauen aufzuklären und können einen nützlichen Beitrag leisten zu den Arbeiten des "Frauenausschusses", sofern ein solcher besteht. Auch können sie zu Bauprojekten in der Stadt konsultiert werden.

Bristol (Vereinigtes Königreich)

Das Bristol Women's Forum

Diese Organisation zielt darauf ab, die Mitwirkung der Frauen bei der Ausarbeitung der Stadtpolitiken sicherzustellen. Das Bristol Women's Forum arbeitet mit der Gleichstellungsabteilung der Stadt zusammen. Die Frauen organisieren Besprechungen mit den Stadtverordneten und Beamten, um den lokalen Entscheidungsträgern eine Gender-Sichtweise nahezubringen.

Quelle : Internationaler Verband der Lokalen Gebietskörperschaften (LGIB)

Sites : www.bccforums.org.uk/women, www.lgib.gov.uk

Barcelona (Spanien)

Die Frauenräte

Ein Frauenrat in der Stadt und Frauenräte in den Stadtvierteln.

Die Stadt Barcelona hat, auf der Ebene der Stadt, einen Frauenrat eingerichtet, der dem Ausschuss für soziale Entwicklung unterstellt ist, sowie Frauenräte in den einzelnen Vierteln. Diese Konsultativorgane dienen dazu, die Mitwirkung der Frauen sicherzustellen bei der Umsetzung des städtischen Programms für Frauen, wie auch der Branche "Frauen" des städtischen Aktionsprogrammes und des Aktionsplanes gegen Gewalttätigkeit gegenüber Frauen.

Quelle : Eine Stadt nach Mass für die Frauen,
Kanadischer Städteverband, 2004.

Site : www.cird.bcn.es

Verviers (Belgien)

Ein Frauenbeirat

Gründung des kommunalen Frauenbeirats.

Dieser Beirat ist im Rahmen des Weltmarsches der Frauen im Jahr 2000 gegründet worden. Bei dieser Gelegenheit hatte der Rat der französischsprachigen Frauen Belgiens, Sektion Verviers, eine Unterredung mit der Kommunalbehörde und hat dabei die Einrichtung eines kommunalen Frauenbeirats in der Stadt gefordert. So wurde der Beirat gegründet, der eine Reihe von Projekten zur Förderung der Gleichsstellung in der Stadt verwirklicht.

Quelle : Rathaus Verviers

Site : www.verviers.be

2.8. Ein Plan für die Gleichstellung

Der Gemeinderat hat, nach einer Diagnose der unterschiedlichen Lage von Frauen und Männern, die anhand von statistischen Daten, nach Geschlecht aufgeschlüsselt, herausgearbeitet wurde, sowie nach einer Analyse des Haushaltsplans, nach einer Konsultation der Bürger und insbesondere der Frauengruppen, Zielvereinbarungen für die Gleichstellung getroffen, die in einem Plan verankert wurden. Dieser Plan, der nach Beratung von der Gemeinde verabschiedet wurde, ist mit einer finanziellen und personellen Ausstattung versehen. Er sieht eine Evaluationsmethode vor.

London (Vereinigtes Königreich)

Dialog mit örtlichen Frauenverbänden

Die Behörde für den Grossraum London (Greater London Authority, GLA) hat es sich zur speziellen Aufgabe gemacht, die in London ansässigen Gemeinschaften zu konsultieren und dabei ein möglichst repräsentatives und vollständiges Bild zu erhalten. Aufbauend auf diesen Konsultationen, die hauptsächlich auf Frauen und andere in der Regel benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet waren, hat sie einen best-practice-Ratgeber veröffentlicht. Ausserdem hat sie an alle Bediensteten ein "Gleichstellungspaket" verteilt, mit speziellen Ratschlägen an das Personal, wie bei der Konsultation der Frauen und der anderen Gruppen vorzugehen ist.

Jedes Jahr veranstaltet die GLA eine Konferenz zum Thema "Frauen in der Hauptstadt", die insbesondere dem Londoner Bürgermeister die Möglichkeit geben soll, die Londoner Frauen zu konsultieren und den Jahresbericht über "die Lage der Londoner Frauen" herauszugeben.

Weiterhin hat diese Veranstaltung dazu gedient, den Plan zur Gleichstellung zu fördern und den bisherigen Fortschritt zu beleuchten.

Quelle : Greater London Authority

Sites : www.london.gov.uk/mayor/consultation/resources.jsp
www.london.gov.uk/gla/publications/equalities/equalities_toolkit.rtf
www.london.gov.uk/gla/publications/equalities/equalities_toolkit.pdf
www.london.gov.uk/gla/publications/women.jsp

Finnland

Gemäss dem Gleichstellungsgesetz sind alle Arbeitgeber mit einer Belegschaft von mehr als 30 Angestellten verpflichtet die Gleichstellung zu fördern, insbesondere durch Gleichstellungspläne und die Überwachung ihrer Umsetzung (das Gesetz wird derzeit abgeändert, im Januar wird es dem Parlament zur Debatte vorgelegt und voraussichtlich im Februar bzw. März verabschiedet).

Es geht dabei unter anderem um Einstellungspraktiken, Stellenbeschreibungen, Berufsbezeichnungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Vorbeugung gegen sexuelle Belästigung, Arbeitspraktiken und sogar um die Entwicklung gender-sensibler Instrumente. Methoden zur Weiterverfolgung sowie Statistiken wurden eingerichtet, wobei der gender-Aspekt als Faktor für eine ausgewogene Personalplanung integriert wurde.

Espoo

Plan für die Vielfalt in der Stadt :

Espoo war eine der ersten Städte im Land, die eine Gleichstellungspolitik erarbeitet haben. Schon in den Achtzigerjahren wurden diesbezügliche Projekte umgesetzt. Das Konzept der Gleichstellung von Frauen und Männern wurde inzwischen in ein weitgreifenderes Konzept der Gleichstellung von Personen umgewandelt. So ist die Stadt derzeit dabei, einen Plan für die Vielfalt zu entwickeln, der auch die Ziele der Geschlechtergleichstellungspolitik für das städtische Personal einbezieht. Dieser Plan schliesst Aktivitäten ein, die darauf abzielen, Erwerbs- und Familienleben der städtischen Bediensteten besser miteinander in Einklang zu bringen.

Quelle : Rathaus Espoo

Site : www.espoo.fi

Vantaa

Die Stadt Vantaa hat 1996 ihren Gleichstellungsplan in Kraft gesetzt, auf den sich die lokale Gleichstellungspolitik stützt. Dieser Plan umfasst folgendes:

- einen Gleichstellungsausschuss, der sich dem Gemeinderat gegenüber direkt zu verantworten hat
- Zielsetzungen für die Gleichstellung im Personalbereich und in den Aktionen des Gemeinderates
- Gleiche Besoldung und gleiche Chancen für Männer und Frauen
- Gleiche Zugangsmöglichkeiten für Männer und Frauen zu Direktionsposten und Posten für leitende Angestellte
- Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Personalplanung und -einstellung.
- Nulltoleranz bei sexueller Belästigung bzw. jeder Form von Belästigung.

Quelle : Rathaus Vantaa
Site : www.vanta.fi

Helsinki

Die Stadt Helsinki verfügt über einen besonders wirksamen Gleichstellungsplan. Der erste Plan wurde 1996 umgesetzt. Er ist von einer ad hoc-Arbeitsgruppe ausgearbeitet worden, der Vertreter des Gleichstellungsausschusses im Gemeinderat angehörten, sowie die verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung und die Vertreter der städtischen Bediensteten. Der Plan deckt zwei Bereiche ab. Zunächst setzt er die Ziele des Gemeinderates fest, um die Lebensqualität der Einwohner zu verbessern. An zweiter Stelle setzt er Ziele für die Gleichstellung in der Personalverwaltung des Gemeinderats. Die dreissig Abteilungen der Stadt haben die Pflicht, spezifische Gleichstellungspläne auszuarbeiten.

Quelle : Rathaus Helsinki
Site : www.hel.fi

Spanien

Auf nationaler Ebene wurde der vierte Gleichstellungsplan von 2003 an umgesetzt, und zwar in acht Schwerpunktbereichen:

1. Einbeziehung der gender-Perspektive und Verstärkung der Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltungsdienststellen, um das mainstreaming-Prinzip einzuführen;
2. Hinarbeit auf eine gender-Perspektive in der Beschäftigungspolitik, um die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Wirtschaft sicherzustellen;
3. Einbindung der Frauen in die Beschlussfassung, und zwar in der Politik, in der Wirtschaft und im sozialen Bereich;
4. Verbesserung der Lebensqualität der Frauen, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der Bildung und Kultur;
5. Förderung der Gleichstellung im Zivilleben, insbesondere durch Bekämpfung der Gewalttätigkeit gegenüber Frauen;
6. Weitergabe egalitärer Wertvorstellungen und Verhaltensmuster durch Beeinflussung des herkömmlichen Systems - Abbau von stereotypen Betrachtungsweisen in der Kommunikation und Werbung;
7. Familienleben und Erwerbsleben miteinander in Einklang bringen, auch auf juristischem Weg, um in der Bemessung der familiären Aufgaben ein besseres Gleichgewicht herzustellen;
8. Das Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Verwaltungsdienststellen und den öffentlichen und privaten Einrichtungen und einer stärkeren Kooperation mit den Nichtregierungsorganisationen und anderen internationalen Organen verfolgen.

- *In Madrid* wurde 2001 ein Gleichstellungsprogramm in acht verschiedenen Bereichen umgesetzt:

- Zusammenarbeit und soziale Partizipation
- Kultur, Bildung und Sport
- Ausbildung und Beschäftigung
- soziale Förderung
- Gesundheit
- geschlechtsspezifische Gewalttätigkeit
- Macht und Vermittlung
- Stadtplanung, Verbrauch, Umwelt.

Dieses Projekt wird evaluiert und weiterbegleitet.

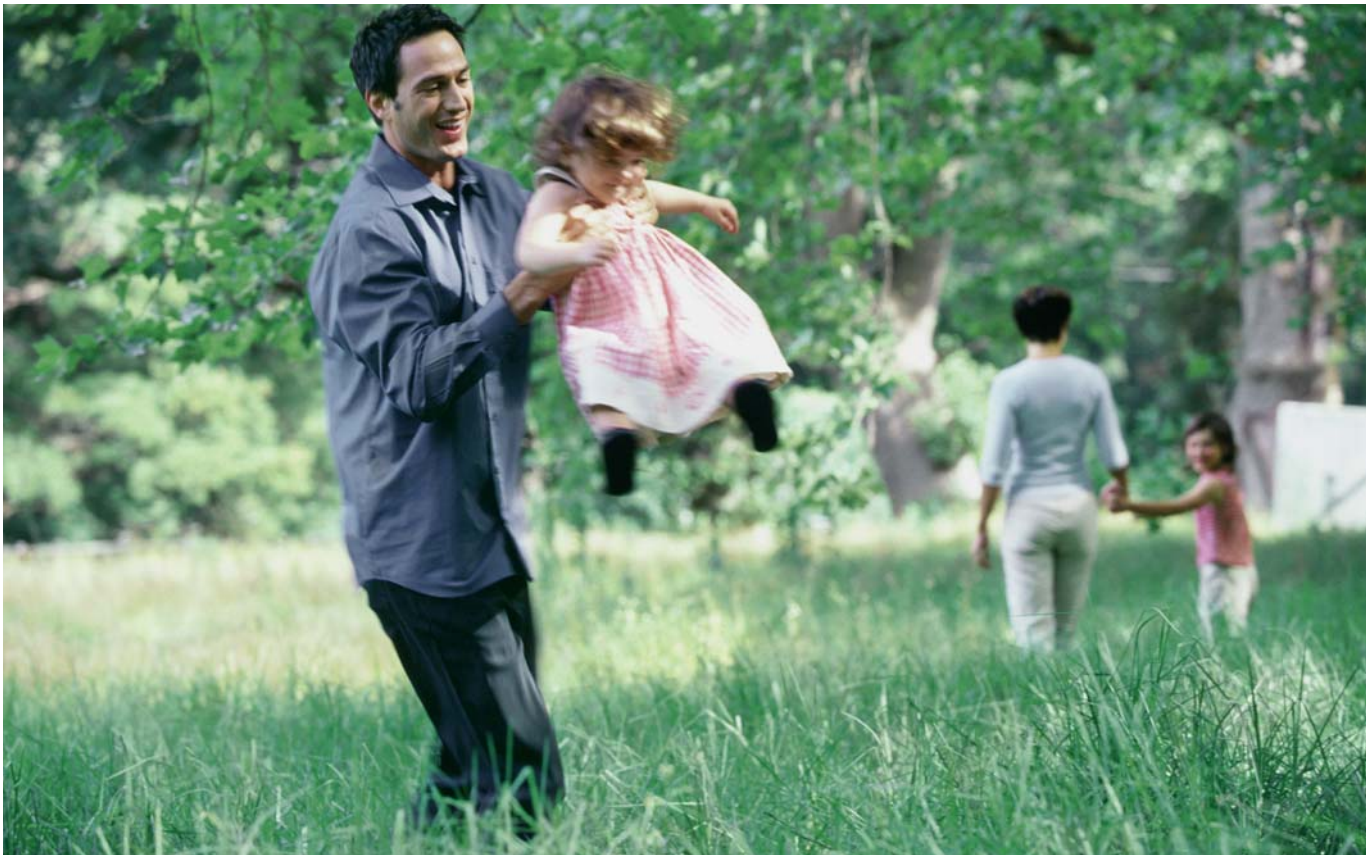
• *In Valencia* wurde zwischen 2001 und 2004 ein Gleichstellungsprogramm in zehn verschiedenen Bereichen umgesetzt:
- die politische Macht
- die Teilhabe an der Beschlussfassung
- Image und Erziehungsmittel
- Arbeit und Sozialwirtschaft
- Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben
- ganzheitliche Gesundheit
- Gewalttätigkeit in der Ehe
- soziale Ausgrenzung und Feminisierung der Armut
- Zusammenarbeit

• *In León* wurde ein vierjähriges Gleichstellungsprogramm (2201-2004) umgesetzt, um :
1. in der lokalen Rechtsordnung jede Art von Geschlechterdiskriminierung auszumerzen;
2. den Gleichstellungsplan juristisch zu untermauern und den Querschnittscharakter seiner Aktionen zu unterstreichen;
3. das Gleichstellungsprinzip in den Aktionsbereich der Stadt Leon einfliessen zu lassen.

• *In Gijón* wurde von 2001 bis 2005 ein Gleichstellungsplan in acht Bereichen umgesetzt:
- Ausbildung und Beschäftigung
- Verkehr und Stadtplanung
- Sozialwesen und Gesundheit
- Gewalttätigkeit und Sicherheit
- Kultur und Bildung
- Mitwirkung in Vereinen
- Sport
- Recherchen und Ausbildung in Gleichstellungsfragen

Dieses Projekt wird evaluiert und weiterbegleitet.

Quelle : Spanischer Verband der Städte und Provinzen (FEMP)
Site : www.femp.es, www.mtas.es/mujer, www.munimadrid.es www.ayto-valencia.es, www.aytoleon.com, www.ayto-gijon.es



Die Berücksichtigung der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für die Gemeinden

Seit Mitte der Siebzigerjahre haben viele Städte, unter dem Druck der Frauenbewegungen, Politiken verfolgt, die den Belangen der Frauen Rechnung tragen. Zwei Bereiche wurden dabei vornehmlich ins Auge gefasst : die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und häuslichen Aufgaben und die Gewalttätigkeit gegen Frauen. Die Weiterentwicklung der Studien über die spezifische Lage der Frauen hat zu einem Wandel in der Analyse der Ungleichheiten geführt. Erstens : wenn die Politiken den Frauen gerecht werden sollen, dann setzt das Gleichstellungsprinzip voraus, wie im Gender-Konzept erläutert, dass die Beziehungen zwischen den Geschlechtern im öffentlichen, wie im privaten Leben Änderungen erfahren. Sollen Berufs- und Privatleben in Einklang gebracht werden, so heisst das, dass die Männer einen grösseren Anteil der unbezahlten Arbeiten übernehmen müssen, die heute vor allem auf den Frauen lasten. Ebenso ist zu bemerken, dass die Bekämpfung der Gewalttätigkeit nicht nur darin besteht, Unterkünfte für die Frauen bereitzustellen, die dieser Gewalt zum Opfer fallen, sondern auch in einer Sensibilisierung der Männer für den Abbau jeder Form von Gewalt. Der zweite Wandel hängt mit der Konzeptualisierung des Begriffes "gender" zusammen. Er hat gezeigt, dass jede Entscheidung unterschiedliche Wirkungen auf die beiden Geschlechter haben kann. Wir konzentrieren uns hier auf die Definition des integrierten Konzeptes (mainstreaming), die von einer Gruppe von Fachleuten des Europarats gegeben worden ist :

"Das integrierte Konzept besteht in der (Um-)Organisation, Verbesserung, Weiterentwicklung und Bewertung der Beschlussverfahren mit dem Ziel, die Gleichstellungsperspektive in alle Bereiche und auf allen Ebenen durch die Akteure, die normalerweise mit der Ausarbeitung der Politiken befasst sind, einbeziehen zu lassen."

Selbstverständlich setzt dieses integrierte Konzept voraus, dass die Frauen an der Definition mitarbeiten, und zwar auf allen Ebenen, ob sie nun gewählte Mandatsträgerinnen, örtliche Beamte, Fachfrauen oder einfach Bürgerinnen sind.

3.1. Berücksichtigung des Zeitmanagements im Arbeitsablauf der Gemeinde

Es gibt einen Unterschied zwischen der Zeit der Frauen und der Zeit der Männer, und zwar aus historischen und kulturellen Gründen. Seit den Achtzigerjahren wird diese Frage nicht mehr als zum Privatleben gehörig angesehen. Sie ist zu einem politischen Thema geworden und steht im Zusammenhang mit der Organisation des Gemeinschaftslebens, insbesondere in den Städten. Ob die Frauen nun einer Erwebstätigkeit nachgehen oder nicht, ob sie in einer Partnerschaftsbeziehung leben oder nicht, Tatsache ist, dass sie den Grossteil der häuslichen Arbeiten verrichten, sich um die Kinder und die alten Menschen in der Familie kümmern, die Einkäufe sowie die Behördengänge und vieles mehr erledigen... All dies lastet auf ihrem politischen Engagement, ihrer Fähigkeit, sich in die Zivilgesellschaft einzubinden, Freizeitbeschäftigungen nachzugehen und ganz einfach und allgemein gesehen : auf ihrem Alltagsleben. Wir finden den notwendigen Bezug zum Zeitmanagement in seiner Berücksichtigung bei der Organisation und der Stadtplanung wieder, und genereller, bei der Territorial- und Verkehrsplanung, denn Zeitmanagement ist einer der Schlüssel im Kampf gegen die Diskriminierungen von Frauen.

Die Bedingung für den Eintritt der Frauen in den Gemeinderat und dafür, dass sie dort ihr Amt unter den gleichen Umständen wie die Männer aus-

üben können, setzt an erster Stelle voraus, dass die Sitzungszeiten und -dauer mit dem sogenannten Privatleben vereinbar sind. In verschiedenen europäischen Städten sind Überlegungen angestellt worden über die Zeitpläne des politischen Lebens, vor allem auf Betreiben der gewählten Mandatsträgerinnen. Die Stadt hat als Arbeitgeber ebenfalls die Pflicht, über die spezifischen Schwierigkeiten ihrer Bediensteten bei der Einteilung der verschiedenen Lebenszeiten nachzudenken.

Italien

Ein nationales Gesetz über das Zeitmanagement

Das im Jahr 2000 verabschiedete Turco-Gesetz macht den Städten mit mehr als 30 000 Einwohnern zur Pflicht, eine Struktur einzurichten mit dem Ziel, zwischen den verschiedenen Zeiten der Bürger ein Gleichgewicht anzustreben: zwischen Arbeitszeit, Freizeit, Ausbildungszeit und Zeit für soziale Beziehungen. Italienische Städte waren dabei Pilotprojekte und haben zahlreichen europäischen Städten als Beispiel gedient. Dies war insbesondere der Fall bei der Stadt Modena, wo schon in den Achtzigerjahren, im Anschluss an eine von Frauengruppen ausgelöste Debatte eine Politik zur Harmonisierung der Zeiteinteilungen in der Stadt umgesetzt wurde, bei der es darum ging, eine Konzertierung zwischen Dienstleistungsnutzern und -anbietern zu erreichen. Die Stadt Modena hat unlängst den Zeitplan für die Gemeinderatssitzungen abgehändert, um sie besser mit dem Familienleben in Einklang zu bringen.

Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken, Europäische Kommission, 5° FuE-Rahmenprogramm

Site : www.comune.modena.it

Prato (Italien)

Zeitlabor

Der Gleichstellungsausschuss der Stadt Prato (Toskana) ist einer der aktivsten auf diesem Gebiet. Von diesem Ausschuss wurde ein Projekt entwickelt mit der Bezeichnung "Zeit und Raum", um die Zeit in der Stadt einzuteilen. In diesem Rahmen ist auch das Zeitlabor der Stadt eingerichtet worden. Dieses Labor ist ein den Frauen vorbehaltener Raum, damit sie in ihrer Freizeit vielseitigen Tätigkeiten nachgehen können. In dem Labor gibt es:

- eine Internet-Stelle
- eine Auskunfts- und Beratungsstelle
- einen Raum für Recherchen
- einen Raum für Spiele und affektive didaktische Tätigkeiten
- einen Ausstellungsraum
- einen Raum für Vorträge

Quelle : Rathaus Prato

Sites : www.comune.prato.it / www.donna.toscana.it

Marseille (Frankreich)

Büro für Zeitmanagement

Seit zwei Jahren wirkt die Direktion für Familie und Frauenrecht der Stadt Marseille am Europäischen Reflexionsnetzwerk für Politiken des Zeitmanagements mit. Die Einrichtung eines Büros für Zeitmanagement ist von der Stadt Marseille vorgeschlagen und vom Ministerium für Öffentlichen Dienst, Staatsreform und Territorialplanung gebilligt worden.

Zielsetzungen dieses Büros für Zeitmanagement sind :

- die Erstellung einer Bestandsaufnahme über die Dienstleistungen, die den Familien derzeit geboten werden;
- Aktionen die darauf abzielen, Erwerbs- und Familienleben besser miteinander zu vereinbaren. Diese Aktionen können die Arten der Kinderbetreuung, die ausserschulischen Beschäftigungsangebote, die Senioren oder die Modernisierung der öffentlichen Dienste zum Thema haben.

Quelle : Rathaus Marseille

Site : www.mairie-marseille.fr

Poitiers (Frankreich)

Die Agentur für Zeitmanagement

Im Jahr 2001 ist in der Stadtgemeinschaft von Poitiers eine Agentur für Zeitmanagement eingerichtet worden, die von einer Stadtverordneten geleitet wird. Diese Agentur hat zahlreiche Umfragen bei der Bevölkerung veranstaltet (in der Stadt Poitiers und in den umliegenden Gemeinden). Anhand dieser Erhebungen konnten drei Schwerpunkte in den Vordergrund gestellt werden : die Dienstleistungen, die Mobilität und Kinderbetreuung. Im Bereich der Dienstleistungen ist eine Stelle eingerichtet worden, wo die Eltern zu Schuljahresbeginn alles Nötige erledigen und sich auch über ausserschulische Aktivitäten informieren können. Es hat sich gezeigt, dass diese Stelle mehrheitlich von Frauen aufgesucht wird. Die Agentur stellt Überlegungen an, wie auch Männer veranlasst werden können, dort hinzugehen. Auch ist zu erwähnen, dass die Behörden ganztags geöffnet sind, um den Einwohnern die administrativen Erledigungen zu erleichtern. Die Mediathek ist zweimal wöchentlich bis 22 Uhr geöffnet. Diese Agentur stützt sich auf eine Konzertierung mit der Bevölkerung. Diskussionsforen "Dienstagstreff zum Thema Zeit" sind eingerichtet worden. Dabei können Probleme an höhere Stellen weitergeleitet und Nachbesserungen erzielt werden.

Weiters ist beschlossen worden, eine Kinderkrippe bis 20 Uhr zu öffnen und eine andere auch samstags zu betreiben. Dadurch wird es den Eltern und insbesondere den berufstätigen Frauen möglich gemacht, sich kulturell und sportlich zu betätigen. Ausserdem hat die Agentur einen Verband zur Vermittlung von Babysittern eingerichtet, der die herkömmlichen Verfahren zur Kinderbetreuung ergänzt. Diese Einrichtung ist ein voller Erfolg.

Quelle : Agor'elles, Nr. 24, Januar 2004

Site : www.mairie-poitiers.fr

3.2. Organisation, Raumordnung, Wohnung und Wegenetz in der Stadt,

Die Umweltqualität betrifft alle Einwohner der Stadt und all jene, die in die Stadt kommen. Die Einrichtung eines neuen Stadtviertels, einer Freizeitstruktur, eines neuen Parkplatzes gibt jedesmal die Möglichkeit, die Bedürfnisse und Wünsche aller Bürger zu berücksichtigen und die Frauen in die Planung des städtischen Raumes einzubinden. Aus unterschiedlichen Gründen haben die Frauen bisher nur selten in der Stadtplanung mitgewirkt. In Berufen wie Architekt oder Stadtplaner waren und sind noch oft hauptsächlich Männer zu finden, weil die Frauen erst spät in diese Fächer eingetreten sind und eine Minderheit in diesen Berufen darstellen. Die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnissen der Frauen in ihren verschiedenen Funktionen, die ein weites Wegenetz einschliessen, ist in der städtischen Organisation eher eine Seltenheit.

3.2.1. Die städtische Raumplanung

Die beruflichen Raumplaner in den Städten waren, historisch gesehen, Männer, und daran hat sich nichts geändert. Auch heute noch sind die Verantwortlichen, ob sie nun gewählte Mandatsträger oder örtliche Beamte sind, selten Frauen. Die Planung eines neuen Stadtviertels bzw. die Umgestaltung eines alten Viertels setzt nun aber voraus, dass die Erwartungen und Bedürfnisse aller Bürger berücksichtigt werden. Dazu ist eine voluntaristische Politik erforderlich, die auch Frauen anhört, egal ob es sich dabei um fachlich geschulte Frauen oder einfach um Nutzerinnen handelt.

Norwegen

Paritätische Planung des städtischen Raumes

Die norwegische Regierung hat, in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen, ein Pilotprojekt durchgeführt, das darauf abzielt, die Frauen besser in das städtische Leben einzubinden, beispielsweise durch Anhörung ihrer Vorstellungen bei der Planung des städtischen Raumes. Dieses Projekt, an dem sich sechs Städte beteiligt haben, befasste sich mit der Konzeption bzw. mit der Überarbeitung des Stadtplanes. Ein zentraler Ausschuss wurde gegründet, in dem so weit wie möglich die Parität zwischen Frauen und Männern beachtet wird. Diesem Ausschuss waren Arbeitsgruppen unterstellt, die mindestens zur Hälfte von Frauen besetzt waren. Ein Entwurf ist für den städtischen Raumordnungsplan ausgearbeitet und zur Konsultation freigegeben worden. Von Anfang an waren zusätzliche Aktivitäten organisiert worden, um die Frauen zur Mitwirkung anzuregen : Schulung auf dem Gebiet der Stadtplanung, Anreize zur Mitwirkung der Frauen bei städtischen Konsultationen, Unterricht über die Verfahren, um einen Raumordnungsplan zu erstellen, und über das städtische Leben allgemein. Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken sind von den Städten als äusserst erfolgreiches Ergebnis dieser Initiative erachtet worden. Auch sind Leitfäden in Form von "Rezeptbüchern für die Planung" herausgegeben worden.

Im Anschluss an dieses Projekt konnten in mehrerer Hinsicht Veränderungen beobachtet werden, z.B. in der Tatsache, dass die Städte sich nun eher bereit erklärten, Frauengruppen aktiv mitwirken zu lassen, und das Verfahren "bottom - up" umzusetzen, bei dem die Bedürfnisse der Frauen besser berücksichtigt werden, wodurch wiederum eine angemessenere Finanzierung der Initiativen ermöglicht wird.

Quelle : Eine Stadt nach Mass für die Frauen, Kanadischer Städteverband, 2004.

Site : www.bestpractices.org

Berlin (Deutschland)

Gegenderte Bauleitplanung und Bebauungspläne

Im Rahmen des Projektes « Friedrichswerder West » wurden die verbindliche Bauleitplanung, der landschaftsplanerische Wettbewerb, die Planungen für den öffentlichen Raum und die Bieter- und Vergabeverfahren für den Grundstückserwerb unter Kriterien des Gender-Mainstreaming geprüft und weiterentwickelt. Auch beim Bebauungsplanverfahren erfolgte die Implementierung von Gender Mainstreaming. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wird den TöB ein spezieller Kriterien- und Erläuterungskatalog an die Hand gegeben. Es werden Themen behandelt wie die unterschiedlichen Möglichkeiten der Raumaneignung für beide Geschlechter, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit, der Schutz vor physischer und psychischer Gewalt.

Im Bereich "Baustruktur und Nutzung" wurde z.B. danach gefragt, ob es genügend Kommunikationsbereiche gibt. Im Themenbereich "Strassen, Wegeverbindungen" wurde untersucht, ob es Defizite und Potanziale für die Raumaneignung von Männern und Frauen gibt. Ein weiteres Thema sind Angsträume.

Quelle : Deutscher Städtetag, Gender Mainstreaming, best-practice-Beispiele aus den Kommunen.

Site : www.staedtetag.de, www.berlin.de

Ulm (Deutschland)

Ein mädchengerechter Spielplatz

Die Stadt Ulm hat in einem Stadtviertel eine Umfrage veranstaltet, um zu eruieren, welche Wünsche Mädchen an einen Spielplatz haben. Dadurch konnten die Vorstellungen und Ideen der Mädchen für einen mädchengerechten Spielplatz deutlich gemacht werden. Auch Jungen wurden in die Aktion mit einbezogen, um zum einen unnötige Konflikte zu vermeiden und zum anderen um einen direkten Vergleich zu den Mädchen herzustellen. Der Schwerpunkt lag in der direkten Beteiligung der Kinder, denen Spielmöglichkeiten, Geräte und neue Materialien vorgestellt wurden. Die

Betreuerinnen und Betreuer dokumentierten jeden Tag ihre Erfahrungen mit den Kindern, die geschlechtsspezifischen Vorlieben, Verhaltensweisen und Spielverhalten der Jungen und Mädchen. Anhand der Fragen und Erfahrungen der BetreuerInnen konnte umfassendes Datenmaterial erstellt werden, das die unterschiedlichen Prioritäten der Mädchen und Jungen bezüglich eines Spielplatzes wiedergibt. Das Ergebnis war der Umbau des Spielplatzes, um den Vorlieben der Mädchen Rechnung zu tragen.

Quelle : Deutscher Städtetag, Gender Mainstreaming, best-practice-Beispiele aus den Kommunen.

Sites : www.stedtetag.de, www.ulm.de

3.2.2. Zugangsmöglichkeit zu den städtischen Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen

Sind die Einwohner gleichberechtigt, was die Zugangsmöglichkeit zu Dienstleistungen anbetrifft, die von der Stadt angeboten werden? Diese Frage zu stellen heisst nicht nur, die vielzähligen Ungleichheiten zu konstatieren, die an das Alter, mögliche Behinderungen, mangelhafte Ausbildung, die soziale Position, die sexuelle Ausrichtung bzw. an die ethnische Herkunft gebunden sind. Wenn es sich dabei dazu noch um eine Frau handelt, werden die Ursachen der Ungleichheiten, die ohnehin schon kumulativ sein können, sehr häufig noch verschärft. Wenn alle Beschlüsse im öffentlichen Leben die gender-Dimension einbeziehen müssen, so muss in erster Linie gewährleistet werden, dass Frauen wie Männer die gleiche Information über die Dienstleistungen, die ihnen von der Stadt geboten werden, beziehen und als gleichberechtigte Menschen in den verschiedenen Verwaltungsdienststellen behandelt werden. Die Verteilung der städtischen Dienststellen über die gesamte Stadt ist erforderlich, um der sozial- und räumlich bedingten Segregation der Wohnviertel entgegenzuwirken. Ob die Frauen nun einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder nicht, hauptsächlich aber für die berufstätigen Frauen ist es ungeheuer wichtig, dass die Städte geeignete Kindertagesstätten einrichten, um die Eltern zu entlasten, und zwar mit flexiblen Zeitplänen, um den Bedürfnissen der Eltern und hauptsächlich der Mütter, entgegenzukommen.

Dudelange (Luxemburg)

Eine Beratungsstelle für die Frauen

Eine Beratungsstelle mit spezieller Telefonleitung ist dazu bestimmt, den Frauen in der Bevölkerung Auskunft und Ratschläge zu bieten, die Frauen zu den zuständigen Dienststellen zu verweisen und ihnen bei den behördlichen Erledigungen behilflich zu sein.

Quelle : Gemeinde Dudelange und nationaler Frauenrat von Luxemburg.

Site : www.dudelange.lu, www.cnfl.lu

Schweden

Ein "Paradies" für Kinder und Eltern!

In Schweden gibt es ein weitverzweigtes Dienstleistungsnetzwerk für Kinder, das die Basis des schwedischen Wohlfahrtsstaates darstellt. Erziehungsurlaub, der ausschliesslich aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, kann 18 Monate lang von der Geburt des Kindes an in Anspruch genommen werden. Platz in gut geführten Kinderkrippen und Kindergärten steht ebenfalls zur Verfügung. Ein derartiges Konzept der Familienpolitik war sicher u.a. dafür ausschlaggebend, dass ebenso viele Frauen wie Männer berufstätig sind. Die Dienstleistungen der Städte spielen eine entscheidende Rolle innerhalb des schwedischen Wohlfahrtsstaates.

Quelle : Schwedischer Verband der lokalen Gebietskörperschaften und Projekt Sister Cities Going Gender

Sites : www.svekom.se, www.sister-cities-going-gender.org

Finnland

In Finnland sind die Gemeinden für fast alle dem Bürger zur Verfügung stehenden Dienstleistungen verantwortlich, wie Fürsorge und Gesundheit, d.h. Kinder- und Altenbetreuung, Schulwesen (Grund- und Oberschule) sowie die städtische Infrastruktur.

Diese Familienpolitik zielt darauf ab, den Eltern gleiche Möglichkeiten zu geben, sich um ihre Kinder zu kümmern. Den Eltern stehen Mutterurlaub, Vaterurlaub und Elternurlaub zu (wobei 70% des Gehaltes fortbezahlt werden) bis das Kind 10 Monate alt ist.

Alle Kinder haben Anspruch auf einen städtischen Krippen- bzw. Hortplatz bis das Kind eingeschult wird. Die Eltern müssen dafür entsprechend ihren Einkünften aufkommen.

Kinder, deren Eltern eine unregelmässige Arbeitszeit haben, werden in Kindergärten mit flexiblem Stundenplan untergebracht.

In den Kinderhorten, Kindergärten, Grund- Mittel- und Oberschulen sowie in den Ausbildungszentren liefert die Stadtverwaltung täglich kostenlose Mahlzeiten für die Kinder. Die Stadtverwaltungen vereinbaren mit den NGOs die Betreuung der 7- und 8jährigen Kinder nachmittags nach der Schule. In den Städten Turku und Raiso sind neue Modelle für Dienstleistungen, Fürsorge und teilweise Gesundheit in Zusammenarbeit mit den NGOs ausgearbeitet worden.

Quelle : Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands. Ministerium für Gesundheit und Soziales.

Sites : www.kunnat.net, ww.turku.fi, www.raiso.fi, www.stm.fi

Paris (Frankreich)

Betreuungsstrukturen, die an die Bedürfnisse und die finanziellen Möglichkeiten der Familien angepasst sind

Die Stadt Paris bietet verschiedenartige Betreuungsformen für Kleinkinder an - mit aufmerksamer Überwachung, auch für behinderte Kinder : städtische Krippen, Kindergärten, aber auch Familienkrippen, zeitbegrenzte Kinderbetreuung zur Aushilfe zu Hause, usw. Bei irgendwelchen Problemen helfen diese Strukturen, Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren, ohne die Kinder dabei in ihrer Sicherheit, ihrem Wohlergehen und ihrer Gesundheit zu beeinträchtigen. Dazu werden von der Stadt möglicherweise, je nach finanzieller Lage der Familie, Beihilfen gewährt.

Quelle : Rathaus Paris

Site : www.paris.fr

3.2.3. Das Wegenetz in der Stadt :

Die Beteiligung des einzelnen Bürgers am städtischen Leben hängt hauptsächlich von seiner Mobilität ab. Erhebungen haben ergeben, dass die Frauen und Männer nicht die gleichen Zugangsmöglichkeiten und nicht die gleiche Bequemlichkeit im Zugang zu persönlichen bzw. kollektiven, privaten bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Es empfiehlt sich daher , eine nach Geschlecht aufgeschlüsselte Bewertung zur Hand zu haben darüber, welches Wegenetz in der Stadt zurückgelegt wird, und Abhilfe zu schaffen für die besonderen Schwierigkeiten, die Frauen auf diesem Gebiet empfinden, durch Nachbesserungen bei der Stadtplanung und bei der Organisation der verschiedenen Fortbewegungsarten. Die Wegeverbindungen, die Zeitpläne, das Gefühl der Sicherheit, bzw. Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, der unbeschwerliche Zugang zum Bus oder zur Metro, insbesondere bei der Fahrt mit Kindern, sind Faktoren, auf die die Frauen dank ihrer Erfahrung positiv einwirken können.

Zum Thema "Fortbewegung der Bürger" darf die Stadt die Frauen nicht nur als Benutzerinnen, sondern sollte sie auch als professionnelle Kräfte ansehen. Frauen sind Fahrerinnen, mit Verkehrsmanagement und -kontrolle betraut. Doch sind in diesen Funktionen, wie in den entsprechenden Beschlussgremien, die Frauen eine schwache Minderheit, obwohl sie, insbesondere auf dem Gebiet der Leistung und wenn Schlichtung erforderlich ist, zu besseren Ergebnissen gelangen als ihre männlichen Kollegen.

Montreal (Kanada)

Gegenderte öffentliche Verkehrsmittel

Die Stadt Montreal, die beim Kampf gegen die Unsicherheit und das Gefühl der Unsicherheit (siehe unten) eine Vorreiterstellung einnimmt, hat eine Partnerschaft zwischen den städtischen Dienststellen und den Frauengruppen gegründet, um eine "Gender-Perspektive in die öffentlichen Verkehrsmittel einzubeziehen". In Montreal stellen die Frauen mehr als 60% der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Auf Anregung der Frauen setzt die Personentransportfirma der Stadtgemeinschaft Montreal seit 1996 ein System um, das es den Frauen ermöglicht, abends den Bus zwischen zwei Stationen anhalten zu lassen, um den Weg zu ihrem Ziel zu verkürzen. Auch hat die Stadt Montreal die Metroeingänge besser abgesichert. Weitere kanadische Städte, wie Toronto und Laval, haben ebenfalls Politiken durchgesetzt, um die Sicherheit im öffentlichen Verkehrswesen zu erhöhen.

Quelle : Eine Stadt nach Mass für die Frauen,, Kanadischer Städteverband, 2004, und RGRE, Gleichstellung in den europäischen Städten, Seminar in Paris, 7.-8.Mai 2004 .

Site : www.ville.montreal.qc.ca/femmesetville

Hannover (Deutschland)

Gender-sensible Stadtplanung

Gender-Fragen wurden in die Politiken, Programme und Projekte der städtischen Politiken, inbesondere im öffentlichen Verkehrswesen, eingebaut. Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses haben, gemeinsam mit Stadtplanungsfachleuten der Stadt Hannover, eine gender-sensible Stadtplanung entwickelt.

Quelle : GTZ Programmes Pilotes en matière de genre

Site : www.gtz.de/gender_project, www.hannover.de

Helsinki (Finnland)

Fahrgäste mit Kleinkindern im Kinderwagen brauchen nicht zu bezahlen.

Frauen benutzen die öffentlichen Verkehrsmittel oft zahlreicher als Männer. Wer in die öffentlichen Verkehrsmittel des Grossraums Helsinki mit einem Kleinkind im Kinderwagen steigt, braucht seinen Fahrschein nicht zu bezahlen. Dies stellt einen Anreiz für die Mütter und auch für die Väter dar, die kollektiven Transportmittel zu benutzen.

Quelle : Rathaus Helsinki

Site : ww.helsinki.fi

London (Vereinigtes Königreich)

Mehr Sicherheit bei Nachtfahrten

Die Initiative "mehr Sicherheit bei Nachtfahrten" ist von der Greater London Authority, dem Londoner Verkehrsamt und der Polizeibehörde gemeinschaftlich ausgearbeitet worden. Sie macht insbesondere anhand einer grossangelegten öffentlichen Kampagne zur Sensibilisierung ("Achtung beim Einsteigen") auf die Gefahren aufmerksam, die die Benutzung eines nicht zugelassenen Minitaxis mit sich bringt. Diese Kampagne wird begleitet durch eine Verbesserung des Beförderungsdienstes und der Verkehrsinformationen sowie durch den Kampf gegen die illegale Tätigkeit der Minitaxis. Diese Massnahme hat dazu geführt, dass die Anzahl der Vergewaltigungen und der sexuellen Überfälle in illegalen Minitaxis um ein Drittel zurückgegangen ist : von 212 im Jahr vor der Initiative (Oktober 2001 - Oktober 2002) auf 140 zwischen Oktober 2003 und Oktober 2004. Im gleichen Zeitraum wurde vom Bürgermeister die Einrichtung von 200 zusätzlichen Arbeitsplätzen bei der Verkehrspolizei für das Untergrundbahnnetz finanziert.

Quelle : Greater London Authority

Site : http://www.london.gov.uk/mayor/safer_travel/index.jsp

Wien (Österreich)

Frauen erarbeiten Konzepte für Wohnungen

"Frauen -Werk-Stadt" ist ein Versuchsprojekt mit dem Ziel, den Bedürfnissen der Frauen in den Konzepten für Stadtplanung und Wohnungsbau Rechnung zu tragen. Ein Stadtteil wurde ausgewählt, in dem die Planung ausschliesslich von Architektinnen vorgenommen wird. Da sich diese Massnahme als äusserst erfolgreich erwiesen hat, ist von der Stadt im Februar 2000 die Weiterentwicklung des Projektes beschlossen worden, Neben den allgemeinen Massgaben für den Bau von frauengerechten Wohnungen wurden auch 42 Wohnungen (von insgesamt 140) speziell für Senioren ausgestattet. Das Projekt "Frauen -Werk-Stadt II" ist im August 2004 ausgelaufen.

Quelle : Vereinte Nationen "Best Practices Database", Rathaus Wien

Sites : www.wien.at, www.bestpractices.org

Bristol (Vereinigtes Königreich)

Bei der Zuteilung von Sozialwohnungen werden alleinstehende Frauen mit Kindern bevorzugt.

Quelle : Stadtrat Bristol

Site : www.bristol-city.gov.uk

3.2.4. die Wohnung

Eine Wohnung zu bekommen gehört zu den grundlegenden Bedingungen für die Lebensqualität. Alleinstehende, darunter zahlreiche Frauen, Alleinerziehende, die meist auch Frauen sind, Paare gleichen Geschlechts haben grösste Mühe, zu einer Wohnung zu gelangen. Die Stadt hat die Aufgabe, im Wohnungsbereich über alle Formen von Diskriminierung zu wachen, insbesonder wenn dadurch Frauen betroffen sind. Von allen Diskriminierungsarten ist die Raumdiskrimination nicht die geringste. Die Tatsache, dass der Sozialwohnungsbau in die Vororte abgeschoben wird und sich dort konzentriert, wo es an öffentlichen Dienstleistungen mangelt und die Beförderung über öffentliche Verkehrsmittel unzureichend ist, stellt insbesondere für die Frauen ein schwerwiegendes Problem dar.

Die Gemeinden haben den Wohnungsbau und den Zugang der Bevölkerung zu Wohnungen nur teilweise in der Hand. Haben sie das Sagen, dann müssen sie darüber wachen, dass ein sozialer Mix in den einzelnen Vierteln gewahrt wird und dass die Wohnungen selbst so angelegt werden, dass ihre Aufteilung nicht wieder das traditionelle Rollenmodell wiederspiegelt.

3 .3. Bildung und Fortbildung

Was den Schulunterricht anbetrifft, klaffen die Zuständigkeiten der Gemeinden in den einzelnen Staaten weit auseinander. Eine auf Gleichstellung bedachte Gemeinde muss innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs sicherstellen, dass schon bei den kleinen Kindern die stereotypen Geschlechterrollen abgebaut werden. Die Kommunen wirken zunehmend bei der Weiterbildung der Erwachsenen mit. Sie haben so die Möglichkeit, darüber zu wachen, dass auch Frauen daran teilnehmen. Städte, in denen Hochschulen ihren Sitz haben und die diese mitfinanzieren, können mit diesen Bildungsanstalten zusammenarbeiten, um die Einrichtung von Unterrichtsfächern und Recherchen zum Thema gender anzuregen und um in den Genuss von Studienverträgen und Forschungsmissionen über die Gleichstellung auf lokaler Ebene zu kommen.

Saragossa (Spanien)

Projekt "Atrevete a Cambiar" (die Veränderung wagen)

Die spanische Stadt hat ein Unterrichtsprojekt entwickelt, das auf Gleichberechtigung bei der Aufteilung der häuslichen Aufgaben, die herkömmlicherweise von Frauen verrichtet werden, abzielt. Im Rahmen dieser Kampagne wurden Anzeigen veröffentlicht, die anregen, die häuslichen Arbeiten unter Männern und Frauen aufzuteilen. Ein humoristischer Stil wurde für eine aufgelockerte Kampagne verwendet, die sich von den überholten Verhaltensmustern lossagt.

Quelle : Casa de la Mujer, Rathaus de Saragossa

Site : www.ayto-zaragoza.es

Gävle (Schweden)

Gleichstellung als Erziehungskomponente bei Kleinkindern

Eine Kinderbetreuungsanstalt der Gemeinde Gävle, Krippe und Kindergarten zugleich, nimmt Kinder im Alter von 1-6 Jahren auf. Gleichstellung wird hier als eines der Ziele des pädagogischen Wirkens definiert. Jedes Kind soll hier als Individuum angesehen werden, und nicht als Abbild eines stereotypen Geschlechtermodells, und soll seine persönlichen Fähigkeiten entwickeln. Es soll ermuntert werden, seine Stärken und Schwächen, die den Geschlechtern herkömmlicherweise anhaften, hinter sich zu lassen und stolz auf seine Geschlechtszugehörigkeit zu sein. Vom Personal wurde ein Film erstellt über die Art, in der die Kinder zur Gleichstellung erzogen werden.

Quelle : Leitfaden für die Einbeziehung der gender-Dimension in die Lokalpolitik, op.cit.

Site : www.skola.gavle.se/bjorntomten, www.gavle.se

Wien (Österreich)

Eine geschlechtsdifferente Erziehung

1999 wurde im 15. Wiener Bezirk ein spezieller Kindergarten eingerichtet, in dem der gender-Dimension besondere Beachtung geschenkt wird. Da sich dieses Projekt als äusserst erfolgreich erwiesen hat - bei der Bewertung wurden duchweg positive Ergebnisse
konstatiert - sind Überlegungen im Gange, um dieses Konzept auch in anderen Tagheimen umzusetzen und weitere Schwerpunktfragen zum Thema gender-sensible Erziehung anzugehen.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Site : www.frauen.wien.at

3.4. Die Eingliederung der Minderheiten

Von jeher hat Europa Menschen fremder Herkunft aufgenommen und tut dies auch heute noch. Stets gab es in der europäischen Bevölkerung Minderheiten, wie zum Beispiel die Rom. Die Migrantinnen bzw. Töchter von Migranten, wie auch die jungen Mädchen und Frauen, die Minderheiten angehören, werden aus diversen Gründen oft zu Opfern zweifacher Diskriminierung : als Frauen, als Ausländerinnen, als Menschen ausländischer Herkunft und als Angehörige einer Minderheit. Eine Stadt, die auf Gleichstellung Wert legt, hat darüber zu wachen, dass bei der Eingliederung der aus Minderheiten stammenden Menschen den speziellen Schwierigkeiten der Frauen dieser Gruppen und Gemeinschaften Rechnung getragen wird.

Kopenhagen (Dänemark)

Projekt zur Eingliederung der Migrantinnen in den Arbeitsmarkt.

Die Stadt Kopenhagen entwickelt eine Reihe von Projekten, um den Migrantinnen den Eintritt in den lokalen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Eines der Probleme, die sich der Stadt beim Kontakt mit diesen Frauen stellen, besteht darin, sie aus der Isolierung herauszulösen, in der sie leben, und zu erreichen, dass sie sich der dänischen Gesellschaft mehr öffnen. Eine interessante Methode besteht darin, die Kinder in Aktivitäten einzubinden, die von der Stadt angeboten werden. Dadurch wird den Frauen geholfen, etwas unabhängiger von ihren häuslichen Pflichten zu werden und nach Möglichkeit einen Arbeitsplatz zu finden.

Quelle : Rathaus Kopenhagen

Site : www.copenhagencity.dk

Rotterdam (Niederlande)

RADAR (Rat für Aktionen gegen Diskriminierung)

In Rotterdam sind 42% der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Viele Frauen sind darunter, die eigene Bedürfnisse haben und unter doppelter Diskriminierung leiden. Darauf aufbauend befasst sich die Stadt Rotterdam aktiv mit der Integration der ausländischen Bevölkerung und speziell der Frauen ausländischer Herkunft.

Der lokale Rat gegen Diskriminierung (RADAR) gehörte bei seiner Gründung 1983 zu den ersten Initiativen dieser Art in den Niederlanden. Das Hauptziel des Rates ist die Bekämpfung sämtlicher Formen von Diskriminierung, aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft, der Religion, der sexuellen Ausrichtung, des Alters und natürlich des Geschlechts. Projekte zur Integration der Frauen ausländischer Herkunft gehören zu den vordergründigen Anliegen des Rates.

Quelle : Rathaus Rotterdam

Sites : www.radar.nl, www.rotterdam.nl

München (Deutschland)

Ein Projekt zur Eingliederung

Die Verwaltungsdienststelle für interkulturelle Angelegenheiten in München hat ein Projekt zur Integration aller Einwohner der Stadt entwickelt, mit dem Ziel, eine interkulturelle städtische Gesellschaft aufzubauen. Die Münchner Stadtbevölkerung zählt 23% Einwohner aus 181 Ländern, die keine deutschen Staatsbürger sind. Das Projekt sieht vor, dass alle Einwohner der Stadt gleichrangig am städtischen Leben teilhaben, sowohl in politischer als auch in sozialer Hinsicht. Es zieht die speziellen Bedürfnisse der ausländischen Frauen oder der Frauen ausländischer Herkunft in Betracht, indem es eigene Räume für diese Frauen schafft, Deutschkurse einrichtet, ihren Bedarf und die nötige Anzahl an Unterkunftsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen, die gegen Gewalt geschützt werden müssen, abdeckt.

Quelle : RGRE, Seminar Bonrepos I Mirabel, 29.-30. März 2004.

Site : www.munchen.de

Wien (Österreich)

Broschüre "Unentgeltliche Ratschläge für Migrantinnen in ihrer Muttersprache"

In Wien werden den Migranten und ihren Familien unentgeltlich Informationen und Ratschläge in Sachen Familie, Erziehung, Beschäftigung, Aufenthalt, Gesundheit und Gewaltbereitschaft in ihrer Muttersprache vermittelt. Ca. 20 Beratungsstellen stehen dafür zur Verfügung.

Die Broschüre "Unentgeltliche Ratschläge für Migrantinnen in ihrer Muttersprache" ist von der Frauenabteilung der Stadt Wien verfasst worden, in Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen für Migranten. Sie ist erhältlich in deutscher, englischer, französischer, spanischer, türkischer, serbischer, kroatischer und russischer Sprache. Die Broschüre gibt Auskunft über das Dienstleistungsangebot, Telefonnummern, Adressen, Zufahrtsmöglichkeiten und Öffnungszeiten der Dienststellen.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Site : www.frauen.wien.at

3.5. Senioren in der Stadt

"Seniorinnen bilden heute eine Art Observatorium über den Stand der sozialen Bürgerschaft in den Städten" hat die Soziologin Monique Hainault geschrieben, die auch darauf hinweist, dass die Berücksichtigung der Seniorinnen in den Städten erst ein junges Phänomen ist, abgesehen vom kulturellen Aspekt (Seniorenclubs gibt es in allen Städten) und im medizinischen Bereich. Fest steht, dass die Senioren eine unzusammenhängende Gruppe bilden (aufgrund ihrer Einkommen, ihres kulturellen Hintergrunds, ihrer nationalen Abstammung und ihrer mehr oder weniger ausgeprägten Abhängigkeit) und dass die Bezeichnung "Senioren" je nach Land einen differenzierten Begriff darstellt, schon allein von der Tatsache her, dass die Menschen in unterschiedlichen Altersstufen in ihr Rentnerdasein eintreten. Untersuchungen haben gezeigt, dass Seniorinnen sehr viel an guter Lebensqualität und an einer sauberen Stadt liegt, sowie an der Möglichkeit, sich gefahrlos fortzubewegen. Indem das Augenmerk auf die Schwierigkeiten und spezifischen Ansprüche der alten Menschen und insbesondere der Frauen gerichtet wird, kann der Forderung nach einem zufriedenstellendes Leben in der Stadt für alle Bürger Rechnung getragen werden.

Marseille (Frankreich)

Ein Video über die Seniorinnen in der Stadt

Dieses Video, das 2003 von Monique Hainault mit Fördermitteln der Präfektur der Region Provence-Côte d'Azur verwirklicht wurde, befasst sich mit der Frage des Wohnrechts in der Stadt für alle Frauen nach dem Beispiel der Stadt Marseille. Die soziologische Vielfalt der Frauen wird an einem Ort konstatiert, auf dem grossen Markt, der am Samstag morgen stattfindet. Dort treffen alle Gemeinschaften zusammen, die den grossen Mittelmeerhafen nacheinander bevölkert haben. Die sozialen Unterschiede im Zugang zu öffentlichen Plätzen werden deutlich in der Entfernung der Vororte zum Stadtzentrum, wohin die Frauen der Vororte sich nur mit Mühe begeben. Die Ungleichheiten treten auch anhand der Dichte der Frauenpräsenz an den einzelnen Orten und zu gewissen Zeiten zu Tage.

Quelle : Feministische Chronik, n°86/88, Sept..2003/Jan. 2004.

Site : www.mairie-marseille.fr

3.6. Beschäftigung

Die Befugnisse der Städte auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung sind von Land zu Land verschieden. Oft bleiben sie in bescheidenem Rahmen was den privaten Sektor anbetrifft. Und doch können die Städte Aktionen durchführen, um speziell den Frauen bei der Stellensuche, der Existenzgründung, der Berufsausbildung oder dem Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit behilflich zu sein. Auch ist es angemessen, dass die Städte als Arbeitgeber ein vorbildliches Verhalten an den Tag legen (cf. Kapitel 1.4). Soweit das Gesetz es ihnen erlaubt, können sie Massnahmen zu positiven Aktionen ergreifen, um das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern in allen städtischen Funktionsbereichen auszugleichen. Dies kann zuweilen auch zur Folge haben, dass ein Gleichgewicht zugunsten der Männer geschaffen wird in Bereichen, in denen sie unterproportional vertreten sind, zum Beispiel bei der Kleinkinderbetreuung und im sozialen Dienst. Soweit das Gesetz es erlaubt, bzw. vorschreibt, müssen bei Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Gemeinden die Unternehmen bevorzugt werden, die in professioneller Hinsicht Gleichstellungsprinzipien befolgen. Des weiteren müssen die anderen Gleichstellungspolitiken mit der Berufstätigkeit in Verbindung gebracht werden, um Erwerbs- und Privatleben besser miteinander in Einklang zu bringen. Dies betrifft die Politik des Zeitmanagements, die Beachtung der Gleichstellung im Bereich der Fortbewegung und selbstverständlich die Kinder- und insbesondere die Kleinkinderbetreuung. Die Zielsetzungen der Europäischen Union hinsichtlich der Frauenbeschäftigung können nur dann erreicht werden, wenn in den Gemeinden Frauen und Männer ihre verschiedenen Pflichten auf möglichst harmonische Weise kombinieren können. Im Gegensatz zu noch immer weit verbreiteten Auffassungen zeigen die europäischen Statistiken, dass die Länder mit der höchsten Geburtenrate auch die Länder mit der höchsten Frauenbeschäftigungsrate sind, und dass diese umso höher ist, je weiter die Kinderbetreuungssysteme ausgebaut, angepasst und diversifiziert sind.

Europäische Union

Das Projekt Equal

Das Projekt Equal der Europäislchen Union ist dazu bestimmt, die Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen bei der Stellensuche auszuschalten. Zahlreiche Städte arbeiten an dem Projekt mit. Die Stadt Marseille arbeitet beispielsweise partnerschaftlich mit den Städten Madrid und Amsterdam zusammen, wobei best-practice-Beispiele zur Arbeitsbeschaffung durch Frauen für Frauen ausgetauscht werden.

Quelle : Europäische Kommission

Site : http://europa.eu.int/comm/employment social/equal/index en.html

Donostia-San Sebastian (Spanien)

Ausbildung von Frauen in Berufen, in denen sie unterproportional vertreten sind.

Dieses Projekt befördert den Erwerb von Fachkenntnissen zur Ausübung eines Berufes und von sozio-professionellen Fähigkeiten in Berufen aus dem Bauhandwerk (Elektrizität, leichte Vorfertigung, Malerarbeiten, Polsterarbeiten, Möbelrestaurierung und Veredelungsarbeiten).

Quelle : EUDEL (Euskadisko Udalen Elkartea) (Verband baskischer Städte)

Sites : www.eudel.es, www.donostia.org

Mailand (Italien)

Den Frauen beim Eintritt auf den Arbeitsmarkt behilflich sein

Eine Abteilung war als vorläufige Massnahme eingerichtet worden, um den Frauen beim Eintritt, bzw. dem Wiedereintritt auf den Arbeitsmarkt nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit behilflich zu sein. Seit dem Jahr 2000 hat die Abteilung mehr als 2200 Frauen in der Stadt geholfen. Da sich diese Massnahme als erfolgreich erwies, ist die Abteilung nunmehr eine ständige Einrichtung geworden.

Quelle : Rathaus Mailand

Site : www.comune.milano.it

Gijon (Spanien)

Der Leitfaden Frauen im Arbeitsleben

Die Stadt Gijon hat einen Leitfaden verfasst über die Gleichstellung im Arbeitsleben. Es handelt sich um Unterrichtsmaterial, das Informationen zu den Problemen vermittelt, die Frauen bewältigen müssen, um führende Spitzenpositionen in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst zu bekleiden. Dieser Leitfaden klärt auf über die Diskriminierungen, die auf Frauen im Berufsleben zukommen. Er gibt auch Auskunft darüber, wie die Politiken auszurichten sind, um auf mehr Gleichstellung in den Unternehmen und in der Verwaltung hinzuarbeiten.

Quelle : FEMP : Spanischer Verband der Städte und Provinzen

Sites : www.femp.es, www.ayto-gijon.es

Turin (Italien)

Die Förderung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die Stadt Turin kofinanziert Projekte der Region Piemont und des Europäischen Sozialfonds zur Förderung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Folgende Projekte wurden in diesem Rahmen von der Stadt verwirklicht:

- Soziale Eingliederung und Beschäftigung der Transsexuellen.
- Eingliederung der ausländischen Frauen.
- Bestimmung der Faktoren, die auf die stereotypen Betrachtungsweisen bei der Berufswahl Einfluss haben
- Herausnahme der von stereotypen Auffassungen geprägten Bilder aus den Schulbüchern

Quelle : Gleichstellungsstelle der Stadt Turin.

Site : www.comune.torino.it

Stadt Pori (Finnland)

Die Entwicklungsagenturen, die gemischtwirtschaftliche städtische Unternehmen sind, spielen in Finnland eine wichtige Rolle bei der Unterstützung existenzgründender Frauen, in Zusammenarbeit mit der Agentur für Unternehmerinnen.

Die Entwicklungsagentur in Pori, die auch die elf Nachbarorte abdeckt (und zu 60% der Gemeinde gehört), sieht es als ihre Hauptaufgabe an, Unternehmerinnen Beistand zu leisten. Ziel ist es, den Anteil der Frauen bei den Unternehmern von 33 auf 40% anzuheben.

Zwei Projekte sind zur Zeit in Arbeit. Eines ist auf Dienstleistungen für existenzgründende Frauen ausgerichtet (Rechts- und Finanzberatung sowie Fortbildung). Mit dem zweiten Projekt soll das "Mentoring" für Unternehmerinnen ausgebaut werden, und zwar nach dem Modell der Agentur für Unternehmerinnen.

Das Projekt wird durch den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Quelle : Stadt Pori, Entwicklungsagentur

Sites : www.pori.fi, www.ypenter.fi

Generalrat Finistère (Frankreich)

Projekt zur Förderung der Frauenbeschäftigung und zur Wiederbeschäftigung misshandelter Frauen :

Der Generalrat Finistère setzt seit dem Jahr 2000 eine voluntaristische Gleichstellungspolitik um. Eine Gleichstellungsbeauftragte befasst sich in Vollzeitbeschäftigung mit dieser Aufgabe und insbesondere mit einem "Equal"-Projekt, das der Generalrat Finistère mit acht weiteren Partnern leitet. Ziel dieses Projektes ist es, den politischen, den wirtschaftlichen und den sozialen Bereich miteinander in Verbindung zu bringen, um auf geeignete und reaktive Art die Herausforderung der Zeiteneinteilung zu meistern, mit der sich in erster Linie Frauen auseinandersetzen müssen, die eine Berufstätigkeit ausüben bzw. ausbauen wollen. Im Rahmen dieses

Projektes wurde im September 2003 eine Plattform eingerichtet mit der Bezeichnung "Unternehmen aus weiblicher Sicht" (Entreprendre au féminin), die den Frauen Informationen über die Unternehmensgründung, Fortbildung zur persönlichen Weiterentwicklung, Beratung und Vernetzung bietet. Im Nahrungsmittelbereich ist mit fünf Unternehmen des Départements eine Massnahme eingeleitet worden zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen und zur Umsetzung des Génisson-Gesetzes über Chancengleichheit am Arbeitsplatz.

Quelle : Generalrat Finistère

Site : www.cg29.fr

3.7. Sicherheit und Kampf gegen jede Form von Gewalt

Die Erhebungen in allen Ländern der Union zeigen, dass insbesondere Frauen unter Gewaltanwendung im häuslichen Rahmen zu leiden haben, während Männer eher im öffentlichen Bereich der Gewalt zum Opfer fallen. Das soll jedoch nicht heissen, dass der öffentliche Bereich für die Frauen sicherer ist. Es ist nämlich festzustellen, dass die Frauen, wenn sie allein unterwegs sind - insbesondere abends oder nachts oder in Vierteln, die nicht als besonders sicher bekannt sind - vor dem Ausgang zögern oder sich nur wider Willen und ängstlich hinausbegeben. Dadurch wird deutlich, dass die Stadtverwaltungen nicht nur die Gewalt im häuslichen Rahmen in Betracht ziehen müssen, sondern auch das Angstgefühl, das die Frauen an verschiedenen Orten in der Stadt (Parkhäuser z.B.) und zu verschiedenen Tageszeiten empfinden.

Die Einrichtung eines speziellen Dienstes für die Opfer häuslicher Gewalttätigkeit (Tel.-Nr. für Notfälle), Notunterkünfte für misshandelte Frauen, fallen gemeinhin in den Zuständigkeitsbereich der lokalen Gebietskörperschaften. Diese können auch zur Ausbildung und Sensibilisierung der Beamten beitragen, die die Beschwerden der Gewaltopfer entgegennehmen. Dort, wo es eine Stadtpolizei gibt, können die Städte Massnahmen für positive Aktionen ergreifen, um den Geschlechtermix in dieser Berufsgattung sicherzustellen.

Montreal (Kanada)

Als in Montreal 1998 öffentliche Konsultationen über die Ausrichtung des Bauleitplans für den Bezirk Zentrum abgehalten wurden, haben Bürgerinnen und Frauengruppen deutlich gemacht, wie notwendig es ist, eine Sicherheitspolitik zu konzipieren. 1990 hat die Stadt Montreal das Programm Frauen und Stadt ausgearbeitet und die Sicherheit der Frauen wurde bald danach zu einem Schwerpunktthema. Als erstes wollte die Stadt eine Bestandsaufnahme machen. Dabei sind tiefgreifende Unterschiede zutage getreten : viermal mehr Frauen (60%) als Männer (15%) geben zu, ängstlich zu sein, wenn sie abends allein in ihrem Viertel zu Fuss unterwegs sind. Die Stadt ist verschiedene Verpflichtungen eingegangen, um die Sicherheit der Frauen in ihrem Bereich zu verbessern. Eine Handlungsstrategie ist ausgearbeitet worden, die sich wesentlich an die in Toronto gemachten Erfahrungen anlehnt.

In der Zeit zwischen 1990 und 2000 ist den diesbezüglichen Arbeiten in Montreal auf internationaler Ebene viel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dank der Weitervermittlung von Informationen und Fachwissen konnten die in Montreal ausgearbeiteten Strategien auf die Verhältnisse in Europa, in Afrika und Südamerika angepasst werden.

Quelle : Eine Stadt nach Mass für die Frauen, Kanadischer Städteverband, 2004.

Sites : www.ville.montreal.qc.ca/femmesetville, www.femmesetvilles.org

London (Vereinigtes Königreich)

Strategie gegen häusliche Gewalt

Die Londoner Strategie gegen häusliche Gewalt wurde 2001 eingeleitet, mit folgenden Zielsetzungen:

- mehr Ausweichmöglichkeiten für Frauen und Kinder schaffen
- die gewalttätigen Menschen für ihr Verhalten zur Verantwortung ziehen
- die Toleranz gegenüber häuslichen Gewalttaten untergraben und gegen das tatenlose Dulden der Umwelt bzw. der Organisationen vorgehen
- Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und nötige Kompetenzen vermitteln, die es ihnen ermöglichen, Beziehungen aufzubauen, die in gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Achtung verankert sind, mit geteilten Befugnissen und einem Engagement zur Enthaltung von Gewaltakten.

Quelle : Greater London Authority

Site :

http://www.london.gov.uk/mayor/strategies/dom_violence/index.jsp

Saint-Jean-de-la-Ruelle (Frankreich)

In Saint-Jean-de-la-Ruelle, einer 17 000-Einwohnerstadt 100 km südlich von Paris, wurden Stadtviertel-Korrespondenten eingesetzt mit der Aufgabe, die unsichersten Stadtviertel vom Donnerstag bis zum Sonntag, von 18.00 bis 01.00 Uhr morgens, zu überwachen und dort als Vermittler aufzutreten. Der Stadtviertel-Korrespondent hat drei Aufgaben:

- eine soziale Verbindung herzustellen und als Vermittler aufzutreten
- die öffentlichen Materialien und Gerätschaften technisch zu überwachen (Aufzüge, Beleuchtung, Telefonzellen, usw.)
- Übergriffe zu verhüten.

Dieser Dienst wird von den Frauen, die unter dem Problem der mangelnden Sicherheit am meisten zu leiden haben, sehr geschätzt. Er wird von der Stadt finanziert, unter Mitwirkung von Hausverwaltungsfirmen.

Quelle : Rathaus Saint-Jean-de-la-Ruelle

Site : www.ville-saintjeandelaruelle.fr

Wien (Österreich)

Notfalldienst für Frauen rund um die Uhr

Frauen und junge Mädchen, die unter sexueller bzw. physischer Gewalt zu leiden haben, können den Notfalldienst rund um die Uhr benachrichtigen. Die Telefonnummer wird von der städtischen Abteilung für Frauenfragen vermittelt. Die Möglichkeit, diesen Beratungsdienst anonym und unentgeltlich zu nutzen, gehört zu den wichtigsten Erste-Hilfe-Massnahmen, die von der Stadt Wien eingerichtet wurden. In den vergangenen neun Jahren hat dieser Notfalldienst mehr als 40.000 Menschen entweder telefonisch oder persönlich empfangen.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Site : www.frauenhaeuser-wien.at/hilfe_engl.htm

3.8. Gesundheit

Abgesehen von wenigen Ausnahmen haben die Städte das Gesundheitssystem nicht in der Hand. Dieses wird zumeist auf nationaler bzw. regionaler Ebene verwaltet. Die lokalen Gebietskörperschaften können jedoch eine wesentliche Rolle spielen, indem sie die Frauen und Männer auf diesem Gebiet informieren, beispielsweise in Sachen Vorbeugung gegen Krankheiten und Risikoverhalten, insbesondere im sexuellen Bereich. Diese Informationen sind für die jungen Frauen, die sozial benachteiligten Frauen und die Frauen ethnischer Minderheiten besonders wichtig.

Gesundheit und Gleichstellung im Grafschaftsrat Stockholm (Schweden): Ethik und Ausbildung

Der Grafschaftsrat Stockholm hat ein Programm für Ethik und Ausbildung umgesetzt, um seine Mitglieder für die Probleme der Frauen zu sensibilisieren.

Es handelt sich dabei insbesondere um:

- eine generelle Information für eine mehr als einhundert Personen umfassende Gruppe, die in Politik und Verwaltung verantwortungsvolle Aufgaben wahrnehmen;
- eine vom Europäischen Sozialfonds für 600 Leiter von Kliniken, Transportverantwortliche und Verwaltungsbeauftragte des Instituts Karolinska finanzierte Ausbildung, an die sich eine Arbeit in enger Verbindung mit dem medizinischen Tageszentrum des gleichen Instituts anschliesst;
- Ausbildung (30.000 Stunden) für alle Angestellten des Gesundheitssektors;
- Eine Ausstellung zum Thema Gesundheit, Arbeit und Geschlechterdifferenzierung in zehn Krankenhäusern; diese Ausstellung, die auch on-line zu besichtigen ist, ermöglicht Diskussionen über das praktische Vorgehen.

Quelle : Abteilung Gesundheit der Grafschaft Stockholm

Site : www.stockholm.se

Wien (Österreich)

Gesundheitsprogramm für Wiener Frauen

1999 hat die Dienststelle für Gesundheit der Stadt Wien gemeinsam mit den anderen betroffenen Abteilungen der Stadt und mit dem Wiener Krankenhaus ein Gesundheitsprogramm für die Wiener Frauen ausgearbeitet. Vom Bürgermeister wurde ein Beirat benannt mit der Aufgabe, die systematische Umsetzung zu überwachen. Dieses weit gespannte Programm zielt darauf ab, alle medizinischen und psycho-sozialen Dienstleistungen für die Wiener Frauen qualitativ zu verbessern.

Der Jahresbericht über die Gesundheit der Wiener Frauen macht deutlich, dass es je nach Geschlecht teifgreifende Differenzen gibt, insbesondere in bezug auf den Arzneiverbrauch, das Niveau der Kenntnisse und die Vorbeugung.

Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien

Site : www.frauengesundheit-wien.at

Finnland

In Finnland unterstehen die grundlegenden Gesundheitsdienste den Gemeinden, und gemischtwirtschaftliche städtische Unternehmen befassen sich mit speziellen Gesundheitsdiensten. Die Gesundheitsdienste stehen allen Bürgern offen. Ein Beispiel für die Einbeziehung der gender-Perspektive ist die Aufforderung an die Frauen aller Altersstufen, Mammographien durchführen zu lassen, um Brustkrebs vorzubeugen. Vom Gesetz her haben darauf nur Frauen zwischen 55 und 59 Jahren Anspruch. Untersuchungen zur Vorbeugung gegen Gebärmutterkrebs werden bei Frauen zwischen 30 und 60 Jahren vorgenommen. Diese Untersuchungen sind kostenlos.

Quelle : Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Finnlands

Site : www.kunnat.net

3.9. Kultur und Symbolkraft der Stadt

Lange Zeit hatten die Frauen keinen Zugang zur Kultur. Bis vor kurzem nahmen die von Frauen hervorgebrachten Werke bei der Verbreitung kultureller Arbeiten eine Randposition ein. Die Städte bemühen sich nun, diese sexistische Benachteiligung zu korrigieren.

In zahlreichen Städten haben die Frauenbewegungen festgestellt, dass die Namen der Strassen, der Plätze, der öffentlichen Gebäude sowie die Denkmäler von den Frauen keine Notiz nehmen. Der Gemeinderat kann in dieser symbolträchtigen Frage die Weichen anders stellen, um die Frauen in die Ehrerweisung einzubeziehen. In manchen Städten wurden ausserdem Büchereien, Museen, Kulturstätten eingerichtet, die sich speziell mit der Geschichte der Frauen und Werken von Frauen befassen. Zumeist waren diese Erinnerungsstätten aufgrund der Schenkungen von Frauen eingerichtet worden. Nachstehende Beispiele sind nicht einfach aus dem europäischen Bestand entlehnt worden, sie können als Vorreiter-Modelle angesehen werden.

Paris (Frankreich)

Bibliothek Marguerite Durand

Im Jahr 1897 hat Marguerite Durand, Journalistin des Figaro, beschlossen, eine Tageszeitung mit allgemeinen Information zu gründen, die ausserdem den Frauen eine Tribüne bietet. So entstand "la Fronde", die ausschliesslich von Frauen verfasst, verwaltet und zusammengestellt wurde. Gleichzeitig gründete Marguerite Durand eine Bibliothek für ihre Journalistinnen. Ihr ganzes Leben lang sammelte sie schriftliche Dokumente von bzw. über Frauen. Später leitete sie andere Zeitungen und nahm aktiv am politischen Leben teil. Im Jahr 1931 vermachte sie ihre eigene Bibliothek mit ihren persönlichen Archiven der Stadt Paris. Von 1932 an öffnete die Bibliothek ihre Türen im Rathaus des 5. Pariser Bezirks. Die Bibliothek dient zu Recherchen, sie ist speziell auf die Frauen und den Feminismus ausgerichtet, der Allgemeinheit geöffnet. Die Unterlagen werden an Ort und Stelle eingesehen. 1989 litt die Bibliothek an Platzmangel und wurde umgesiedelt in die 79 rue Nationale und in die Mediathek Melville integriert. Die Bibliothek hat somit einen sehr reizvollen Ort verlassen, der den Anforderungen jedoch nicht mehr entsprach, um sich in einem weiträumigen, hellen Glasgebäude zu etablieren. Sie hat nun nicht mehr die Aura eines kleinen Museums, aber dafür bietet sie den Forschern das Doppelte an Platz und Zugang auch samstags.

Site : www.ccfr.bnf.fr/rnbcd_visu/bibdetail.html?numnotice=9358

Bonn (Deutschland)

Das Frauen-Museum. Szenarien aus Kunst und Geschichte, in Bonn. Es handelt sich um ein Verbandsmuseum, das von der Stadt Beihilfen erhält und 3.000 m2 Fläche besitzt. Es existiert seit 1981. Wenn auch die Kunst dominiert, so befasst sich das Museum dennoch mit Geschichte und Mythologie. Auch zeitgenössische Kunst wird hier gezeigt.

Site : www.frauenmuseum.de

Hanoï, (Vietnam)

Das Frauen-Museum (le Bao tang phu nuvn), stellt sich folgendermassen dar "das Museum ist nicht nur ein Ort, wo Dokumente und Gegenstände aufbewahrt werden, die die Rolle der Frauen im Verlauf der Geschichte des Vietnam aufzeigen, sondern auch ein Ort der Begegnung und des Austausches zwischen vietnamesischen und ausländischen Frauen, um auf Gleichstellung und Frieden hinzuarbeiten". Die Geschichte der Frauen wird anhand von vier zentralen Themen gezeigt : "die vietnamesische Mutter im nationalen Bewusstsein", "die vietnamesische Frau und das Aufbau- und Verteidigungswerk des Landes", "der Verein vietnamesischer Frauen und das Werk des Freiheitskampfes der Frauen", "Frauentrachten der vietnamesischen Volksgruppen".

.

Washington (Vereinigte Staaten)

Das National Museum of Women in the Arts in Washington

Dieses Museum ist von Wilhelmina Cole Holladay 1987 gegründet worden und zeigt in der Hauptsache die Kunstsammlung, die sie gemeinsam mit ihrem Ehemann zusammengestellt hat. Ausgestellt sind Werke von Künstlerinnen (die ältesten Werke gehen zurück auf das 16. Jahrhundert). Das Museum verfügt über ein Forschungszentrum, das Informationen über 16.000 Künstlerinnen vermittelt.

Quelle : Diese Beispiele entstammen einem Artikel von Christine Bard, "Frauen-Museen im Ausland" in der Revue "Archive des Feminismus", Nr. 3, Januar 2002

Sites : www.nmwa.org, http://bu.univ-angers.fr/ARCHFEM/INDEX.htm

3.10. Sport

Die Zahlenangaben haben gezeigt, dass im Jahr 2003 Sport die hauptsächliche Freizeitbeschäftigung der Europäer war, dass aber mehr von Männern als von Frauen Sport getrieben wird : 63% der Jungen von 15 - 24 Jahren erklärten, regelmässig Sport zu treiben, gegen 37% bei den Mädchen der gleichen Altersstufe. Bei den über 24jährigen ist der Unterschied weiterhin bemerkenswert : 29,5 % der Männer und nur 16 % der Frauen betätigen sich sportlich. Wenn die jungen Leute einen Sport erlernen, dann tun sie dies in ihrer Stadt. Die Städte bieten Männern und Frauen die nötige Ausstattung, um dem Sport ihrer Wahl nachzugehen. Da die Frauen später als die Männer Zugang zu sportlicher Betätigung bekamen und da die örtlichen Finanzmittel vorwiegend für sogenannten Männersport eingesetzt wurden, müssen Städte, die auf Gleichstellung bedacht sind, darauf achten, dass es Frauen wie Männern ermöglicht wird, den Sport ihrer Wahl auszuüben. Sie müssen die Mädchen dazu anhalten, Sport zu treiben, einschliesslich sogenannten Männersport, und Jungen und Mädchen anregen, gemeinsam Sport auszuüben. Wenn Investitionen für Sportausrüstung und Beihilfen für Sportvereine erforderlich sind, müssen sie darüber wachen, dass die sogenannten Frauensportarten nicht zu kurz kommen.

Union der belgischen Städte und Gemeinden

Die Versammlung der gewählten lokalen Mandatsträgerinnen der Union der belgischen Städte und Gemeinden hat eine Umfrage bei den belgischen Gemeinden durchgeführt, um zu eruieren, welches Budget die Gemeinden für Sport bereitstellen, wie die geschlechtsspezifische Aufteilung des Personals der kommunalen Sportabteilungen aussieht, wie die Sportclubs nach Geschlecht und Sportart aufgeteilt sind.

Quelle : RGRE, Gleichstellung in den europäischen Städten, Seminar in Brüssel, 11.-13. Dezember 2003 und Seminar in Paris.

Site : www.uvcb -vbsg.be

3.11. Bezug zwischen Stadt und Geschlecht

Der Austausch zwischen den Gemeinden, ob er nun im gleichen Land, in Europa oder mit anderen Regionen der Welt stattfindet, stellt ein massgebliches Mittel zur Analyse dar, in wieweit Diskriminierungen vorliegen, zur Ausarbeitung von Methoden um diese abzubauen und zur Vermittlung besserer Praktiken. Dieser Austausch, der auch über die Städtepartnerschaften erfolgt, ist gleichzeitig ein Instrument zur Zusammenarbeit.

3.11.1. In allen Ländern der Union gibt es Zusammenschlüsse von Gemeinden. In den meisten wurde ein "Frauenausschuss" bzw. "Gleichstellungsausschuss" gegründet, der eine wichtige Rolle spielen kann für die Wahrnehmung und das Bewusstwerden der Frauen und Männer hinsichtlich der Ungleichbehandlung der Geschlechter in der Stadt und für den Austausch von Erfahrungen, um diesem Phänomen entgegenzuwirken.

Spanischer Verband der Städte und Provinzen (FEMP)

Die FEMP hat eine Umfrage veranstaltet über die Praktiken der spanischen Gemeinden in bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dabei hat sich gezeigt, dass in den Gemeinden immer häufiger eine gewählte Mandatsträgerin mit den Belangen und der Politik der Gleichstellung auf kommunaler Ebene betraut wird. Weiterhin hat sich gezeigt, dass diese Politiken nur mühevoll umgesetzt werden können, da keine ausreichenden Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Nach dieser Umfrage ist man zu dem Schluss gekommen, dass es notwendig ist, in regelmässigen Abständen eine Bewertung und eine Informationskampagne zu veranstalten. Auch hat sie klar gemacht, dass die Einrichtung eines lokalen Koordinationszentrums erforderlich ist, um das Konzept der Gleichstellung in den gesamten kommunalen Aktionsbereich einzubeziehen (mainstreaming). Überdies ist anhand dieser Umfrage deutlich geworden, dass die Unterhaltung von Beziehungen und ein Austausch zwischen den drei Verwaltungsebenen, u.zw. der staatlichen Gleichstellungsstelle, den Organisationen, die auf der Ebene der autonomen und regionalen Gemeinschaften mit dieser Frage befasst sind, und den Gemeinden, äusserst nützlich ist.

Quelle : RGRE, die Gleichstellung in den europäischen Städten, Seminar in Brüssel, 11.-13. Dezember 2003.

Site : www.femp.es

Netzwerk der belgischen lokalen Mandatsträgerinnen

Diese Versammlung tritt in regelmässigen Abständen am Sitz der Union der belgischen Städte und Gemeinden zusammen. Sie ist ein Ort des Austausches und der beispielhaften Praxis. Sie organisiert Kolloquien zu bestimmten Themen (wie das Kolloquium über Sport und ein anderes über Kinderkrippen). Sie hat ein Programm in Gang gesetzt, "Herausforderung", mit dem Aktionen befördert werden sollen, die einen Wandel der Strukturen und der gesellschaftlichen Beziehungen zum Zweck haben, die die Grundlage darstellen für die Hindernisse, mit denen die Frauen zu kämpfen haben und für die Ungleichbehandlung, unter der sie leiden. Im Jahr 2003 hat dieses Netzwerk von Mandatsträgerinnen beschlossen, die Gemeinderäte anzusprechen auf die Haushaltsmittel, die für Zusammenarbeit bereitgestellt werden, um sich zu vergewissern, dass die gender-Dimension dabei berücksichtigt wurde.

Quelle : RGRE, die Gleichstellung in den europäischen Städten, Seminar in Brüssel, 11.-13. Dezember 2003.

Site : www.uvcb-vbsg.be

Union der lokalen und regionalen en Gebietskörperschaften Lettlands

In der Zeit von Juni bis Dezember 2003 hat die Union der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Lettlands in Zusammenarbeit mit der UNO Lettland ein Projekt umgesetzt : "Entwicklung des gender mainstreaming und Verwirklichung auf kommunaler Ebene in Lettland". Das Projekt zielt darauf ab, vermehrt das Bewusstsein für die gender-Dimension zu wecken und die Kapazität der Zielgruppen: Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen und die Öffentlichkeit generell, zu erhöhen im Hinblick auf die Prinzipien und die Methodologie des gender mainstreaming.

Quelle : Union der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Lettlands

Site : www.lps.lv

3.11.2. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Städten und den Gemeindeverbänden innerhalb der Union hat ebenfalls strategischen Charakter, wie das RGRE-Projekt, das diesem Leitfaden zugrunde liegt, bewiesen hat.

Parma (Italien)

Die Stadt Parma ist 2003 zum Leiter eines Projektes für europäische interregionale Zusammenarbeit für Osteuropa ernannt worden. Dieses Projekt trägt den Namen "neue Perspektiven für die gute politische Führung der Städte und für die Frauennetzwerke". An diesem Projekt wirken das Forschungsinstitut für politische und soziale Studien in Bologna und das Polytechnikum in Mailand mit, sowie die italienischen Städte Cosenza und Matera, die Stadt Aarhus in Dänemark, eine griechische Stadt und drei polnische Städte. Ziel dieses Projektes ist die Analyse der Probleme und Bedürfnisse, die von Politikern normalerweise nicht beachtet werden. Die Stadt Parma richtet ihren Beitrag auf ihre Erfahrung in Sachen Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben.

Quelle : RGRE, die Gleichstellung in den europäischen Städten, Seminar in Brüssel, 11.-13. Dezember 2003.

Site : www.comune.parma.it

Turku (Finnland)

Die Stadt Turku hat mit den Partnerstädten im Norden und im Baltikum Netzwerke und eine verstärkte Zusammenarbeit zum Thema "gender" eingeleitet. In Zweijahresabständen werden Seminare über Gleichstellung abgehalten. Das erste nordische Forum wurde im Zusammenwirken mit dem Ministerrat der nordischen Länder 1994 in Turku veranstaltet, zu dem sich 1500 Teilnehmer einfanden. 2004 fand das 10. Seminar des nordischen Forums in Turku mit 600 Teilnehmern aus nordischen Ländern, dem Baltikum, Polen, Deutschland und Russland statt.

Quelle : Stadt Turku

Site : www.turku.fi

3.11.3. Die Gemeinden gehen immer mehr dazu über, internationale Beziehungen in ihre Politik einzubauen. Der RGRE ist, über seinen Ausschuss der gewählten Mandatsträgerinnen, als Wegbereiter für die Rolle der Frauen in den europäischen internationalen Beziehungen aufgetreten. Auch kommt den Frauen ein gewichtiger Platz zu bei den Aktionen der Städte, die an internationale Beziehungen geknüpft sind : beispielsweise den Städtepartnerschaften. Die Frauen spielen eine bedeutende Rolle in den Städtepartnerschaften, die auf ehrenamtlichem Engagement der BürgerInnen aufbauen.

Ausserdem ist darauf zu achten, dass, wenn Städte ein Engagement im Rahmen internationaler Kooperationsprojekte eingehen, die gender-Dimension in Zukunft stets berücksichtigt wird.

Das Gemeinschaftsprogramm der Städtepartnerschaften

Das Gemeinschaftsprogramm der Städtepartnerschaften geht davon aus, dass die Beachtung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frauen und Männern ein ausschlaggebendes Kriterium dafür ist, ob Aktionen Aussicht auf finanzielle Beihilfe durch die Europäische Kommission haben.

Quelle : Abteilung Städtepartnerschaften der Europäischen Kommission

Site : http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/towntwin/index_fr.html.

VNG International

Eine Initiative ist im VNG International, einer Abteilung des VNG (Verband der Niederländischen Gemeinden), die für die Verwaltung internationaler Kooperationsprojekte verantwortlich ist, getroffen worden. Eine "gender-checklist" wurde veröffentlicht um nachzupüfen, inwieweit die gender-Dimension in den von den Gemeinden umgesetzten internationalen Kooperationsprojekten berücksichtigt wird.

Quelle : VNG International

Site : www.vng-international.nl

Anlage 1

Weitere best-practice-Beispiele : nützliche web sites

1. Parität in der Beschlussfassung auf lokaler Ebene

1.1. In der gewählten Gemeindeversammlung

- **Land Niederösterreich (Österreich)**
  Mentoring für Frauen in der Politik.
  Quelle : Webring - Mentoring - Projekte.
  Site : www.ceiberweiber.at/mentoring/noe
- **Espoo (Finnland)**
  Ein Gemeinderat, der zu 55% aus Frauen besteht
  Quelle : Gemeinderat Espoo.
  Site : www.espoo.fi
- **Autonome Gemeinschaft Castilla-La Mancha (Spanien)**
  ein Regionalparlament mit mehr Frauen als Männern
  Quelle : Portal E-Leusis
  Sites : www.e-leusis.net , www.jccm.es

1.2. In der lokalen Exekutive und in den übergemeindlichen Gremien

- **Raahe (Finnland)**
  16% Frauen im Gemeinderat, aber 40% in der Exekutive, dank eines nationalen Quotenprogrammes.
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.raahe.fi
- **Frankreich**
  Anreiz zur Mitwirkung der Frauen in der Lokalpolitik.
  Quelle : Observatorium für die Parität der französischen Regierung.
  Site : www.observatoire-parite.gouv.fr

1.3. In den lokalen beratenden Ausschüssen und Beiräten

- **Lüttich (Belgien)**
  Einrichtung des kommunalen beratenden Ausschusses der Frauen
  Quelle : Zeitung La Libre Belgique und Rathaus Lüttich
  Sites : www.liege.be, www.lalibre.be
- **Belgien**
  Gesetz vom 20. September 1998 zur Förderung der ausgewogenen Präsenz von Männern und Frauen in den Beiräten.
  Quelle : Ministerium für Beschäftigung, Arbeit und soziale Konzertation.
  Site : www.meta.fgov.be

1.4. In der Gemeindeverwaltung

- **Modena (Italien)**
  Mindestanteil von 50% für Frauen (bzw. Männer) im Ausschuss der öffentlichen Gebäude.
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.comune.modena.it
- **Huy (Belgien)**
  Eine grössere Flexibilität der Arbeitszeiten hat es den kommunalen Beamten ermöglicht, ihre Arbeitszeit nach ihren Bedürfnissen einzurichten.
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.huy.be
- **Wien (Österreich)**
  Stärkung des Bewusstseins für gender-Fragen in der öffentlichen Verwaltung - innerbehördliche Fortbildung im Anfänger- bzw. Fortgeschrittenenkurs.
  Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien
  Site : www.frauen.wien.at
- **Venedig (Italien)**
  Projekt "Frauen und Klima". Projekt zur Förderung einer ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern bei der Entscheidungsfindung zum Thema Klima, insbesondere im Territorialbereich der Stadt.
  Quelle : Rathaus Venedig, Abt. Gleichstellung
  Site : www.comune.venezia.it

2. Mechanismen und instrumente zur gleichstellung

2.1. Ein gender-sensibler Gemeinderat

- **Bilbao (Spanien)**
  Spezielle Beraterinnen für gender-Fragen
  Quelle : Rathaus Bilbao
  Site : www.bilbao.net
- **Turin (Italien)**
  Schaffung des Gleichstellungsausschusses
  Quelle : Rathaus Turin
  Site : www.comune.torino.it Link : Commissione Pari Opportunita
- **Bologna (Italien)**
  Gleichstellungsausschuss der Stadt Bologna
  Quelle: Rathaus Bologna
  Site : www.comune.bologna.it/iperbole/capopp/piano.htm
- **Lissabon (Portugal)**
  ständiger Ausschuss für Gleichstellung.
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.cm-lisboa.pt
- **Sienna (Italien)**
  Gleichstellungsausschuss.
  Quelle : Rathaus Sienna
  Site : www.comune.siena.it

2.2. Eine Gemeindeverwaltung, die für Geschlechtergleichstellung ausgebildet und mobilisiert ist

- **Antwerpen (Belgien)**
  Einrichtung der Abteilung "Emanzipation", mit drei Beamten in Vollzeitbeschäftigung
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.antwerpen.be
- **Birmingham (Vereinigtes Königreich)**
  Einrichtung einer städtischen Dienststelle für Gleichstellungsfragen (Equality Commission)
  Quelle : Stadtrat Birmingham
  Site : www.birmingham.gov.uk
- **Esch-sur-Alzette (Luxemburg)**
  die Kommunalpolitik muss in allen Bereichen den gender-Aspekt berücksichtigen
  Quelle : Mairie de Esch-Sur Alzette
  Site : www.esch.lu
- **Genf (Schweiz)**
  Abteilung zur Förderung der Gleichstellung
  Quelle : Gleichstellungsbüro der Stadt Genf
  Site : http://www.geneve.ch/egalite/
- **Newcastle, (Vereinigtes Königreich)**
  Einrichtung einer städtischen Dienststelle für Gleichstellungsfragen (Gleichstellungsrat)
  Quelle : Newcastle City Council
  Site : www.newcastle.gov.uk/pr.nsf/a/equalitywomen
- **Rennes (Frankreich)**
  Projekte zur Durchsetzung der Parität im Berufsleben
  Arbeitsbedingungen, Zeitmanagement, interne Kommunikation.
  Gleichstellung im Rahmen der Stadtverwaltung.
  Quelle : Projekt "Gleichstellung in den europäischen Städten", Erste Tagung in Brüssel.
  Site : www.ville-rennes.fr
- **Hannover (Deutschland)**
  geschlechtsdifferente Verwaltungsdrucksachen
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag)
  Sites : www.hannover.de, www.staedtetag.de
- **Sanem (Luxemburg)**
  Einrichtung einer speziellen Abteilung für Frauenfragen, die von qualifizierten und besoldeten Mitarbeitern geleitet wird.
  Quelle : Rathaus Sanem, Abteilung Frauen
  Site : www.sanem.lu

2.3. Geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Statistiken

- **Modena (Italien)**
  Eine gender-Dimension für den städtischen Pakt
  Quelle : Leitfaden zur Einbindung der Chancengleichheit in die Lokalpolitiken.
  Site : www.comune.modena.it
- **Schweiz**
  Schweizer Atlas der Frauen und der Gleichstellung
  Quelle : Schweizer Nationalfonds
  Site : www.snf.ch

2.4. Der Haushaltsplan : ein Instrument zur Analyse und Bereinigung der Ungleichheiten

- **Linz (Österreich)**
  Gender Budgeting
  Quelle : Rathaus Linz
  Site : www.linz.at Link Frauen
- **München (Deutschland)**
  Gender Budgeting
  Quelle : Rathaus München
  Site : www.muenchen.de

- **Frankfurt am Main (Deutschland)**
  Gender Budgeting.
  Quelle : Rathaus Frankfurt
  Site : www.gruene-frankfurt.de
- **Turin (Italien)**
  Gender Budgeting
  Quelle : Rathaus Turin
  Site : www.comune.torino.it
- **Provinz Genua (Italien)**
  Gender Budgeting
  Quelle : Provinz Genua
  Site : www.provincia.genova.it

2.5. Ein Informationsangebot für die Öffentlichkeit über geschlechtsdifferente Politiken

- **Barcelona (Spanien)**
  Informationszentrum und Ressourcen für die Frauen
  Quelle : Rathaus Barcelona
  Site : www.cird.bcn.es
- **Madrid (Spanien)**
  Frauenrat. Gleichstellungsbeauftragte in allen Stadtvierteln
  Quelle : Rathaus Madrid
  Site : www.munimadrid.es
- **Saragossa (Spanien)**
  (Haus der Frauen)
  Quelle : Rathaus Saragossa
  Site : www.ayto-zaragoza.es
- **Santiago de Compostela (Spanien)**
  Haus der Frauen
  Quelle : Rathaus Santiago de Compostela
  Site : www.santiagodecompostela.org
- **Verviers (Belgien)**
  Haus der Frauen
  Quelle : Rathaus Verviers
  Site : www.verviers.be

2.6. Die Sensibilisierung der jungen Bürger für die Gleichstellung von Frauen und Männern

- **Helsinki (Finnland)**
  Jugendhaus nur für Mädchen
  Quelle : Rathaus Helsinki
  Site : http://www.hel.fi/english/services/special/youth.html
- **Darmstadt (Deutschland)**
  geschlechtsspezifische Jugendhilfe für Mädchen,
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen (Deutscher Städtetag)
  Sites : www.darmstadt.de, www.staedtetag.de
- **Hannover (Deutschland)**
  "Gendern" von Ferienangeboten für Jugendliche
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag)
  Sites : www.hanover.de, www.staedtetag.de
- **Wien (Österreich)**
  Internet-Projekt als Entscheidungshilfe für Mädchen bzgl. ihrer Berufslaufbahn (Job 4 Girls)
  Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien
  Sites : www.job4girls.at, www.frauen.wien.at

2.7. Ein ständiger Dialog mit der Zivilgesellschaft

- **Prag (Tschechiche Republik)**
  die lokalen Dialoge
  Quelle : Unterlage : "eine Stadt nach Mass für die Frauen", Kanadischer Städteverband.
  Site : www.praha-mesto.cz
- **Malta**
  ein Nationaler Frauenrat zur Einbindung der Frauen in das politische Leben
  Quelle : Nationaler Frauenrat Malta
  Site : www.ncwmalta.com

2.8. Ein Plan für die Gleichstellung

- **Slowenien**
  Gesetz über die Chancengleichheit für Männer und Frauen
  Quelle : Slowenisches Gleichstellungsbüro
  Site : www.uem-rs.si
- **Wien (Österreich)**
  Pläne für die Frauenförderung in der Stadt Wien
  Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien
  Site : www.wien.gv.at/gbb
- **Region Kantabrien (Spanien)**
  Plan für die Chancengleichheit für Männer und Frauen der Region.
  Quelle : Region Kantabrien
  Site : www.fundacionmujeres.es/iniciofm.htm
- **Brno (Tschechische Republik)**
  Koordinierung eines nationalen Projekts zur Begleitung der Gleichstellungsfrage auf lokaler Ebene
  Quelle : Milena (Frauenbüro der Stadt Wien)
  Site : www.milena.at Projekt Brno

3. Die berücksichtigung der gleichstellung als querschnittsaufgabe für die gemeinden

3.1. Berücksichtigung des Zeitmanagements im Arbeitsablauf der Gemeinde

- **Barcelona (Spanien)**
  Büro für Zeitmanagement
  Quelle : Rathaus Barcelona
  Site : www.cird.bcn.es
- **Paris (Frankreich)**
  Büro für Zeitmanagement
  Quelle : Rathaus Paris
  Site : www.paris.fr Link Citoyenneté

3.2. Organisation, Raumordnung, Wohnung und Wegenetz in der Stadt,

- **Pamplona (Spanien)**
  Eine gender-Perspektive im regionalen Verkehrsplan
  Quelle : Best practice-Liste der UN Habitat.
  Site : www.bestpractices.org
- **Pulheim (Deutschland)**
  Gender mainstreaming in der Stadtentwicklung
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Sites : www.pulheim.de, www.staedtetag.de

3.3. Bildung und Fortbildung

- **Offenbach am Main (Deutschland)**
  Gender Mainstreaming in der Erwachsenenbildung
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Site : www.offenbach.de, www.staedtetag.de
- **Leipzig (Deutschland)**
  Gender Mainstreaming in der Erziehungsberatung
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Sites : www.leipzig.de, www.staedtetag.de
- **Gulbene (Lettland)**
  Projekt "die Rolle des Vaters in der Stadt"
  Quelle : Union der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Lettlands
  Sites : www.gulbene.lv, www.lps.lv
- **Jelgava (Lettland)**
  "Gleichstellungspreis für Unternehmer"
  Quelle : Union der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Lettlands
  Sites : www.jelgava.lv, www.lps.lv

3.4. Eingliederung der Minderheiten

- **Gelsenkirchen (Deutschland)**
  Gender mainstreaming im Integrationskonzept der Stadt
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Sites : www.gelsenkirchen.de, www.staedtetag.de
- **Glasgow (Schottland)**
  Untersuchung zum Thema Gewalttätigkeit gegen Frauen ethnischer Minderheiten
  Quelle : Stadtrat Glasgow
  Site : www.glasgow.gov.uk Link Equalities
- **Helsinki (Finnland)**
  Kurse zum Erlernen der finnische Sprache,
  Informatik, usw. für die zugewanderten Frauen.
  Quelle : Stadt Helsinki
  Site : www.hel.fi
- **Wien (Österreich)**
  Projekt "urban connection" - ein interkulturelles Frauennetzwerk.
  Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien
  Site : www.urban-connection.at
- **Köln (Deutschland)**
  Projekt für zugewanderte Frauen
  Quelle : Rathaus Köln
  Site : http://www.stadt-koeln.de

3.5. Senioren in der Stadt

- **Matosinhos (Portugal)**
  Platz der Bürgerschaft, wo Menschen verschiedener Altersstufen zusammentreffen.
  Quelle : abschliessender Forschungsbericht : Geschlecht und Bewältigung des Wandels auf lokaler Ebene in sieben Ländern der E.U., GD Forschung der Europäischen Kommission
  Site : www.cm-matosinhos.pt

3.6. Beschäftigung

- **Lübeck (Deutschland)**
  der Lübecker Frauenmarkt
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Sites : www.luebeck.de, www.staedtetag.de
- **Bristol (Vereinigtes Königreich)**
  Projekt Women and Management
  Quelle : Stadtrat Bristol
  Site : www.bristol-city.gov.uk

- **München (Deutschland)**
  Genossenschaft für Häusliche Arbeit
  Quelle : Rathaus München
  Site : www.munchen.de
- **Valencia (Spanien)**
  Projekt "Zurück zur Berufstätigkeit" (Vuelve a Trabajar)
  Quelle : Valencianische Stiftung 'Universität/Unternehmen' und Generalitat Valenciana.
  Sites : www.adeit.uv.es/pie/mujeres, www.gva.es
- **Vitoria - Gasteiz (Spanien)**
  Einstellungshilfe für Körperschaften, die unter besonderen Beschäftigungsschwierigkeiten leiden.
  Quelle : EUDEL (Euskadiko Udalen Ekartea) - Baskischer Städteverband
  Site : www.eudel.es, www.vitoria-gasteiz.org/

3.7. Sicherheit und Kampf gegen jede Form von Gewalt

- **Wiesbaden (Deutschland)**
  Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes
  Quelle : Arbeitshilfe "Gender Mainstreaming, best practice-Beispiele aus den Kommunen" (Deutscher Städtetag).
  Sites : www.wiesbaden.de, www.staedtetag.de
- **Coventry (Vereinigtes Königreich)**
  Hilfe für misshandelte Frauen
  Quelle : Stadtrat Coventry
  Site : www.coventry.gov.uk
- **Italien**
  Netzwerk italienischer Städte gegen Gewalttätigkeit
  Quelle : Rathaus Turin und italienisches Ministerium für Gleichstellung
  Site : www.pariopportunita.gov.it

3.8. Gesundheit

- **Turin (Italien)**
  Observatorium für die Gesundheit der Frauen
  Quelle : Rathaus Turin
  Site : www.comune.torino.it/politichedigenere/
- **Wien (Österreich)**
  Klinik für die Gesundheit der Frauen
  Quelle : best practice-Liste der UN-Habitat
  Site : www.bestpractices.org

3.9. Kultur und Symbolkraft der Stadt

- **Bologna (Italien)**
  Bibliothek des Dokumentationszentrums für Frauen
  Quelle : Rathaus Bologna
  Site : www.comune.bologna.it
- **Rom (Italien)**
  Internationales Haus der Frauen
  Quelle : Rathaus Rom
  Site : www.casainternazionaledelledonne.org
- **Wien (Österreich)**
  Im Museum
  Quelle : Frauenabteilung der Stadt Wien
  Site : www.museum.at

3.10. Sport

- **Paris (Frankreich)**
  ine Person wurde mit der Umsetzung von Projekten für Mädchensport betraut.
  Quelle : Rathaus Paris
  Site : www.paris.fr
- **Französische Gemeinschaft (Belgien)**
  Projekt für sportliche Betätigung
  Quelle : Ministerium für Kultur, öffentlichen Haushalt, öffentlichen Dienst, Jugend und Sport der französischen Gemeinschaft
  Site : www.femmesetsport.cybernet.be

3.11. Bezug zwischen Stadt und Geschlecht

- **Rennes (Frankreich)**
  Projekte für Frauen im Rahmen der Entwicklungshilfe
  Quelle : Internationales Haus in Rennes
  Site : www.ville-rennes.fr Link International
- **Europäische Union**
  Programm URBAL 12 (Netzwerk Frauen - Stadt)
  Quelle : Diputacio Barcelona
  Site : www.diba.es/urbal12
- **Lahti (Finnland), Lübeck (Deutschland), Sundsvall (Schweden)**
  Netzwerk zur Umsetzung einer gender-Perspektive in der Lokalen Agenda 21.
  Quelle : Union der Baltischen Städte
  Sites : www.ubc.net, www.lahti.fi www.luebeck.de, www.sundsvall.se
- **Venedig (Italien)**
  Unterstützung zum Bau eines Hauses der Frauen in Sarajevo (Bosnien Herzegowina)
  Quelle : Direction für Internationale Beziehungen des Rathauses Venedig
  Site : www.comune.venezia.it/ineuropaenelmondo

Anlage 2

Frauen und Beschlussfassung auf lokaler und nationaler Ebene in den Mitgliedsländern des RGRE

Es gibt keine Datenbank, die Aufschluss gibt über die geschlechtsspezifische Aufteilung der lokalen Mandatsträger, weder auf weltweiter, noch auf europäischer Ebene. Fest steht, dass die Erarbeitung einer solchen Datenbank komplizierter ist als es der Fall war für die Datenbank der Interparlamentarischen Union über die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Parlamente in der ganzen Welt. Auch ihre Aktualisierung ist an grossen Arbeitsaufwand geknüpft. Allein in Europa ist festzustellen, dass die Kommunalwahlen nicht zu gleicher Zeit in den verschiedenen Ländern stattfinden und dass sie nicht einmal für sämtliche Kommunen eines selben Landes in ein und demselben Jahr abgehalten werden, was es noch schwieriger macht, eine zuverlässige Statistik zu führen. Ausserdem liegen nicht immer geschlechtsspezifische Daten vor, bzw. sie sind unvollständig, insbesondere was die Zusammensetzung der lokalen Exekutive anbetrifft. Und doch ist es denkbar, an eine solche Aufgabe heranzugehen. Es wäre dazu sehr hilfreich, derartige Informationen zu besitzen : Geschlechtsdifferente Statistiken sind unverzichtbar, um Ungleichbehandlungen zwischen den Geschlechtern auf den Grund zu gehen und um die Lage in den verschiedenen Ländern gegenüberzustellen. Es wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll, wenn die Europäische Kommission bei den Mitgliedstaaten im Rahmen der Umsetzung der Empfehlung vom 2. Dezember 1996 einen regelmässigen Lagebericht über die aufgeschlüsselte Partizipation der Frauen und Männer bei der Beschlussfassung auf lokaler Ebene anfordern würde.

Im Rahmen eines von der Europäischen Kommission zwischen 1996 und 1999 kofinanzierten Projekts hatte der Rat der Gemeinden und Regionen Europas bereits eine erste Erhebung zu diesem Thema veranstaltet. Nach der Unterbrechung des Projektes war es nicht möglich gewesen, diese Datenbank zu aktualisieren. Anlässlich des von der Kommission im Jahr 2004 kofinanzierten Projekts hat der RGRE erneut eine weitgreifende Umfrage bei seinen Mitgliedssektionen in den 25 Unionsländern und in den Ländern des erweiterten Europa, die nicht zur E.U. gehören, durchgeführt. Im Rahmen dieser Umfrage hat der RGRE gleichzeitig eruiert, wie viele Mandatsträger und -trägerinnen auf lokaler, nationaler Ebene eines jeden Landes und - was die Unionsländer anbetrifft - im Europäischen Parlament anzutreffen sind. Es war nicht möglich, derartige Daten in Verbindung mit dieser Unterlage zu veröffentlichen. Sie sind jedoch abrufbar auf der Internet-Seite des RGRE (www.ccre.org). Eine Aktualisierung durch den RGRE ist vorgesehen.

Wie sich zeigt sind unsere Feststellungen aus dem Jahr 1999 noch immer aktuell. In allen Ländern ist die Anzahl der Frauen in den Gemeindeversammlungen geringer als die Anzahl der Männer. Zwei Länder ragen hervor durch eine grosse Anzahl von Frauen in den Räten : Schweden (41,6% gewählte Mandatsträgerinnen), und Lettland (41,1%). In allen Unionsländern liegt der Prozentsatz der gewählten Bürgermeisterinnen unter dem Prozentsatz der weiblichen Ratsmitglieder. Lettland tritt als Pïonier auf mit 32% Frauen an der Spitze der städtischen Exekutivorgane, gefolgt von Schweden, wo es jedoch zweimal weniger Bürgermeisterinnen gibt (20%) als Ratsmitglieder. In Deutschland stehen nur 5% Frauen an der Spitze der Kommunen, gegen 23,8% in den Räten.

Eine weit verbreitete Meinung besagt, dass es für eine Frau einfacher sei, auf lokaler Ebene gewählt zu werden als auf nationalem Niveau, und dass ein kommunales Mandat ein Sprungbrett darstelle für eine allfällige nationale Karriere. Die vom RGRE gesammelten Erkenntnisse veranlassen dazu, diesen Standpunkt neu zu überdenken. In nahezu der Hälfte der Unionsländer sind mehr gewählte Mandatsträgerinnen in der unteren Kammer (bzw. der einzigen Kammer) anzutreffen, als im lokalen Bereich. So zum Beispiel in Deutschland (im Verhältnis 32,2% zu 23,8%), in Belgien (35% zu 29%), in Dänemark (38% zu 27%),in Griechenland (14% zu 12%), in Finnland (38% zu 36%), in Luxemburg (20% zu 15%), in den Niederlanden (36% zu 23,5%), in Polen (20% zu 13%), in Spanien (36% su 25,3%), in Schweden (45,3% zu 41,6%). Nach dieser Feststellung stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Ursache für eine derartige Situation, was für eine Fortführung der Forschungsarbeiten spricht.

Anlage 3

Teilnehmer(innen)liste der Projekttagungen

Folgende Personen haben an diesem Projekt direkt mitgearbeitet durch Teilnahme an den Arbeitssitzungen:

Brüssel, 11.- 13. dezember 2003

- Elmire AF GEIJERSTAM, Head of Brussels office, Swedish Association of Local Authorities / Federation of Swedish County Councils (Sweden)
- Lina ANDREZ, Elected member of the Montelavar district, Municipality of Sintra (Portugal)
- Elosia ARES MARTINEZ, "Equality Technician", City of Cartagena (Spain)
- Dominique ARRESTAT, Director of Administration and Finance, CEMR Secretariat General
- Valia ATHANASSOPOULOU, Committee for equal opportunities' Officer, KEDKE (Greece)
- Isabel Catalina BELMONTE UREÑA, Municipal Councillor of Cartagena (Spain)
- Vicenta BOSCH PALANCA, Chair of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Mayor of Bonrepos i Mirambell, Chair of FEMP's women's committee (Spain)
- Sandra CECIARINI,Policy Officer, CEMR Secretariat General
- Maria Teresa COPPO GAVAZZI, Member of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Elected Member of the 3rd constituency of the Metropolitan Region of Milan, President of the Lombardy Regional Federation of AICCRE, Vice-Chair of the Committee of Elected Women of AICCRE (Italy)
- Fausta DESHORMES, Honorary Director of the European Commission
- Patrizia DINI, Secretary of the Tuscan Federation Toscane of AICCRE (Italy)
- Corinne DOLLÉ, Comptable, CEMR Secretariat General
- Françoise GASPARD, Expert of CEMR's European Network Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities (France)
- Panagiota GAZI, Vice President of the Standing Committee, Member of Amfissa City Council (Greece)
- Annie HOARAU, Officer of the Action Service for the family and women's rights, city of Marseille (France)
- Sabine HOLLAND-LETZ, Referentin für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten, Deutscher Städtetag (Germany)
- Eeva HONKANUMMI, Vice Chair of the City Board of Espoo, Member of the City Council, Chair of the Equality Committee (Finland)
- Agnès HUBERT, European Parliament Committee on Women's Rights and Gender Equality
- Simone HUCKERT, Referendarin, Deutscher Städtetag (Germany)
- Anna KARAMANOU, Chair of the European Parliament Committee on Women's Rights and Gender Equality
- Richard KITT, Head of LGIB Brussels Office (United Kingdom)
- Elita KRESSE, Head of the Secretariat, coordinator of the project "Gender mainstreaming development and implementation in the municipalities in Latvia", Union of Local and Regional Governments of Latvia (Latvia)
- Monique LEMOINE, Municipal Councillor of St Jean de la Ruelle (France)
- Miren Arantza MADARIAGA ABERASTURI, EUDEL's Equal Opportunities Officer, Mayor of Gautegiz Arteaga (Spain)
- Karin MANDERSCHEID, Chair of CNFL, SYVICOL, Municipal Councillor of Hespérange (Luxembourg)
- Sabine MARTORELL, Executive Officer of AFCCRE (France)
- Antonina MIELGO, Member of FEMP's women's Committee (Spain)

- Encarnacíon OCAÑA PEREZ, Municipal Councillor of Pezuela de las Torres, Member of FEMP's women's Committee (Spain)
- Mariana PARASKEVA, Principal Administrator, Equal Opportunities Unit, European Commission's Directorate General for Employment and Social Affairs
- Anna PODESTÀ, Deputy to the Mayor for International Relations, City of Parma (Italy)
- Thérèse RENIER, Federal Secretary of the Union of Belgian Cities and Municipalities (Belgium)
- Maria José ROCA GUTIERREZ, Municipal Councillor of Cartagena responsible for citizens' participation (Spain)
- Werner SCHNEIDER, Referent für gender mainstreaming, Stadt Frankfurt am Main - Frauenreferat (Germany)
- Kükilli SEIRE, Advisor to the Mayor of Paide, representing the Association of Estonian Cities (Estonia)
- Jeremy SMITH, Secretary General of CEMR
- Valérie SOLLE, Assistante, CEMR Secretariat General
- Zsuzsa SOMOGYI, Employee of Kisbér Municipality (Hungary)
- Erzsébet UDVARDI, Mayor of Kisbér (Hungary)
- Gabriele WENNER, Stadt Frankfurt am Main - Frauenreferat (Germany)
- Irene YLENIUS, Secretary for International Affairs, Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Mar ZABALA MARDARAS, Director General, EUDEL (Spain)

Bonrepos i Mirambel (Spanien), 29-30. März 2004

- Vicenta BOSCH PALANCA, Chair of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Mayor of Bonrepos i Mirambell, Chair of FEMP's women's committee (Spain)
- Sandra CECIARINI,Policy Officer, CEMR Secretariat General
- Christophe CHAILLOU, Director of the Cabinet of the Secretary General of CEMR
- Pepa FRANCO, Expert on equality, Madrid (Spain)
- Françoise GASPARD, Expert of CEMR's European Network Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities (France)
- Marie-Pierre MARTINET, Paris City Councillor (France)
- Elvira MENDEZ, Director the "Salud y Vida" Association, Barcelona (Spain)
- Antonina MIELGO, Officer of FEMP's Women's Committee (Spain)
- Werner SCHNEIDER, Referent für gender mainstreaming, Stadt Frankfurt am Main - Frauenreferat (Germany)
- Margaret SPOHN, Executive Officer responsible for monitoring intercultural co-operation, City of Munich (Germany)
- Cristiana STORELLI, Architect, Former Vice President of CEMR (Switzerland)

Paris, 7-8. Mai 2004

- Kristina ANDREEVA, Expert on Training and Town-Twinning, National Association of Municipalities in the Republic of Bulgaria (Bulgaria)
- Valia ATHANASSOPOULOU, Officer of KEDKE Committee for equal opportunities (Greece)
- Catherine BEAUNEZ, Designer (France)
- Isabel Catalina BELMONTE UREÑA, Municipal Councillor of Cartagena (Spain)
- Claire BERNARD, Technical Advisor to the Mayor of Paris on equal opportunities policies (France)
- Vicenta BOSCH PALANCA, Chair of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Mayor of Bonrepos i Mirambell, Chair of FEMP's women's Committee (Spain)
- Jocelyne BOUGEARD, Deputy Mayor of Rennes, responsible for women, equality and time management (France)
- Thomas CATTERMOLE, Liason Officer, CEMR Secretariat General
- Sandra CECIARINI,Policy Officer, CEMR Secretariat General
- Maria Teresa COPPO GAVAZZI, Member of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Elected Member of the 3rd constituency of the Metropolitan Region of Milan, President of the Lombardy Regional Federation of AICCRE, Vice-Chair of the Committee of Elected Women of AICCRE (Italy)
- Patrizia DINI, Secretary of the Tuscan Federation of AICCRE (Italy)
- Corinne DOLLÉ, Accountant, CEMR Secretariat General
- Gillian DOUGLAS, Equalities and Social Inclusion Team Manager, Bristol City Council (United Kingdom)
- Véronique DUBARRY, Paris City Councillor, Councillor of the 10th arrondissement of Paris responsible for prevention and security (France)
- Isabelle DUSSUTOUR, Executive Director, POLIS (Belgium)
- Birgitta EVENGARD, Stockholm County Council (Sweden)
- Pepa FRANCO, Expert on equality, Folia Consultores (Spain)

- Françoise GASPARD, Expert of CEMR's European Network Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities (France)
- Panayota GAZI, Vice President of the CEMR Committee of women elected representatives of local and regional authorities, President of KEDKE Committee for equal opportunities (Greece)
- Marie GODARD, City of Huy (Belgium)
- Dorleta GOIBURU, Technical Advisor, EUDEL (Spain)
- Luc GWIAZDZINSKI, Director, "Maison du Temps et de la Mobilité", city of Belfort (France)
- Kerstin HARDENSTEDT, Swedish Association of Local Authorities (Sweden)
- Annie HOARAU, Officer of the Action Service for the family and women's rights, city of Marseille (France)
- Sabine HOLLAND-LETZ, Referentin, Deutscher Städtetag (Germany)
- Eeva HONKANUMMI, Chair of the Committee of Equal Opportunities, City Councillor, Vice Chair of the City Board of Espoo (Finland)
- Elita KRESSE, Head of the Secretariat, coordinator of the project "Gender main-streaming development and implementation in the municipalities in Latvia", Union of Local and Regional Governments of Latvia (Latvia)
- André LECLERC, President of the French National Olympic Academy (France)
- Monique LEMOINE, Municipal Councillor of St Jean de la Ruelle (France)
- Pirkko LETTO, Member of Vantaa City Council, Member of the Board of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Ruth LUCAS, LGIB Brussels Office (United Kingdom)
- Miren Arantza MADARIAGA, Mayor of Cautegiz Arteaga / EUDEL (Spain)
- Karin MANDERSCHEID, Chair of CNFL, SYVICOL, Municipal Councillor of Hespérange (Luxembourg)
- Marie-Pierre MARTINET, Paris City Councillor (France)
- Sabine MARTORELL, Executive Officer of AFCCRE (France)
- Gabriella MATEFI, Member of the Committee on equality of the city of Basel (Switzerland)
- Gabriella MERLO, President of the IRENE Association (Initiatives, Research, Experiences, New Europe) (Italy)
- Anne MICHAUD, City of Montreal (Quebec, Canada)
- Antonina MIELGO, Director of the Equality Section, Technical Secretary of FEMP's Committee on Equality (Spain)
- Sinikka MIKOLA, Senior Adviser, Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Maria Rosario MONTERO RODRIGUEZ, Municipal Councillor of Cartagena responsible for education and women (Spain)
- Maria José ROCA GUTIERREZ, Municipal Councillor of Cartagena responsible for citizens' participation (Spain)
- Chariklia SARIKA, Deputy Mayor of Geroskipou (Cyprus)
- Werner SCHNEIDER, Referent für Prozesse des Gender Mainstreaming, Stadt Frankfurt am Main (Germany)
- Külliki SEIRE, Adviser to the Mayor of Paide (Estonia)
- Nelly SERVIN, Mayor of Pilar Neembuco, Representative of the National Federation of Women Local Elected Representatives in Latin America (Paraguay)
- Angela SPIZIG, Bürgermeisterin der Stadt Köln (Germany)
- Elisabeth STEIER, Responsible for implementing gender budgeting in the West Goterland region (Sweden)
- Cristiana STORELLI, Architect, Former Vice President of CEMR (Switzerland)
- Lily STORELLI, Architect (Switzerland)
- Ginka TCHAVDAROVA, Executive Director, National Association of Municipalities in the Republic of Bulgaria (Bulgaria)
- Daniela URSCHITZ, Leiterin, Frauen Büro der Stadt Wien (Austria)
- Delphine VANDAELE, City of Huy (Belgium)
- Susanna VANONI, Section Head of the Equal Opportunities Office, Sector for Labour, Professional Training and Education, Province of Varese (Italy)
- Gabriele WENNER, Leiterin Frauenreferat, Stadt Frankfurt-am-Main (Germany)
- Clare WHELAN, Elected Member for the London Borough of Lambeth, Member of the UK Women Elected Members Working Group, Vice Chair of the Local Government Association's Equality Executive (United Kingdom)
- Varvara ZACHARAKOULI, Deputy Mayor of Tyrnavos (Greece)
- Rosetta ZARU, Expert in charge of the "Antigone" project, Tuscan Federation of AICCRE (Italy)

Barcelona, 14-15. September 2004

- Vicenta BOSCH PALANCA, Chair of the CEMR Committee of Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities, Mayor of Bonrepos i Mirambell, Chair of FEMP's women's Committee (Spain)
- Sandra CECIARINI,Policy Officer, CEMR Secretariat General
- Christophe CHAILLOU, Director of the Cabinet of the Secretary General of CEMR

- Françoise GASPARD, Expert of CEMR's European Network Women Elected Representatives of Local and Regional Authorities (France)
- Eeva HONKANUMMI, Chair of the Committee of Equal Opportunities, City Councillor, Vice Chair of the City Board of Espoo (Finland)
- Helen JACKSON, Policy and Public Affairs Officer, LGIB Brussels Office (United Kingdom)
- Guilherme JOHNSTON, Intern, CEMR Secretariat General
- Antonina MIELGO, Officer of FEMP's Women's Committee (Spain)
- Werner SCHNEIDER, Referent für gender mainstreaming, Stadt Frankfurt am Main - Frauenreferat (Germany)
- Cristiana STORELLI, Architect, Former Vice President of CEMR (Switzerland)
- Lily STORELLI, Architect (Switzerland)
- Maria STRATIGAKI, Lecturer, Panteion University, Athens (Greece)
- Laura TURQUET, Consultant on equal opportunities (United Kingdom)

Brüssel, 7-8. Februar 2005 : abschluss Konferenz

- Elmire AF GEIJERSTAM, Director, Head of Brussels office, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Sweden)
- Maria Elisa ALVAREZ SANTOS, Conseillère Municipale de Barakaldo (Spain)
- Tiziana ALVISI, Direction centrale des Relations internationales et des Politiques communautaires de la ville de Venise (Italy)
- Laura ARDITO, Membre de la Commission des élues de l'AICCRE (Italy)
- Ana BARCELÓ CHICO, Présidente de la Commission de l'Egalité de la FEMP (Spain)
- Frédérique BARELLON, Déléguée Générale de la région Rhône-Alpes auprès de l'Union européenne (France)
- F. BELKASMI, Assistant Advisor Elderwoman, Municipality of Rotterdam (Netherlands)
- Martine BEURAERT, Adjointe au Maire de Dunkerque (France)
- Jean BLATZ, Conseiller Technique au Cabinet du Maire de Lille (France)
- Regina BOLOGOVIENE, Member of the Social Committee, Association of Local Authorities in Lithuania (Lithuania)
- Rossella BONAVITA, Responsable du Service "Cittadinanza e delle Donne" de la ville de Venise (Italy)
- Doris BORG, Mayor of Birkirkara, Executive Member of the Local Councils Association of Malta (Malta)
- Joseph BORG, Member of Mellieha City Council, Vice-President of the Local Councils Association of Malta (Malta)
- Vicenta BOSCH PALANCA, Présidente de la Commission des élues locales et régionales du CCRE (Spain)
- Jocelyne BOUGEARD, Adjointe au Maire de Rennes déléguée aux femmes et l'égalité et au temps de la ville (France)
- Yolande BOYER, Sénatrice du Finistère, Maire de Châteaulin (France)
- Arta BRAUNA, Chair of the Council of Priekule rural municipality (Latvia)
- Melinda BUDA, Conseillère Municipale de Petrosino (Italy)
- Diane BUNYAN, Expert within the Council of Europe
- Adília CANDEIAS, Maire Adjointe de Palmela (Portugal)
- Claudina CARDOSO, Conseillère de Mme Adília CANDEIAS, Maire Adjointe de Palmela (Portugal)
- Laura CASTAGNOLI, Responsable des politiques de la femme et de l'emploi de la ville de Gênes (Italy)
- Roberta CAVAGNA, Maire Adjointe de San Giovanni Bianco (Italy)
- Sandra CECIARINI, Chargée de Mission au Secrétariat Général du CCRE
- Vana CERVINKOVA, Mayor of Kostelec nad Orlicí (Czech Republic)
- Christophe CHAILLOU, Directeur de Cabinet du Secrétaire Général du CCRE
- Maria Teresa COPPO GAVAZZI, Elue dans la 3e circonscription de l'aire métropolitaine de Milan, Présidente de la Fédération régionale lombarde de l'AICCRE, Vice-Présidente de la Commission des élues de l'AICCRE (Italy)
- Ann-Kristin COPSON, Gender Expert, Norwegian Association of Local and Regional Authorities (Norway)
- Clara COSTALES SUAREZ, Chef du Bureau des Politiques d'Egalité de Gijón (Spain)
- Raffaella D'ALBERTI, Maire Adjointe de Petrosino (Italy)
- Fausta DESHORMES, Directrice Honoraire de la Commission européenne (Belgium)
- Davide DIAMANTINI, Professeur à l'Université Bicocca-Milano (Italy)
- Patrizia DINI, Secrétaire de la Fédération Toscane de l'AICCRE (Italy)
- Corinne DOLLÉ, Comptable, Secrétariat Général du CCRE
- Simone DUCERT, Adjointe au Maire de Charnay lès Mâcon en charge des relations internationales (France)
- Michèle DUPUIS, Echevine de Verviers en charge de l'emploi et de l'égalité des chances (Belgium)

- Isabelle DUSSUTOUR, Directrice de POLIS
- Jutta EBELING, Vize Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt (Germany)
- Edite ESTRELA, Vice-Présidente de la Commission des droits de la femme et de l'égalité des genres du Parlement européen (Portugal)
- Maite ETXANIZ BALENCIAGA, Maire de Zarautz (Spain)
- Nicole FEIDT, Maire de Toul (France)
- Noémie FELD, Cabinet de M. Christian Dupont, Ministre de la Politique des Grandes Villes de Belgique (Belgium)
- Françoise FELLMANN, Première Adjointe au Maire de Besançon (France)
- Paz FERNÁNDEZ FELGUEROSO, Maire de Gijón (Spain)
- Rosalía FERNÁNDEZ MENÉNDEZ, Directrice du Département des Affaires sociales et de la Gouvernance de la FEMP (Spain)
- Colette FILLION-NICOLLET, Adjointe au Maire de Grenoble en charge de l'économie solidaire (France)
- Jana FISCHEROVÁ, Committee of international relations, Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic (Czech Republic)
- Jana FISCHEROVÁ, Committee of international relations, Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic (Czech Republic)
- Ian FLEETWOOD, Member of Lincolnshire County Council (United Kingdom)
- Antalné FODOR, Mayor of Szigetszentmiklós (Hungary)
- Julien GANNARD, Directeur du pôle Projets, Maison du Temps et de la Mobilité de Belfort (France)
- Yves GARBARINI, Chef de Projet - service Jeunesse et Animation de Lille (France)
- Maria Dolores GARCÍA NIETO, Conseillère Municipale de Carthagène en charge de la politique sociale (Spain)
- Françoise GASPARD, Experte du CCRE sur la question de l'égalité des chances
- Panagiota GAZI, Member of Amfissa City Council, President of KEDKE Committee on Equality (Greece)
- Graziella GENTILINI, Fédération régionale de la Marche de l'AICCRE (Italy)
- Ligita GINTERE, Chair of the Council of Jaunpils rural municipality (Latvia)
- Mireille GITTON, Maire Adjointe de Clichy déléguée à la culture et aux femmes (France)
- Stefanie GÖTHE-OBIEGLO, Gleichstellungsbeauftragte, Mitglied im Frauen- und Gleichstellungsausschuß des Deutschen Städtetages / Vertretung des Bundesland Sachsen-Anhalt (Germany)
- Cécile GRAUVOGEL, Assistante, Secrétariat Général du CCRE
- Isabelle GUEGUEN, Chargée de mission "égalité femmes/hommes" au Conseil Général du Finistère (France)
- Françoise GUILLOU, Conseillère Municipale d'Aubigny, représente M. Jean LARDIERE, Maire d'Aubigny (France)
- Tuula HAAPIO, Administrative Manager of the City of Tampere (Finland)
- Kveta HALANOVÁ, Mayor of Jílové u Prahy (Czech Republic)
- Katarzyna HALAS, International Relations Officer, Association of Polish Cities (Poland)
- Tiina HALLING, Rakvere City Government (Estonia)
- Petra HARTMANN, Coordinatrice des partenaires italiens, Sister Cities Going Gender (Germany)
- Ulla HEMBERG, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Sweden)
- Baroness Ruth HENIG, Lancashire County Council (United Kingdom)
- Edeltraud HERRMANN, Frauenreferentin, Frauenreferat, Stadt Filderstadt (Germany)
- Ida HILLER, Frauenbeauftragte, Stadt Nürnberg (Germany)
- Annie HOARAU, Directrice de l'Action familiane et des droits des femmes de Marseille (France)
- Sabine HOLLAND-LETZ, Referentin, Deutscher Städtetag (Germany)
- Eeva HONKANUMMI, Member of Espoo City Council, Chair of the Equality Committee, Chair of the Social and Health Coimmittee of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Ulrike HUEBER, Österreichischer Städtebund (Austria)
- Natalia IZZI, Commission de l'Egalité des Chances de la ville de Rome (Italy)
- Sylvie JEANNIN, Conseillère Municipale de Besançon déléguée aux animations sportives (France)
- Jasbir JHAS, Policy and Public Affairs Officer, LGIB (United Kingdom)
- Sue JOHNSON, Senior Policy and Projects Manager, Greater London Authority (United Kingdom)
- Elizabeth JOHNSTON, Deputy Executive Director of the European Forum for Urban Safety
- Guilherme JOHNSTON, Stagiaire, Secrétariat Général du CCRE
- Dörthe JUNG, Unternehmensberatung, Stadt Frankfurt-am-Main (Germany)
- Aziza KAPADIA, Policy Officer, Women's Design Service (United Kingdom)
- Katerina KARAVOLA, Officer in KEDKE Brussels office (Greece)
- Dimitra KARVOUNI, Mayor of Opountion (Greece)
- Erika KATONA, Coordinator of International Affairs, Hungarian National Association of Local Authorities (TÖOSZ) (Hungary)
- Gerda KASSNER, Gleichstellungsbeauftragte, Stadt Essen (Germany)

- Michaela KAUER, Stadt Wien (Austria)
- Elita KRESSE, Secretary, Latvian Association of the Local and Regional Governments (Latvia)
- Leena KUHA, Member of Oulu City Council, Deputy Member of the Board of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Maro KYRIATIDOU, Municipal Councillor (Cyprus)
- Valérie LE GALLOUEDEC, Stagiaire au Conseil Général du Finistère (France)
- Pirkko LETTO, Member of Vantaa City Council, Member of the Board of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Ann LOBIJN, Coordinator Team Welfare, Association of Flemish Towns and Municipalities (Belgium)
- Lena LUDVIGSSON OLAFSEN, First Vice President, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Sweden)
- Miren Arantza MADARIAGA ABERASTURI, Maire de Gautegiz Arteaga (Spain)
- Karin MANDERSCHEID, Présidente du Conseil National des Femmes du Luxembourg (Luxembourg)
- Marie-Pierre MARTINET, Conseillère de Paris (France)
- Victoria MARTÍNEZ OCÓN, Membre de la Commission de l'Egalité de la FEMP (Spain)
- Sabine MARTORELL, Chargée de Mission de l'AFCCRE (France)
- Maguy MARUEJOULS, Représente Mme Conchita LACUEY, Députée-Maire de Floirac (France)
- Fosca MAURI TASCIOTTI, AICCRE (Italy)
- Sebihan MEHMED, Mayor of Krumovgrad (Bulgaria)
- Gabriella MERLO, AICCRE (Italy)
- Adua MESSERINI, Coordinatrice de la Commission des Elues, Fédération Toscane de l'AICCRE (Italy)
- Antonina MIELGO, Directrice en charge de l'égalité de la FEMP (Spain)
- Sinikka MIKOLA, Senior Adviser responsible for equality issues, Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Dobrinka MONEVA, Mayor of Razgrad (Bulgaria)
- Ewa MROZ, Director of the House for Polish-German Cooperation (Poland)
- Patrizia NAPOLI, AICCRE (Italy)
- Encarnación OCAÑA PÉREZ, Membre de la Commission de l'Egalité de la FEMP (Spain)
- Siiri OVIIR, Member of the European Parliament (Estonia)
- Ramute OZALINSKIENE, Member of the Social Committee, Association of Local Authorities in Lithuania (Lithuania)
- Angeles PALACIOS SANCHEZ, Conseillère Municipale de Carthagène en charge du budget, du patrimoine et de l'emploi (Spain)
- Eleni PANAGI, Mayor of Chalki (Greece)
- Jacqueline PANIER, Adjointe au Maire de Besançon en charge des relations publiques et des relations extérieures (France)
- Myriam PAREA, Gérante et Sténotypiste de Conférences (France)
- Marie PAUKEJOVÁ, Member of Ceské Budejovice City Council (Czech Republic)
- Luisella PAVAN-WOOLFE, Directrice des affaires horizontales et internationales, Direction Générale de l'emploi, des affaires sociales et de l'égalité des chances, Commission européenne
- Brigitte PÉRILLIÉ, Maire de Vif (France)
- Marjaana PERTTULA, Member of Pori City Council, Member of the Board of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Sylvie PETITJEAN, Directrice Générale Adjointe du Conseil Régional de Poitou-Charentes (France)
- Anna PODESTÀ, Maire Adjointe de Parme déléguée aux relations internationales (Italy)
- Danièle POISSENOT, Conseillère Municipale de Besançon (France)
- Angelika POTH-MÖGELE, Directrice politique, Secrétariat Général du CCRE
- Gabriella PSOMA, Member of Nicosia City Council (Cyprus)
- Cilda PURGALE, Chair of the Council of Trikata rural municipality (Latvia)
- Anne-Ly REIMAA, Senior Executive Officer in foreign relations and EU issues, Jöhvi city government (Estonia)
- Jacques REY, Conseiler Municipal de La Bastidonne, Membre du Comité Directeur de l'AFCCRE (France)
- Pirjo RINNE, Member of the Executive Board of Turku (Finland)
- Cathernie ROBERTSON, Policy Development Worker, Women's Design Service (United Kingdom)
- Maria Jose ROCA GUTIERREZ, Conseillère Municipale de Carthagène en charge de la participation des citoyens (Spain)
- Monika ROMENSKA, Deputy Executive Director, National Association of Municipalities in the Republic of Bulgaria (Bulgaria)
- Susanna RORATO, Chef du Service de l'Egalité des Chances de la ville de Turin (Italy)
- Maria RÖSSLHÜMER, Geschäftführung, Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (Austria)
- Magali RUELLE, Stagiaire, Secrétariat Général du CCRE
- Miroslawa RUTHOLOSKA-KRUPKA, Vice Chair of Pila City Council (Poland)

- Geneviève SAINT-HUBERT, Présidente de la Fédération Française des Maisons de l'Europe (France)
- Karmelo SÁINZ DE LA MAZA ARROLA, Maire de Leioa, Président de l'Association des Municipalités Basques (EUDEL) (Spain)
- Emilia SAIZ, Chargée de Mission, Cités et Gouvernements Locaux Unis
- Õilme SALUMÄE, Member of Kuressaare City Council (Estonia)
- Isabelle SANTOS, Assistante parlementaire de Mme Edite ESTRELA (Portugal)
- Pekka SAURI, Deputy Mayor of Helsinki, Member of the Board of the Association of Finnish Local and Regional Authorities (Finland)
- Rosalia SCHIRO', AICCRE (Italy)
- Werner SCHNEIDER, Referent für Gender Mainstreaming, Stadt Frankfurt-am-Main (Germany)
- Birgit SEELBINDER, Oberbürgermeisterin der Stadt Marktredwitz (Germany)
- Külliki SEIRE, Advisor to the Mayor of Paide, representing the Association of Estonian Cities (Estonia)
- Serge SETTERAHMANE, Maire Adjoint de Clichy délégué aux relations internationales (France)
- Jeremy SMITH, Secrétaire Général du CCRE
- Valérie SOLLE, Assistante, Secrétariat Général du CCRE
- Angela SPIZIG, Vize Bürgermeisterin der Stadt Köln (Germany)
- Jake STAFFORD, Senior Policy Coordinator, London's European Office (United Kingdom)
- Anne STAUFFER, representing Ms Hiltrud BREYER, Member of the European Parliament (Germany)
- Ivana STRÁSKÁ, Mayor of Milevsko (Czech Republic)
- Catharina TARRAS-WAHLBERG, Deputy Mayor of Stockholm (Sweden)
- Ginka TCHAVDAROVA, Executive Director, National Association of Municipalities in the Republic of Bulgaria (Bulgaria)
- Gisèle TESSON, Présidente du jumelage d'Aubigny (France)
- Sofia THOMAREI, Member of Keratsini City Council (Greece)
- Marta TORRADO DE CASTRO, Vice-Présidente de la Commission de l'Egalité de la FEMP (Spain)
- Stavros TOTSIS, Interpreter (Greece)
- Laura TURQUET, Consultant (United Kingdom)
- Erzsébet UDVARDI, Mayor of Kisbér (Hungary)
- Anna ULVESON, Project Manager, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Sweden)
- Marianne VAN DEN ANKER, Elderwoman Health and Security Emancipation, Municipality of Rotterdam (Netherlands)
- Tamara VAN DE WIJDEVEN, Health Service, Municipality of Rotterdam (Netherlands)
- Susanna VANONI, AICCRE (Italy)
- Audrone VAREIKYTE, Adviser on Social Affairs, Association of Local Authorities in Lithuania (Lithuania)
- Sylvie VAUGELADE, Vice-Présidente du Conseil Régional du Limousin déléguée à la démocratie participative, à la citoyenneté et aux droits des femmes (France)
- Petra WAHLSTRÖM, Information Officer, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Sweden)
- Beate WEBER, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg (Germany)
- Simona WOLESA, Büroleiterin Brüssel, Österreichischer Städtebund (Austria)
- Audrey YOUNG, Head of Diversity, Performance, Greater London Authority (United Kingdom)
- Jan YOUNGS, Equality Officer, Equalities and Social Inclusion Team, Bristol City Council (United Kingdom)
- Rosaria ZARU, Responsable du projet toscan "les villes de l'égalité", ARTEMIS-AICCRE (Italy)
- Petra ZIEGLER, Projektmitarbeiterin, Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (Austria)

[Inhaltsübersicht]

1. Engagement und Hinarbeit auf eine verstärkte Beteiligung der Frauen am politischen Leben der Kommune 58

2. Förderung und Einsatz geeigneter Beschlussmechanismen und Strategien um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Frauen in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden 59

Mainstreaming 59
Örtliche Verwaltung 60
Beschäftigung 60
Konsultation 60
Gender budgeting 60
Einrichtung eines Observatoriums bzw. eines Begleitausschusses für die Gleichstellung 60

3. Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauen bei der Umsetzung der diversen Politiken, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fallen 61

1. Planung 61
a) Einrichtungen 61
b) Transportwesen 61
c) Wohnung 61
d) Strassenbild 61

2. Dienstleistungen 61
a) Kinderbetreuung 61
b) Transportwesen 62
c) Büro- und Geschäftszeiten 62
d) Wohnung 62
e) Zugängliche Dienstleistungen 62
f) Kultur und Sport 62
g) Öffentlichkeitsarbeit und Information 62
h) Sicherheit der Frauen 63
i) Vielfalt 63

Methodische Grundlagen zur Durchsetzung der Chancengleichheit in den Städten

Eine Stadt, die auf dem Gebiet der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen voranschreiten und somit eines der Grundprinzipien der Demokratie umsetzen will, muss sich mit drei Themenbereichen befassen, und zwar:

- Beteiligung der Frauen am politischen Leben
- Strategien und Mechanismen zur Förderung der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen
- Fachpolitiken (je nach Kompetenzen der Stadtverwaltung selbst), die den Bedürfnissen der Frauen Rechnung tragen und eine Verbesserung ihres Alltagslebens zum Ziel haben.

Dabei ist unter anderem zu beachten, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Frauen und Männer in Betracht zu ziehen sind, damit Gesichtspunkte wie z.B. Behinderung, Rasse, ethnische Herkunft, Religion, sexuelle Neigung, soziales Niveau, Alter, Personenstand, familiäre Pflichten und Art der Beschäftigung ebenfalls berücksichtigt werden.

1. Engagement und Hinarbeit auf eine verstärkte Beteiligung der Frauen am politischen Leben der Kommune

Auf welche Art ?

- Durch eine Erklärung des Bürgermeisters und des Gemeinderats, die ein starkes politisches und öffentliches Engagements für die Gleichstellung deutlich macht.

- Durch Lobby-Aktionen bei den nationalen Regierungen und politischen Parteien zur Festsetzung von Quoten, damit die Frauen durch Kandidatinnen auf den Wahllisten voll und verhältnisgerecht verteten werden.

- Durch Bestellung einer/s hochrangigen gewählten Amtsträgerin/trägers für Gleichstellungsfragen.

- Durch Einsetzung eines Ausschusses für Gleichstellungsfragen, der mit der Gesetzgebung und Umsetzung der Gleichstellungspolitiken betraut wird. Anhand dieses Ausschusses, der Männer und Frauen umfasst, soll die Möglichkeit gegeben werden, eine Debatte und einen Meinungsaustausch zwischen Männern und Frauen zu diesem Thema in Gang zu setzen.

- Durch Sensibilisierung der neuen und bereits im Amt befindlichen Mitglieder des Gemeinderats für die Bedeutung der Geschlechtergleichstellung und durch die Veranstaltung von Fortbildungskursen soweit notwendig.

- Durch Beachtung eines Männer/Frauen-Gleichgewichtes bei der Nominierung der Bürgermeister, ihrer Beigeordneten, der Ausschussmitglieder, der Vorsitzenden der Ausschüsse sowie bei der Nominierung der Beiratsmitglieder.

- Durch Nominierung von Frauen für erstrangige Verantwortungsbereiche, die nur zu oft Männern vorbehalten bleiben, wie z.B. Haushalt, Stadtplanung, Verkehr, usw. (und nicht nur Soziales, Kultur u.ä.).

- Dadurch, dass die Mitglieder der Parteien angehalten werden darüber zu wachen, dass den eingegangenen Verpflichtungen auf lokaler Ebene Folge geleistet wird (z.B. Quoten).

- Durch Austausch von best-practice-Beispielen und Erfahrungen mit anderen Städten die Gleichstellungspolitiken umsetzen, und durch Teilnahme an Foren und Netzwerken, die der Informationsvermittlung dienen und den Weg ebnen für Kontakte auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene.

- Durch Sensibilisierung der Bevölkerung (durch Öffentlichkeitsarbeit und in den Schulen) für die Bedeutung einer demokratischen Geschlechtergleichstellung.

- Durch Ermunterung der jungen Frauen, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, beispielsweise durch die Einrichtung von Jugend-Gemeinderäten, von den Schulen gefördert, die so als Brutkasten für politische Jungtalente dienen können.

- Durch Veranstaltung von Sensibilisierungskampagnen mit dem Ziel, die Mitwirkung der Frauen am politischen Geschehen zu fördern und durch Anregung der Frauen, einer politischen Partei beizutreten (wobei hervorzuheben ist, dass auf diesem Wege die Belange der Frauen weit besser berücksichtigt werden können).

- Durch Ermunterung der Frauen, einschliesslich der behinderten, farbigen, aus ethnischen Minderheiten stammenden, lesbischen, älteren, jüngeren und mit familiären Verpflichtungen betrauten Frauen, sich zu Wahlen zu stellen, insbesondere zu Kommunalwahlen, damit die gewählten Mandatsträger die Stadt als ganzes widerspiegeln.

- Durch Einwirkung auf die politischen Parteien um zu erreichen, dass sie Frauen in positivem Licht und nicht in einer stereotypen Betrachtungsweise in allen Medien zeigen, damit den Frauen auf diese Weise ein Leitmodell gegeben wird.

Die gute Regierung,
Ambrogio Lorenzetti,
Sienna (Italien),
Palazzo Pubblico (1338).

- Dadurch, dass den Frauen - durch Berücksichtigung ihrer Aufgaben als Mütter und oft als Familienoberhäupter - eine Teilnahme an den politischen und öffentlichen Sitzungen erleichtert wird, beispielsweise durch :
  - Durch Einberufung der Sitzungen zu angemessener Stunde und durch Vermeidung eines unnötigen In-die-Länge-Ziehens der Sitzung;
  - Durch Vorkehrungen für die Kinderbetreuung bzw. Kostenbeteiligung bei Einschaltung auswärtiger Betreuungskräfte.

- Durch Ermunterung potentieller Kandidatinnen für Wahlen und Unterstützung eventueller Kandidatinnen und neu gewählter Frauen durch Einrichtung eines Mentoring-Systems und durch das Organisieren von Fortbildungskursen, um ihnen in folgenden Bereichen weiterzuhelfen :
  - Öffentlich das Wort zu ergreifen
  - Bei einer Sitzung eine Frage auszuarbeiten und zu formulieren.
  - Das politische System und seine Verfahren zu verstehen
  - Ihre Kapazität und Begabung weiterzuentwickeln, um ein politisches Amt übernehmen zu können.

- Durch Überwachung der Anzahl der Frauen, die für Wahlen kandidieren und der tatsächlich gewählten Frauen und Überprüfung, inwieweit Politiken und Initiativen für eine verhältnisgerechte Repräsentation erfolgreich sind.

2. Förderung und Einsatz geeigneter beschlussmechanismen und Strategien um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Frauen in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden

Eine Stadt kann die Gleichstellung von Männern und Frauen besser vorantreiben, indem sie geeignete Strategien ausarbeitet und entsprechende Mechanismen einsetzt. Hier einige Empfehlungen.

Mainstreaming

Die Stadt sollte eine globale Strategie des Mainstreaming umsetzen, dessen Ziel es ist, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erwirken, sowohl innerhalb der lokalen Gebietskörperschaft als auch bei den Dienstleistungen an die städtische Bevölkerung. Folgende Punkte sind für die Strategie des Mainstreaming ausschlaggebend:

a) Die städtischen Entscheidungsträger sollten ständig die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern berücksichtigen, indem sie die in Kapitel 1 benannten Regeln befolgen: insbesondere durch die Nominierung einer/s hochrangigen gewählten Amtsträgerin/s, die/der mit den Gleichstellungsfragen betraut wird, und eines Gleichstellungsausschusses (verantwortlich für Gleichstellungspolitiken).

b) Die Städte müssen, quer durch alle Politikbereiche, die speziellen Bedürfnisse der verschiedenen Frauen in Betracht ziehen, z.B. farbige und aus ethnischen Minderheiten stammende Frauen, Migrantinnen, Lesben, Frauen mit Behinderungen, ältere und jüngere Frauen, Frauen, die besonderen Religionsgruppen angehören und Frauen mit familiären Pflichten.

c) Politiken müssen ausgearbeitet und umgesetzt werden, die geeignet sind, die Gleichstellung von Frauen und Männern herbeizuführen.

d) Eine Gleichstellungsstelle wird eingerichtet, um das Mainstreaming-Verfahren mitzutragen.

e) Fortbildungskurse werden in regelmässigen Abständen für gewählte Mandatsträger und das Personal veranstaltet, um ihnen die effektive Mitwirkung bei der Umsetzung des gender-Mainstreaming zu ermöglichen.

Örtliche Verwaltung

Das innere Verwaltungssystem der Stadt kann Gleichstellung fördern, und zwar:

a) durch Erarbeitung eines Aktionsplanes für die Gleichstellung, in dem folgendes enthalten ist:
- die Politiken, Hilfsmittel und Umsetzungsmethoden um die Gleichstellung voranzutreiben
- ein detaillierter Zeitplan für die Aktionen und geplanten Veranstaltungen
- eine Bewertungsmethode.

b) durch Beurteilung von Strategien, Politiken und grösseren Projekten auf ihre gender-Wirkung hin.

c) Überwachung des tatsächlichen Fortschritts gegenüber den Zielsetzungen des Aktionsplans durch die Entscheidungsträger der Stadt und die Gleichstellungsstelle der Verwaltung.

d) Überprüfung und Überarbeitung der Strategien, Politiken und geplanten Aktionen, um zukünftige Pläne zur Durchsetzung der Chancengleichheit zu erarbeiten.

Beschäftigung

Die Stadt ist nicht nur ein Ort, wo Beschlüsse getroffen werden, die Auswirkungen auf das Leben der Frauen haben, sie ist auch ein Ort der Beschäftigung und ein Ort, wo die Berufstätigkeit der Frauen organisiert wird. Entscheidend ist, dass die Stadt in ihrer Rolle als Arbeitgeber die Gleichstellung von Männern und Frauen gewährleistet, und zwar durch Beachtung :

- Der Chancengleichheit von Männern und Frauen in bezug auf die Anzahl der Personen in den einzelnen Abteilungen und in den verschiedenen Etagen der Hierarchie;
- Gleicher Besoldung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit ;
- Der Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei der beruflichen Fortbildung und bei der Besetzung der Spitzenpositionen in der Hierarchie.

Im Hinblick darauf kann eine Stadt folgende Politiken umsetzen :

- Die Strategien und Mechanismen, die auf die Einhaltung der Männer/Frauen-Gleichstellung in der städtischen Verwaltung, die hier als Arbeitgeber fungiert, abzielen, müssen im Aktionsplan für die Gleichstellung in der Stadt im einzelnen ausgeführt werden ;
- Die Stadt muss ein System für die Bewertung und die Fortbildung einrichten, das auf festgelegten Zielsetzungen aufbaut, um die Frauen beim Vorankommen in ihrer Berufslaufbahn zu unterstützen ;

Konsultation

- Es ist notwendig, Konsultationen in der Stadt zu veranstalten, um die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Frauen zu erfassen und zu erfahren, inwieweit die Stadt darauf eingeht.
- Unterschiedliche Arten der Konsultation und Kommunikation sind erforderlich, um die verschiedenen Frauen anzusprechen, wobei das tägliche Leben der Frauen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden müssen, beispielsweise bei Frauen mit bestimmten Behinderungen bzw. mit unterschiedlichem Beherrschungsgrad der gesprochenen oder geschriebenen Hauptsprache des Landes.
- Das Ergebnis der Konsultationen ist den daran beteiligten Personen zu übermitteln und bei Erarbeitung der Aktionspläne für Gleichstellung einzubeziehen.

Gender budgeting

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauen bei der Erstellung des Haushaltsplans für die Gemeinde ist ausschlaggebend für die Umsetzung der Gleichstellungspolitiken. Dieser Mechanismus trägt die Bezeichnung "gender budgeting" (ein Haushaltsplan, der der geschlechtsspezifischen Dimension Rechnung trägt). Die Umsetzung des gender budgeting setzt voraus, dass mehrere Bedingungen erfüllt sind, insbesondere :

- Eine ausgewogene Vertretung der Frauen im Haushaltsausschuss der Gemeinde, damit die Stimme der Frauen nicht überhört wird ;
- Die Ausarbeitung einer Methode zur Konsultation der Frauen, um ihre Bedürfnisse und Anforderungen zu erfassen.
- Analyse und Planung der Ausgabenhöhe je nach Geschlecht bei der Ausarbeitung des Haushaltsplans.
- Einrichtung und Umsetzung eines Systems zur Begleitung, Kontrolle und Bewertung des gender budgeting.
- Die Veröffentlichung der nach Geschlecht aufgeschlüsselten Haushaltsausgaben.

Einrichtung eines Observatoriums bzw. eines Begleitausschusses für die Gleichstellung

Die Einrichtung eines Observatoriums oder Begleitausschusses für die Gleichstellung in der Stadt ist ein nützliches Hilfsmittel zur Weiterverfolgung und richtigen Bewertung der städtischen Gleichstellungspolitiken. Dieser Ausschuss sollte :

- Über präzise und nach Geschlecht aufgeschlüsselte gender-Daten und Untersuchungsergebnisse verfügen
- in der Lage sein, die Effektivität und Auswirkung von Politiken auf Männer und Frauen genau abzumessen, und zwar innerhalb der Verwaltung und in der Stadt
- diese Daten und Evaluationen den städtischen Entscheidungsträgern zustellen, damit sie dieselben in ihre Arbeit einfliessen lassen.

3. Berücksichtigung der Bedürfnisse de Fraen bei der Umsetzung der diversen Politiken, die in den Zuständigheitsbereich der Gemeinde fallen

1. Planung

Die Stadtplanung ist das Bild, das die Stadt ihren Bürgern und Besuchern von sich selbst vermittelt. Die Frauen und ihre Bedürfnisse müssen bei der Raumordnung, Gestaltung, Infrastruktur und Architektur der Stadt berücksichtigt werden.

a) Einrichtungen

Die Entscheidungsträger der Stadt müssen eine ganzheitliche Planung durchführen um sicherzustellen, dass für folgende Dienstleistungseinrichtungen in angemessener und zugänglicher Weise gesorgt ist :

- öffentliche Dienste (Postämter, Schulen, Kinderkrippen, Krankenhäuser, Sozialämter)
- kulturelle und sportliche Einrichtungen (Kinos, Theater, Konzert- und Vortragssäle, Büchereien)
- Freizeiteinrichtungen (Parks, Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Schule, Jugendhäuser)
- Private Dienstleistungen (Banken, Geschäfte)

b) Transportwesen

Die Stadt sollte :

- Es Frauen und Kindern ermöglichen, sich frei und bequem zu bewegen, und zwar unter Zuhilfenahme der verschiedenen Transportmittel, (einschliesslich des Zufussgehens und Radfahrens) und eines integrierten öffentlichen Nahverkehrssystems.
- Die Gefahr mindern, die für Frauen und Kinder durch die Fahrzeuge entsteht.

c) Wohnung

Verschiedene Angebote erschwinglicher, hochwertiger Wohnungen sollten geplant und verschiedene Formen der Nutzung als Eigentümer bzw. als Mieter ermöglicht werden. Dies schliesst ein, dass für Familien verschiedener Grösse auch Wohnungen verschiedener Grösse vorgesehen werden müssen.

In diese Wohnanlagen müssen örtliche Dienste integriert werden. Weiterhin müssen sie Anschluss zum Stadtzentrum und zu den Infrastrukturanlagen bieten.

d) Strassenbild

Die Art und Weise wie die Strassen angelegt und saubergehalten werden, kann einen starken Einfluss auf das Leben der Frauen haben. Zum Beispiel:

- auf gut beleuchteten Strassen und Plätzen fühlen sich die Frauen - und sind sie tatsächlich - sicherer
- Bürgersteige sind von Hindernissen freizuhalten und müssen breit genug sein, um mit Kinderwagen und Rollstühlen befahren werden zu können.
- Ein wirksames System der Strassenreinigung und Wartung (Abfall, Graffiti usw.) ist erforderlich, damit die Strassen nicht verwahrlost und bedrohlich erscheinen.

Auch ist der Rolle der Frauen in der Gesellschaft mehr Rechnung zu tragen, indem sie bei der Namensgebung von Strassen, Statuen und Denkmälern stärker berücksichtigt werden.

2. Dienstleistungen

Die Stadt kann den Frauen dabei behilflich sein, ihr Privat- und Familienleben mit ihrem Erwerbsleben in Einklang zu bringen, indem Dienstleistungen eingerichtet werden, die die Frauen bei ihren täglichen Pflichten unterstützen.

a) Kinderbetreuung

- Einrichtung zur Kinderbetreuung und Kinderkrippen müssen zur Verfügung stehen
- Diese Einrichtungen sind so lange wie möglich am Tag offenzuhalten und müssen auf die Arbeitszeiten der Frauen zugeschnitten sein
- Sicherstellen, dass diese Dienstleistungen für alle Frauen, Alleinerziehende und Familien mit zwei Elternteilen, Frauen mit niedrigem Einkommen sowie Voll- und Teilzeitbeschäftigte erschwinglich sind

- Systeme schaffen zur Betreuung der Kinder zu Hause, sofern notwendig
- Die Politiken müssen möglichst flexibel gestaltet werden, damit die Frauen den Anforderungen ihres Arbeitgebers genügen und auch eine Karriere verfolgen können.

b) Transportwesen

Die Stadt muss sicherstellen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel auf die speziellen Bedürfnisse der Frauen eingehen, durch

- ein vernünftiges Tarifniveau, effiziente und schnelle Beförderung, häufigen Verkehr, saubere und sichere Fahrbedingungen.
- Zugänglichkeit für Frauen mit Kindern und Einkaufstaschen sowie für Frauen mit eingeschränkter Mobilität
- Anfahren der von Frauen am häufigsten aufgesuchten Dienste, wie Schulen, Kinderkrippen, Geschäfte, Banken, Krankenhäuser, Sozialämter, Informationsstellen, usw.
- Die Möglichkeit, die den Frauen, und insbesondere den benachteiligten bzw. isolierten Frauen, dadurch gegeben wird, an den örtlichen Aktivitäten teilzunehmen (z.B. kulturelle oder politische Veranstaltungen).

c) Büro- und Geschäftszeiten

- Die Büros der Stadtverwaltung sollten am Samstag vormittag und in der Mittagszeit geöffnet sein. Andernfalls muss die Möglichkeit bestehen, Erledigungen wie die Beschaffung einer Geburtsurkunde, einer Anmeldebestätigung, eines Wahlscheins, Eintragung in die Wählerlisten, usw. per Post oder Internet zu tätigen.

- Dienststellen und Läden sind anzuregen, bis zu später Stunde geöffnet zu bleiben, damit die Frauen ihre häuslichen Verpflichtungen nach der Arbeit erledigen können.

d) Wohnung

Es muss gewährleistet werden, dass benachteiligte Frauen im Rahmen eines gerechten Verfahrens in den Genuss geeigneter Sozialwohnungen kommen.

e) Zugängliche Dienstleistungen für Menschen mit Betreuungspflichten

Meistens betreuen Frauen die benachteiligteren Mitglieder unserer Gesellschaft, wie alte Menschen und Behinderte. Die Stadt kann die täglichen Lebensbedingungen dieser Frauen erleichtern, indem Dienstleistungen zu Hause erbracht oder den Bedürfnissen entsprechende Zentren eingerichtet werden.

f) Kultur und Sport

Die Stadt hat die Möglichkeit, eine Kulturpolitik umzusetzen, die den Vorlieben und Begabungen der Frauen Rechnung trägt:

- indem Ateliers für Malerei, Bildhauerei, Theater, Foto u.ä. gefördert werden als Orte des Lernens und der Entspannung
- indem Künstlerinnen unterstützt werden durch Förderung ihrer Arbeiten (Bilder; Skulpturen, Bücher, Gesang, Schauspiel usw.)

Eine Stadt kann die gender-Dimension in ihre Sportpolitik integrieren, wobei mehrere Gesichtspunkte zu beachten sind

- den differenzierten Vorlieben von Frauen und Männern muss beim Erstellen des Haushaltsplans, sowie bei den tatsächlichen Ausgaben Rechnung getragen werden
- der Geschlechtermix beim Ausüben der einzelnen Sportarten muss gefördert und stereotype Betrachtungsweisen abgeschafft werden, durch Ausbau von Sport, der von Mädchen und Jungen gleichzeitig betrieben wird (z.B. Fussball).
- Jungen und Mädchen sind anzuhalten, Sportarten zu wählen, die nach herkömmlicher Auffassung eher für das eine, als für das andere Geschlecht geeignet sind.

g) Öffentlichkeitsarbeit und Information

Frauen können durch die Stadt spezifische Fraueninformation beziehen. Dabei ist folgendes zu beachten:

- Informationsstellen über städtische und andere Dienstleistungen für Frauen müssen eingerichtet werden
- Sensibilisierungskampagnen für die Gleichstellung (wie in Kapitel 1 erwähnt) müssen veranstaltet werden, um die Frauen stärker in das öffentliche Leben einzubinden, oder Kampagnen, die darauf abzielen, die Aufmerksamkeit der Bürger auf gewisse Themen zu lenken
- Ein positives und/oder nicht von Stereotypen geprägtes Image der Frau ist in den Werbekampagnen zu verwenden
- Beratungsstellen für Frauen in schwieriger Lage sind einzurichten, um ihnen Hilfe zu leisten und eine psychologische Begleitung anzubieten
- Spezielle Büros zur Beratung, Information und Unterstützung der zugewanderten oder aus Minderheiten stammenden Frauen sind einzurichten

- Eine gesundheitliche Beratungsstelle für Frauen muss geschaffen werden, um sie über sexuelle Fragen und AIDS aufzuklären.

h) Sicherheit der Frauen

Eine Stadt hat die Möglichkeit, den Frauen in ihrem täglichen Leben Sicherheit zu gewährleisten, und zwar durch:

- Vorbeugung gegen Kriminalität. Öffentliche Plätze, die von der Bevölkerung aufgesucht werden, müssen übersichtlich angeordnet sein und wenn sie auch nachts bevölkert sind, über gute Beleuchtung verfügen (z.B. Bushaltestellen, Parkhäuser, Untergrundbahnhöfe).
- Sicherheitsvorkehrungen für den letzten Abschnitt des Nachhausewegs
- Überwachungsmassnahmen an unsicheren, sensiblen Orten.

Häusliche Gewalt stellt ein ernstzunehmendes Problem für die Frauen dar. Die Stadt kann jedoch Massnahmen treffen, um dafür zu sorgen, dass die Frauen daheim in Sicherheit sind, und zwar:

- durch Verteilung von Informationen an Stellen, die von misshandelten Frauen aufgesucht werden und durch Kampagnen zur Sensibilisierung für dieses Thema
- durch Beratungsstellen für misshandelte Frauen
- durch Bereitstellung von Unterkünften für misshandelte Frauen und ihre Kinder
- durch effektive Arbeit und Koordinierung mit und zwischen den betroffenen Dienststellen, wie Polizei, Gesundheits- und Wohnbehörden.

i) Vielfalt

Die Dienstleistungen einer Stadt, als ganzes gesehen, müssen auf alle Frauengruppen ausgerichtet sein.

Bei Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen zum Beispiel ist die Stadt aufgerufen, ihnen bei der Ansiedlung zu helfen und sie dabei zu unterstützen, eine vollwertige Rolle im Leben ihres neuen Landes und ihrer neuen Stadt zu spielen, und zwar durch Initiativen wie folgende:

- Alphabetisierungskurse, Kurse für Sprache und Kultur
- Aktionen, um einen engeren Dialog mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen anzuknüpfen
- Fortbildungsmassnahmen, um ihnen die Integration bzw. den beruflichen Wiedereintritt im Gastland zu erleichtern (z.B. über Informationstechnologien).

Auch andere spezifische Frauengruppen haben Bedürfnisse, auf die durch geeignete Aktionen einzugehen ist.

Der Gemeinderat von Espoo (Finnland) : Beispiel für eine paritätische Versammlung.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist der grösste Verband lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa.
Mitglieder sind die nationalen Verbände der Städte und Regionen in mehr als dreissig europäischen Ländern.
Der Leitgedanke des RGRE liegt in der Förderung eines einigen und starken Europa, gestützt auf kommunale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie, ein Europa in dem die Entscheidungen so weit wie möglich in Bürgernähe und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips getroffen werden.
Die Aktivitäten des RGRE umfassen einen weitgespannten Tätigkeitsbereich mit Themen wie öffentliche Dienstleistungen, Verkehr, Regionalpolitik, Umwelt, Gleichstellung von Männern und Frauen und weitere mehr.
Der RGRE tritt auch auf internationaler Bühne auf. Er bildet die europäische Sektion der Weltorganisation Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften (UCLG / CGLU).

EurActiv.com
EU News, Policy Positions & EU Actors online

Partner des RGRE

"Nachmittag inVenedig"
Umschlagfoto Copyright 2005,
Thomas McKnight, alle Rechte vorbehalten
www.thomas.mcknight.com

Alle Rechte vorbehalten - 2005
Für diese Veröffentlichung ist allein der Autor verantwortlich. Die Europäische Kommission ist nicht verantwortlich für den Gebrauch, der von den darin enthaltenen Informationen gemacht werden könnte.

CONSEIL DES COMMUNES ET REGIONS D'EUROPE (CCRE)

COUNCIL OF EUROPEAN MUNICIPALITIES AND REGIONS (CEMR)

Bureau de Paris / Paris Office
15 rue de Richelieu
F - 75001 Paris
Tel. +33 1 44 50 59 59
Fax +33 1 44 50 59 60
E-mail : cemrparis@ccre.org
Web : www.ccre.org

Bureau de Bruxelles / Brussels Office
Rue d'Arlon 22
B - 1050 Bruxelles
Tel. +32 2 511 74 77
Fax +32 2 511 09 49
E-mail : ccre.bruxelles@ccre-cemr.org
Web : www.ccre.org

Graphic Design: René Bertramo 01 53 36 19 12 - Printed on elemental Chlorine Free paper - Environmentally friendly